

## **PROTOKOLL**

*über die 13. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr*

*am Donnerstag, 4. März 1999, im Rathaus, 1. Stock hinten,*

*Gemeinderatssitzungssaal.*

*Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr*

-

### **Anwesend:**

#### **BÜRGERMEISTER:**

Hermann Leithenmayr

#### **VIZEBÜRGERMEISTER/IN:**

Dr. Leopold Pfeil, Leopold Tatzreiter

#### **STADTRÄTE:**

Gerhard Bremm, Roman Eichhübl, Gunter Mayrhofer, Ing. Dietmar Spanring

#### **GEMEINDERÄTE:**

Kurt Apfelthaler, Helga Feller-Höllner, Martin Fiala, Mag. Michaela Frech, Monika Freimund, Günter Fürweger, Walter Gabath, Roswitha Großalber, Ing. Wolfgang Hack, Wilhelm Hauser, Ing. Klaus Hoflehner, Stephan Keiler, Mag. Gerhard Klausberger, Maria Koppensteiner, Andreas Kupfer, Engelbert Lengauer, Helmut Oberreiter, Walter Oppl, Hans Payrleithner, Claudia Pramendorfer, Edith Radmoser, Elfriede Reznar, GR Rudolf Schröder, Siegfried Stieglitz, Beatrix Toman, Dr. Wilfrid Wetzl

#### **VOM AMT:**

MD. SR Dr. Kurt Schmidl, MD-Stv. Präs. Dir. Dr. Gerhard Alphasamer, OMR Mag. Helmut Lemmerer, OMR Mag. Helmut Golda, Gerald Hackl

## **ENTSCHULDIGT:**

Vizebürgermeisterin Friederike Mach, GR Ingrid Weixlberger, GR Ing. David Forstenlechner

## **PROTOKOLLFÜHRER:**

OAR Anton Obrist, Gabriele Obermair

## **TAGESORDNUNG**

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 54 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

### **Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 4 der Tagesordnung:**

Fin-23/98 SV Forelle Steyr; Ausfinanzierung Clubhaus;

Gewährung einer Subvention als Weiterleitung

einer Förderung.

### **Verhandlungsgegenstände**

-

### **BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:**

BauGru-68/97 Flächenwidmungsplan Nr. 1 - Änderung Nr. 100;

Dutzler Sylvia und Josef; Widmung in Sondergebiet

des Baulandes (Sender).

Fin-120/98 Übertragung nicht beanspruchter, beschlossener Vorhaben vom Finanzjahr 1998 in das Finanzjahr 1999.

Präs-114/97 Richtlinien für die Lehrstellenförderung der Stadt Steyr; Verlängerung der Förderungsaktion bis 31.12.1999.

Präs-47/99 Regionalfördergebiet Steyr; Resolution.

Fin-99/97 Standortmarketingaktivitäten Ziel-2-Gebiet; Beitrag der Stadt Steyr.

VerkR-4068/70 Abschluß einer Vereinbarung mit den Österreichischen Bundesbahnen über das Areal des alten Busbahnhofes beim Bahnhof Steyr.

Kdg-1/99 Städtische Kindergärten und Horte; Änderung der Gebührenregelung.

8) SH-52/99 Brennstoffaktion für einkommensschwache Personengruppen im Jahr 1999.

**Berichterstatter Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:**

Pol-199/98 Erlassung einer Verordnung zur Abhaltung eines „Antikmarktes“ am Stadtplatz.

**Berichterstatter Vizebürgermeister Leopold Tatzreiter:**

FW-1/99 Antrag auf Verleihung der „Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr“ an Angehörige der Betriebsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr.

**Berichterstatter Stadtrat Gerhard Bremm:**

Bau6-5062/92 Erweiterung der Mülldeponie der Stadt Steyr; Detail- und Ausführungsprojekte samt Erstellung der Leistungsverzeichnisse für den Grundwasserstollen, Sickerwasserleitung, Zufahrtsstraße und Schotterabbau; Mittelfreigabe für 1999. KD-6/99 Ankauf eines Mehrzweckfahrzeuges für den

Straßendienst und die Stadtgärtnerei mit folgender Zusatzausstattung: Kipperpritsche, Schneepflug, Streugerät, Mähwerk, Grassaugcontainer.

**Berichterstatter Stadtrat Roman Eichhübl:**

Stw-1/99 Stadtwerke Steyr - Versorgungsbetriebeverbund Gas und Verkehr;  
Kapitaleinlage 1999.

Stw-20/99 Krematorium Steyr; Änderung der Feuerhallenbetriebsordnung.

Stw-2/99 Städt. Wasserwerk; Lieferung von Kunststoffrohrmaterialien, Armaturen und  
Zubehör für den Verbrauchszeitraum 1999.

Stw-3/99 Städt. Gaswerk; Lieferung von Kunststoffrohrmaterialien, Armaturen und  
Zubehör für den Verbrauchszeitraum 1999.

Stw-15/99 Städt. Wasserwerk; Erneuerung der Trinkwasserversorgungsleitungen in der  
Siedlerstraße und Madlsederstraße; Tiefbauleistungen.

Stw-16/99 Erneuerung Erdgas- und Trinkwasserversorgungsnetz L. Steinbrecherring;  
Tiefbauleistungen.

Stw-17/99 Erneuerung der Erdgas- und Trinkwasserversorgungsleitungen in der  
Steinfeldstraße; Neuverlegung von Erdgasleitungen in der Staffelmayerstraße und  
Industriestraße; Tiefbauleistungen.

Stw-19/99 Städt. Verkehrsbetrieb; Ankauf von drei Midi-Niederflur Omnibusse unter  
gleichzeitiger Rückgabe von Gebrauchtfahrzeugen.

Stw-12/99 Reinhaltung der Wasserversorgung; Refundierung der Kosten 1998.

Stw-5/99 Stadtwerke Steyr; städt. Bäder und Kunsteisbahn;

Verlustersätze 1998 (teilweise).

Bau5-3862/88 Sanierung Hallenbad, 2. Bauetappe, 2. Teil; Vergabe diverser Arbeiten;  
Auftragserweiterung Architektenleistungen.

### **Berichterstatter Stadtrat Gunter Mayrhofer:**

BauStr-12/98 Autobusbahnhof Hessenplatz/Bahnhofstraße;

Teilvergabe der Hochbauarbeiten.

BauStr-12/98 Autobusbahnhof Hessenplatz/Bahnhofstraße; restliche  
Professionistenleistungen.

BauH-12/99 Adaptierung Reithoffergebäude, Musikschule;

Honorar Arch. Falkner, Einreichplanung; Honorar Ziv.-Ing. Mag. Hebenstreit, akustische Beratung.

BauT-12/98 Kanal Steyrdorf, 4. Teil, und Straßengestaltung Wieserfeldplatz; Vergabe  
der Bauarbeiten.

BauGru-26/98 Bebauungsplanänderung Nr. 36.2 „Leeber-Gründe“.

Fin-23/99 Tourismusverband Steyr; Jahressubvention 1999.

Bürgermeister Hermann Leithenmayr:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates und des Stadtsenates, verehrte Damen und Herren von der Presse, die unserer Einladung heute gefolgt sind. Ich darf sie recht herzlich begrüßen und die Gemeinderatssitzung für eröffnet erklären. Ich stelle fest, daß diese ordnungsgemäß einberufen wurde und daß die Beschlußfähigkeit gegeben ist. Als Protokollprüfer sind mir Frau GR Helga Feller-Höller und der GR Hans Payrleithner gemeldet. Ich gehe davon aus, daß beide Herrschaften diese Funktion annehmen. Entschuldigt haben sich die Kollegin Vzbgm. Friederike Mach, Frau GR Ingrid Weixlberger, Herr GR Ing. David Forstenlechner.

Zu Pkt. 2) der Tagesordnung darf ich berichten, daß bei Beantwortung von allfälligen Anfragen Herr Vzbgm. Dr. Pfeil und Herr StR Eichhübl mit Schreiben vom 25. 2. folgende Anfrage an mich gerichtet haben. Ich möchte diese Anfrage verlesen und auch beantworten.

Gemäß § 10 der Geschäftsordnung des GR der Stadt Steyr stellen wir im Namen der Freiheitlichen GR-Fraktion folgende schriftliche Anfrage:

Im Sommer 1998 gab es im Bereich Sozialamt eine Affäre um das Abhandenkommen von ca. S 75.000,--.

Der Fall ist bis heute nicht geklärt, das Geld fehlt nach wie vor, dienstrechtliche Konsequenzen wurden nur in sehr bescheidenem Ausmaß vorgenommen.

Die Stadtsenatsmitglieder als Stadtregierung haben von diesem Vorfall vorerst aus den Medien Kenntnis erlangt.

Nun ist im Gesundheitsbereich ebenfalls ein weiterer Finanzskandal aufgedeckt worden. S 258.900,- - fehlten aus der Kassa für die Bezahlung von Impfstoffen.

Wiederum sind die Stadtregierungsmitglieder nur über die Medien informiert worden.

Weder die zuständige Referentin für Gesundheit und Soziales noch der für Personalangelegenheiten zuständige Stadtrat, noch sie als Bürgermeister haben rechtzeitig im nötigen Umfang den Stadtsenat informiert.

Aus diesem Zusammenhang ergeben nun folgende Anfragen an sie:

Seit wann hatte man Kenntnis von den Unterschlagungen?

Warum wurde nicht in der Besprechung der Fraktionsobleute vom 8.2.1999 der Fall dargelegt?

Warum wurde nicht in der Stadtsenatssitzung vom 11.2.1999 sowie am 25.2.1999 darüber berichtet?

Lag die Geheimhaltung darin begründet, daß man diesen Fall, wie auch den vom vergangenen Jahr, unter den Teppich kehren wollte?

Wie viele solcher gleich gelagerter Fälle gibt es noch im Bereich des Magistrates?

Welche Konsequenzen haben sie aus den offensichtlich organisatorischen Mängeln im Geldverkehr des Magistrates gezogen?

Wir ersuchen sie, diese Anfrage in der nächsten GR-Sitzung am 4.3.1999 zu beantworten.

Ich darf nun zu den einzelnen Punkten Stellung nehmen.

Am Mittwoch des 12.8.1998 erlangte der Geschäftsbereichsleiter für soziale Angelegenheiten, Herr Dr. Franz Starzengruber, Kenntnis von finanziellen Unregelmäßigkeiten bei der Verrechnung der Seniorenpässe.

Noch am selben Tag informierte er die Magistratsdirektion und schlug vor, die FA für Kontrolle und Revision einzuschalten. Ebenso an diesem Tag wurde von der Magistratsdirektion ein Prüfungsauftrag betreffend die Seniorenpaßverrechnung an die FA für Kontrolle und Revision erteilt.

Am Donnerstag den 13.8.1998, also am nächsten Tag, fand eine Besprechung über die Festlegung der weiteren Vorgangsweise statt, an welcher der Kontrollamtsdirektor, der Geschäftsbereichsleiter für soziale Angelegenheiten und die Fachabteilungsleiterin für Soziales teilnahmen. An diesem Tag begann auch die Prüftätigkeit der FA für Kontrolle und Revision.

Am Freitag den 14.8.1998 erfolgte die Vernehmung der Mitarbeiter durch den oben genannten Personenkreis und damit verbunden die Anfertigung von Vernehmungsprotokollen.

Nach Vorliegen des Kontrollergebnisses der FA für Kontrolle und Revision wurde am 18.9.1998 Anzeige bei der Staatsanwaltschaft Steyr erstattet.

In der Impfgeldangelegenheit erlangte Magistratsdirektor Dr. Kurt Schmidl am 8.2.1999 um ca. 11.30 Uhr Kenntnis von der Unterschlagung, worauf unverzüglich der Geschäftsbereichsleiter für Gesundheitsangelegenheiten, Herr Dr. Reinhard Nones, und der Präsidialdirektor Dr. Gerhard Alphasamer informiert wurden.

Am selben Tag um 12.50 Uhr wurde eine Niederschrift in der FA für Personalverwaltung aufgenommen in welcher der Sachverhalt dargestellt und die sofortige Entlassung ausgesprochen wurde.

Über diesen Vorfall ist mir sofort berichtet worden und ich habe als Vorstand des Magistrates die fristlose Entlassung schriftlich ausgesprochen. Eine Besprechung der Fraktionsvorsitzenden ist für mich auch nicht das richtige Gremium, in dem über einen derartigen Vorfall berichtet werden sollte. Die hierfür zuständigen Gremien sind der Personalbeirat und der Stadtsenat, die am 22.2. bzw. am 25.2.1999 mit dieser Angelegenheit befaßt wurden.

Ich möchte dazu noch bemerken, daß alleine der Umstand, daß eine fristlose Entlassung sofort ausgesprochen wurde, automatisch bedingt, daß die Gremien, Personalbeirat und Stadtsenat, befaßt werden müßten. Es kann also keine Rede davon sein irgendetwas unter den Teppich zu kehren.

Dies zeigt auch, daß eine Geheimhaltung oder gar ein „unter den Teppich kehren“ nicht beabsichtigt war. Vielmehr sind sofort nach Bekanntwerden der Unterschlagung die notwendigen Schritte, das waren im konkreten der Prüfungsauftrag an die Fachabteilung für Kontrolle und Revision bzw. die fristlose Entlassung, gesetzt wurden. Es wurden auch die zuständigen Gremien, das ist für den Prüfungsauftrag der Prüfungsausschuß und für die fristlose Entlassung der Personalbeirat und der Stadtsenat befaßt.

Hinzufügen möchte ich noch, daß in der Seniorenpaßangelegenheit derzeit von der

Bundespolizeidirektion, kriminalpolizeiliche Abteilung, genaue Erhebungen durchgeführt werden und ein Ergebnis erst in etlichen Wochen zu erwarten ist.

Die beiden angesprochenen Fälle sind, wie sie sicher alle erkennen, keineswegs gleich gelagert und es gibt meines Wissens nach auch keine weiteren gleich gelagerten Fälle. Anmerken möchte ich jedoch, daß in der FA für Umweltschutz und Abfallwirtschaft am 30.9.1998 S 18.968,30 entwendet wurden, die am 2.10.1998 zurückbezahlt wurden. Nach Bekanntwerden dieser Angelegenheit trennte sich der Magistrat der Stadt Steyr auch von diesem Mitarbeiter.

Hinsichtlich der organisatorischen Konsequenzen möchte ich zunächst anführen, daß durch organisatorische Maßnahmen kriminelle Handlungen nicht ausgeschlossen sondern evt. erschwert werden können. In dieser Richtung sind wir auch tätig geworden. So ist in der FA für Soziales die Kassaführung sofort nach Bekanntwerden des Vorfalles personell anders besetzt worden und die Einzahlung der Beiträge für die Seniorenpässe neu geregelt worden.

Auch in der FA für Gesundheitsangelegenheiten wurden organisatorische Änderungen vorgenommen.

Nichts desto trotz habe ich am 19.2.1999 die FA für Kontrolle und Revision angewiesen sämtliche Hand- und Nebenkassen zu überprüfen und Empfehlungen für weitere organisatorische Maßnahmen eben entsprechend vorzuschlagen.

Außerdem wurden die Bereichsleiter angewiesen, stärker auch in Kontrollfunktionen tätig zu werden. Betriebliche Vorgesetzte sollten delegieren und kontrollieren. Das ist Hauptaufgabe von Vorgesetzten und man muß auch für diesen Bereich den Blick schärfen.

Im Zusammenhang mit diesen Vorfällen ist auch vom Selbstbedienungsladen Magistrat die Rede gewesen. Das möchte ich wirklich scharf zurückweisen. Immerhin sind beim Magistrat rund 1.000 Menschen beschäftigt, mit den Nebenabteilungen, und wir haben es hier mit 3 Fällen zu tun. Weil ich gerade dem Herrn Mayrhofer ins Auge sehe. Wenn wir von Selbstbedienungsladen reden, er betreibt eine ganze Reihe solcher Läden davon. Ich glaube, er wäre froh, wenn in den meisten Fällen die Waren, die dort wegkommen, zurückgegeben würden. Also, ich muß sagen, in zwei unserer Fälle, wo Tatverdächtige festgestellt wurden, ist auch die Wiedergutmachung umgehend erfolgt. Ich glaube, daß das nicht ein zu unterschätzendes Thema ist, daß Wiedergutmachung manchmal sogar wichtiger ist als Rache. Wir haben uns ohnehin von diesen Mitarbeitern getrennt. In dem dritten Fall ist selbst die Kriminalpolizei nach monatelangen Ermittlungen, kann man jetzt sagen, noch zu keinem Ergebnis gekommen. Wenn hier mehrere Personen involviert sind, ist man wahrscheinlich gut beraten, in Befolgung der rechtsstaatlichen Erkenntnisse, auf die wir doch alle stolz sind, jedenfalls für die, wo keine Schuld bewiesen ist, die Unschuldsvermutung gelten zu lassen. Ich kann mir also nicht vorstellen, daß ich irgend jemand ohne Beweise beschuldigen würde. Ich persönlich stehe jedenfalls dafür nicht zur Verfügung.

Zum Schluß möchte ich eigentlich sagen, daß kein einziger Mitarbeiter, der hier in diesem Haus sich schuldhaft verhalten hat, noch beim Magistrat beschäftigt ist. Wir haben also in den Konsequenzen, nachvollziehbar, glaube ich, sehr korrekt, sehr schnell und umgehend gehandelt. Ich muß allerdings sagen, daß alle Maßnahmen, die geeignet erscheinen, auch vom organisatorischen her, solche Vorfälle noch mehr hintanzuhalten, leider auch bürokratische Maßnahmen setzen, die eher zu Verzögerungen in den Abläufen führen und gegen unsere Intention zu entbürokratisieren stehen. Das ist die Schwierigkeit. Man könnte natürlich das Bargeld überhaupt oder weitgehendst aus den Geschäftsvorgängen, die beim Magistrat halt auch stattfinden, überwiegend im Sozialbereich und in einigen anderen, auch aus diesem GB weitgehend verbannen. Nur in der Praxis, meine Damen und Herren, schaut das halt so aus, daß überall dann mit Erlagscheinen gearbeitet werden müßte, daß man nicht weiß, ob der, der sich bei der VHS anmeldet oder der, der in irgendeiner Weise eine Gebühr für das Impfen zahlen muß, nach der Impfung den Erlagschein einzahlt oder er muß

zumindest mehrfach hingehen. Er müßte sich vorher den Erlagschein holen, dann einzahlen und mit dem abgefertigten Erlagschein könnte er vielleicht erst die Impfung in Anspruch nehmen und solche Dinge mehr. Für mich ist das Resümee aus dieser Geschichte so, daß es nichts zu beschönigen gibt. Das liegt mir vollkommen fern. Mir ist das außerordentlich unangenehm, vor allen Dingen auch deswegen, weil sehr viele, nahezu alle Magistratsbedienstete, die sich nämlich korrekt verhalten haben, eine solche Debatte und durch das Fehlverhalten einiger schwarzen Schafe, auch in Mißkredit geraten. Das ist nicht gut. Wir wollen daher alles gemeinsam tun, daß das in Zukunft unterbleibt. Vielleicht hat diese öffentliche Diskussion ein wenig auch den Charakter, daß noch genauer geschaut wird, daß hier auch die, dort an diesen Stellen handelnden Magistratsbediensteten, ihren vertrauensvollen Auftrag noch besser wahrnehmen. Persönlich glaube ich, daß ein gutes Maß an Vertrauen mit Mitarbeitern unerlässlich ist. Ich persönlich kann mir auch nicht vorstellen, daß man jeden, der in der aktiven Linie arbeitet, ein Kontrollorgan hinstellt. Das würde von den Kosten her nicht zu bewerkstelligen sein und wäre wahrscheinlich auch nicht im Sinne der Mitglieder des Gemeinderates. Das hätte ich dazu zu sagen.

Herr Dr. Pfeil, sie wollen eine Zusatzfrage stellen. Bitte sehr.

Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

Eine Frage ist erlaubt, ich werde mich kurz halten Herr Bürgermeister. Wir haben nach der letzten Diskussion, bei der ersten Affäre kritisiert, daß der Stadtsenat als Vorstand der Firma Steyr nicht rechtzeitig informiert wurde. Wir wurden erst dann informiert wie es in den Medien gestanden ist und bei der zweiten Geschichte erst wie es um die fristlosen Entlassungen gegangen ist. Sie haben keine Antwort auf eine konkrete Frage gegeben, warum sie nicht den Vorstand informieren, in dem Zeitraum zwischen offizieller Abstimmung über die Bestätigung der fristlosen Entlassung und aufliegen des Falles und Diskussion in der Öffentlichkeit. In all diesen drei Fällen mußten die Mehrheit der Stadtsenatsmitglieder, zumindest die, die nicht der Mehrheitsfraktion angehören, über die Medien Kenntnis davon gelangen. Das halte ich für einen untragbaren Zustand für ein Vorstandsmitglied einer Firma, wenn Unregelmäßigkeiten in einer Firma passieren, das kann in jeder Firma passieren, dann gehört der Vorstand voll informiert. Gerade der 3. Fall beweist das ganz eklatant. Dieser Fall war ja beim Abfassen dieses Schreibens noch gar nicht bekannt, daß es auch hier zu Unregelmäßigkeiten gekommen ist. Auch hier wiederum erst durch einen, ich weiß nicht wie das in die Medien gekommen ist, wahrscheinlich auch wieder ein anonymer Anruf wie beim zweiten Fall, daß das passiert ist und, daß dann erst der Stadtsenat informiert worden ist. Also ich ersuche sie, geben sie eine Antwort, warum sie sich weigern den Stadtsenat zu informieren, wenn etwas passiert. Nicht dann, wenn wir abstimmen müssen, wenn derjenige oder diejenige Bedienstet fristlos entlassen wird. Das ist übrigens beim letzten Fall auch nicht passiert.

Bürgermeister Hermann Leithenmayr:

Herr Dr. Pfeil. Eine Korrektur möge mir erlaubt sein. Der Stadtsenat ist nicht der Vorstand des Unternehmens Stadt Steyr. Der Vorstand des Magistrates ist gemäß Stadtstatut der Bürgermeister. Sonst niemand. Das können sie nachlesen. Der Stadtsenat ist ein anderes Organ. Er hat ganz klar definierte, taxativ aufgezählte Befugnisse. Unter anderem die Einstellung von Personal aber auch die Entlassung von Personal. Wenn also der Vorstand des Magistrates durch die Person des Bürgermeisters eine fristlose Entlassung vornimmt, das ist arbeitsrechtlich auch genau definiert, wie so etwas zu geschehen hat, erstens die Schwere des Falles und zweitens unmittelbar. Es ist also nicht möglich die Entlassung oder nicht Entlassung eines Dienstnehmers zum Beratungsgegenstand in einer Stadtsenatssitzung zu machen, die in mehreren Tagen oder im schlechtesten Fall in 14 Tagen, stattfindet, weil dann der Magistrat der Möglichkeit verlustig ginge, eine fristlose Entlassung



auszusprechen. Die Unmittelbarkeit ist ein zwingender Bestandteil dieser Handlung. Ich persönlich kann nur eines sagen. In größeren Unternehmungen wird ein so ein disziplinärer Vorgang von den zuständigen Organen des Betriebes geahndet. Es ist nicht üblich, daß dort irgendein Vorstandsmitglied über einen Diebstahl in irgendeinem Bereich des Unternehmens informiert wird. Ich muß sagen, in unserem Fall muß der Bürgermeister oder in seiner Stellvertretung der Magistratsdirektor so eine fristlose Entlassung unterzeichnen. Das ist eine Stunde nach Bekanntwerden des Falles passiert. Also, schneller geht es auch bei uns nicht, weil es geht immerhin um ein Schicksal, um die Existenz eines Mitarbeiters und da muß zumindest ausreichend geprüft sein, ob die Tatbestände für so eine drastische Maßnahme gegeben erscheinen. Das haben wir getan. Ich habe überhaupt nie die leiseste Absicht, irgendetwas unter den Tisch zu kehren. Sie haben den dritten Fall noch angesprochen. Ein Mitarbeiter unserer Bürgerdienste, der an einem Abend, bevor er aus dem Dienst geht, in die Kasse hineingreift und dort einen Betrag mitnimmt, den er dann in den Urlaub mitnimmt, von dem er übrigens bisher nicht mehr zurückgekehrt ist, meines Wissens, da wird am nächsten Tag in der Früh festgestellt, daß diese Kasse leer ist. Eine unmittelbare Prüfung hat eben ergeben, daß diese S 18.000,- und einige Schillinge fehlen. Kein Mensch hat irgend etwas unter den Teppich gekehrt. Daß das über die Medien gespielt wird, das haben sie ja auch kritisiert, das kritisiere ich gleichermaßen. Es ist in Wirklichkeit bei uns eingerissen, aus welchen Gründen immer, jedenfalls sind es keine vernünftigen und auch nicht dem Statut der Stadt Steyr entsprechend, daß hier streng vertrauliche Unterlagen, auch solche, die als besonders vertraulich gekennzeichnet sind, nämlich jene des Prüfungsausschusses, unmittelbar nach Aussendung in den Redaktionen landen. Und daher kommt es in Wirklichkeit dazu, daß auch Stadtsenats- und Gemeinderatsmitglieder aus der Zeitung lesen, daß es einen Vorfall gegeben hat. Ich habe oft und oft, und ich tue es heute wieder, an sie appelliert, ihren entsprechenden Obliegenheiten nachzukommen, da steht nämlich drinnen, „Amtsverschwiegenheit“. Vertrauliche Unterlagen auch wirklich vertraulich zu behandeln, vielleicht der Versuchung zu widerstehen, anhand von solchen Dingen ein bißchen politisches Kleingeld zu machen. Das ist das Problem. Was besonders unangenehm ist und worüber auch einige Kollegen aus unserem Kreis bei mir zu Recht Klage geführt haben, ist der Umstand, daß sich diejenigen, die das nämlich nicht tun, die sich an die Spielregeln halten, noch als die „Blöden“ da stehen, die letzten Endes das dann aus der Zeitung erfahren oder sich fragen lassen müssen, ob sie das nicht gewußt hätten. Wenn sie nämlich im Prüfungsausschuß gesessen sind, haben sie dieselben Unterlagen bekommen wie alle anderen auch. Sie haben es natürlich gewußt, nur, sie haben es vertraulich behandelt. Kollege Eichhübl hat in der letzten Fraktionsvorsitzendenkonferenz ein solches Thema auch angeschnitten. Daher mein Appell einmal mehr, daß hier auch wir uns an die Spielregeln halten sollen. Ich habe auch schon einmal gesagt, in manchen Fällen kann es auch um sehr viel Geld gehen, wenn es sich dabei um Geschäftsfälle handelt, bei denen viel Geld im Spiel ist. Demokratische Spielregeln einhalten, Mehrheiten zu bilden, Meinung zu bilden, setzt gegenseitiges Minimalvertrauen voraus. Man muß sich gegenseitig informieren, damit jeder sich ein Bild machen kann. Wenn diese Informationen aber dann über die Zeitungen abgehandelt werden, kann sich ein Geschäftspartner, oder irgendwelche anderen, natürlich ein Bild machen und das kann auch zu großen materiellen Schäden führen. Mein Appell daher noch einmal, halten sie sich an die Spielregeln. Ich möchte nicht, wie der Bürgermeister unserer Landeshauptstadt, wenn das sich so fortsetzt, in die Lage kommen, daß ich als Bürgermeister z. B. eine inhaltliche Verdünnung des Informationsmaterials für die Ausschüsse, insbesondere des Prüfungsausschusses, anweisen und verfügen muß. In Linz ist derartiges passiert. Ich nehme an, es hat ein bißchen geholfen. Es war ein Geschrei, aber es hat ein bißchen geholfen, weil in der letzten Zeit liest man in den Zeitungen weniger darüber.

Damit, meine Damen und Herren, betrachte ich diese erste Anfrage als abgehandelt. Ich komme nun zu den „Mitteilungen des Bürgermeisters“. Unsere Eissaison geht zu Ende. Am kommenden Sonntag ist der letzte Eislauftag. Etwas mehr als 37.000 Eisläuferinnen und Eisläufer haben unsere, mit zuletzt um 7 Millionen Schilling sanierte, Eisfläche oder Eisaufbereitung frequentiert, was sehr positiv festgestellt werden kann. Nicht enthalten in dieser Zahl sind natürlich die Stocksützen und die Eishockeyspieler, die in ebenfalls in großer Anzahl dort sportlich tätig waren.

Die Stadt Steyr hat erstmals Umweltschutzpreise vergeben. Wir haben hier 7 Einreichungen gehabt,

was also von der Teilnehmeranzahl her nicht recht spektakulär ist, aber es wurden hier die Siegerprojekte für überdurchschnittlich hohe Qualität und Kreativität ausgezeichnet. Im Festsaal des Rathauses hat am 25.1. die Preisverteilung stattgefunden. Den ersten Preis mit S 20.000,-- hat hier die Sporthauptschule Tabor mit großer Freude entgegengenommen. Sie haben den Schulhof gestaltet und zu einer grünen Oase gemacht. Eine ausgezeichnete Leistung, die zum Großteil auch in der Freizeit von Lehrern und Schülern durchgeführt wurde. Der 2. Preis ging an die 9. Schulstufe der HBLA. Die haben hier ein Ausstellungsprojekt „Tatort Erde“ geschaffen. Sie haben hier S 10.000,-- entgegen nehmen können. Einen weiteren Preis in der gleichen Höhe hat die Freiwillige Feuerwehr der Stadt zugesprochen bekommen. Sie haben mehr als 10.000 freiwillige Stunden im angewandten Umweltschutz, sie erinnern sich an diese ganzen Abfallsammelzentren die von der Feuerwehr betreut werden, durchgeführt. Auch ihnen einen besonderen Dank. Schließlich hat in der Kategorie Klima und Energie der Verein „Auto teilen“ für seine Initiative und Durchführung dieser umweltfreundlichen Aktion einen Preis von S 5.000,-- bekommen.

Zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage ist zu berichten, daß leider die Arbeitslosenquote im Jänner 1999 8,2 % betragen hat und damit um 0,3 % wieder höher ist als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitslosen im Jänner betrug 3.398. Das ist eine Zahl, die sehr, sehr hoch ist und natürlich unsere Anstrengungen erfordert, gegen diese Entwicklung zu steuern. Positiv ist, daß es gegenüber dem Vorjahr um 85 Stellen mehr gibt. Es sind insgesamt 326 offene Stellen Ende Jänner beim Arbeitsmarktservice hier in unserem Arbeitsmarktverwaltungsbezirk gemeldet.

Damit meine Damen und Herren sind auch die Berichte erschöpft. Ich möchte den Vorsitz an sie, Herr Dr. Pfeil, übergeben.

Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

Ich übernehme den Vorsitz und übergebe zur Berichterstattung Herrn Bürgermeister Leithenmayr das Wort.

BE: Bürgermeister Hermann Leithenmayr:

Danke vielmals. Der erste Tagesordnungspunkt ist eine Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 100, Dutzler Sylvia und Josef - Widmung in Sondergebiet des Baulandes.

Es ergeht der Antrag des Ausschusses für Angelegenheiten der Stadtentwicklung und Stadtplanung an den Gemeinderat.

BauGru-68/97

Flächenwidmungsplan Nr. 1 - Änderung Nr. 100; Dutzler Sylvia und Josef; Widmung in Sondergebiet des Baulandes (Sender).

Der Gemeinderat möge beschließen:

Gegenständlicher Flächenwidmungsplan Nr. 1 - Änderung Nr. 100 - Dutzler Sylvia und Josef -

Widmung in Sondergebiet des Baulandes (Sender) - wird entsprechend den Plänen der FA Stadtentwicklung und Stadtplanung des Magistrates der Stadt Steyr vom 10. März 1998 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der FA Baurechtsangelegenheiten vom 16. Februar 1999 gemäß §§ 33 und 36 des OÖ. Raumordnungsgesetzes, LGBl. Nr. 114/1993 idgF., beschlossen.

Ich bitte um Debatte bzw. um Beschlußfassung.

*GR Beatrix Toman verläßt krankheitshalber um 14.45 Uhr die Sitzung.*

Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

Ich danke für den Antrag. Ich möchte mich selbst an der Diskussion beteiligen und gebe den Vorsitz an Vzbgm. Tatzreiter ab und melde mich zu Wort.

Vizebürgermeister Leopold Tatzreiter:

Ich übernehme den Vorsitz. Herr Dr. Pfeil sie sind am Wort.

Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Es geht hier um eine Änderung des bestehenden Flächenwidmungsplanes, um die Umwidmung eines Grundstückes in Bauland, Sondergebiet, Sender. Jetzt kann man der Meinung sein, diese Sendeanlagen sind Gott gegeben. Wir können nichts dagegen oder dafür machen. Es gibt keine wissenschaftlichen Untersuchungen, ob sie gefährlich oder nicht gefährlich sind. Tatsächlich ist es so, daß ausreichende, wissenschaftliche Grundlagen über die möglichen gesundheitlichen Gefährdungen von solchen gepulsten Sendeanlagen noch nicht vorliegen. Aber bis dahin sollte man unbedingt von der gesetzgeberischen Seite her trachten, daß die Bevölkerung maximalen Schutz genießt. Wir selbst, hier im Gemeinderat, haben einmal einen Antrag gemeinsam, einstimmig beschlossen, daß solche Sendeanlagen nur im Mindestabstand von 300 m aufgestellt werden dürfen oder sollen. Diese Bestimmung ist eher zahnlos, weil wir es hier ja mit einer Bundesgesetzmaterie zu tun haben. Unter dem Hintergrund, daß wir drei Anbieter haben, von solchen Sendeanlagen, daß der vierte in den Startlöchern steht, daß diese Milliarden, wir sprechen von etwa knappe 10 Milliarden Schilling, die da dem Bundessäckel anheim fallen, alleine von der Vergabe der Sendelizenzen, daß natürlich von dieser Seite her wenig Interesse besteht, diese Sendebetreiber mit besonderen Schwierigkeiten zu ärgern. Das ist verständlich. Ich habe mich hier sehr engagiert und habe auch zur Kenntnis nehmen müssen, daß es ein sehr steiniger und sehr erfolgloser Weg ist, diesbezüglich wirklich etwas zu tun. Ich denke aber auch, daß die technische Entwicklung uns wahrscheinlich hier überrollt, daß wir in wenigen Jahren eine neue Technologie haben werden, daß diese Sendeanlagen wahrscheinlich dann gar nicht mehr in diesem Ausmaß gebraucht werden. Was wir dann mit diesen vielen, vielen Sendeanlagen, welche die Landschaft teilweise, gerade im Salzkammergutbereich, schon sehr negativ beeinflussen, dann machen, bleibt dann ein offenes Problem. Hier haben wir es mit einem Grundstück zu tun, wo am Ende eines Grundstückes, eines Besitzes, der Sender errichtet wird. Der eine profitiert davon und der andere, der Nachbar, ist in unmittelbarer Nähe und hat dann die Strahlen davon. Deshalb werde ich diesem Antrag nicht die Zustimmung geben und ersuche sie alle, nach bestem Wissen und Gewissen, hier abzustimmen und dieser Sonderwidmung nicht zuzustimmen.

Vizebürgermeister Leopold Tatzreiter:

Ich danke Herrn Dr. Pfeil für diesen Beitrag. Herr GR Stieglitz bitte.

Gemeinderat Siegfried Stieglitz:

Sehr geehrte Damen und Herren. Ich bin schlicht und einfach dagegen und werde diesem Antrag nicht die Zustimmung geben. Schon alleine aus diesem Grund, da in 20 bis 30 m Entfernung von dieser Anlage, Menschen wohnen. Da rege und lehne ich mich auf, genauso wie es im letzten Ausschuß war. Da kann der Kollege Kupfer zu mir sagen: „Was regst du dich denn auf, da wohnen eh Jugo drinnen.“ Menschen sind Menschen und ...

Gemeinderat Andreas Kupfer:

Was?

Gemeinderat Siegfried Stieglitz:

Ich wiederhole es Andy. Du hast zu mir gesagt: „Was regst du dich denn auf, es sind eh Ausländer drinnen.“ Wir Freiheitlichen sind kritisch gegenüber den Ausländern, wir ...

*Diskussion verschiedener Mandatäre*

*Ordnungsruf*

Gemeinderat Siegfried Stieglitz:

... haben eine Linie. Es gibt kein Gutachten wo bewiesen ist, daß diese Anlagen die Gesundheit nicht stören und aus diesem Grund kann ich diesem Antrag nicht zustimmen. Danke.

Vizebürgermeister Leopold Tatzreiter:

Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Kupfer. Bitte sehr.

Gemeinderat Andreas Kupfer:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste. Ich will mich nicht zur Sache melden sondern zu diesem Hinweis, den du mir sozusagen in den Mund gelegt hast. Ich habe zu dir, weil du neben mir gesessen bist, gesagt, mich

wundert es sehr, daß du dich dafür einsetzt, weil in diesem Haus Ausländer wohnen, daß sich die FPÖ dafür einsetzt, obwohl Ausländer da drinnen wohnen. Das habe ich gesagt und nicht mehr.

Vizebürgermeister Leopold Tatzreiter:

Danke. Weitere Wortmeldungen? Herr GR Keiler bitte.

Gemeinderat Stephan Keiler:

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Presse. Ich wollte auf die Wortmeldung von Vzbgm. Dr. Pfeil, der also der Bundesregierung oder dem Bundesgesetzgeber der hinter dem Telekommunikationsgesetz steckt, sozusagen unterstellt, daß nur des Geldes wegen diese Telekommunikationsnetze errichtet werden, eingehen. Und zwar begründet sich diese Ausschreibung des 3. Mobiltelefonnetzes, das mittlerweile ja in Betrieb ist, auf eine EU-Richtlinie, die vorschreibt, daß jedes Mitgliedsland mindestens drei solche Lizenzen zur Mobiltelefonie vergeben muß. Wenn ich daran erinnern darf, dann profitieren wir alle von dieser EU-Richtlinie, denn ich darf in Erinnerung rufen, die Tarife und Bedingungen dieser Mobiltelefonie, vor dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union und vor der Vergabe dieser weiteren zwei Lizenzen, die mittlerweile in Betrieb sind, und die Marktwirtschaft, die auch von ihrer Partei oder von deiner Partei immer propagiert wird, ja sehr profitiert davon, daß es diese drei Netze gibt. Die Schuld der Bundesregierung ist es nicht, denn sie war verpflichtet, dieses Telekommunikationsgesetz zu erlassen und im § 5 dieses Gesetzes steht drinnen, daß diese Sendemasten bewilligungsfrei sind. Und das nicht weil die Bundesregierung ein Geld damit verdienen will oder weil sie die Wohnqualität in Österreich eventuell verschlechtern möchte, sondern weil sie als EU-Mitglied dazu verpflichtet war. Das wollte ich nur zu dieser Wortmeldung sagen. Danke.

Vizebürgermeister Leopold Tatzreiter:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Frau GR Mag. Frech bitte.

Gemeinderätin Mag. Michaela Frech:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, liebe Gäste. Eigentlich wollte ich mich bei diesem Thema nicht zu Wort melden, aus einem ganz einfachen Grund, aber ich muß es jetzt tun, weil ich kenne mich schlichtweg nicht mehr aus. Ich lese im Amtsbericht, daß in der Sitzung des Ausschusses für Angelegenheiten der Stadtentwicklung und -planung vom 12. Februar 1998 gegenständliche Angelegenheit beraten worden ist und die Einleitung des Verfahrens zur Umwidmung einstimmig beschlossen wurde. Nachdem SPÖ, ÖVP und auch FPÖ ein Stimmrecht in diesem Ausschuß haben, würde ich einmal davon ausgehen, daß keine dieser Fraktionen hier dagegen stimmt. Also, von da her habe ich einen gewissen Aufklärungsbedarf, warum man im Ausschuß dafür ist und sich jetzt hinstellt und sagt, ich werden nach bestem Wissen und Gewissen entscheiden und werde da also nicht meine Zustimmung geben. Das ist für mich der eine Punkt, wo ich mich frage, will man da nicht wirklich das, was sie zuerst zitiert haben Herr Bürgermeister, vielzitiertes politisches Kleingeld kassieren, indem man im Ausschuß sagt, na freilich bin ich dafür, und sich dann herstellt und nach bestem Wissen und Gewissen möchte ich entscheiden. Das ist der einen Punkt.

Der zweite Punkt ist, ich denke, das Thema haben wir sehr oft hier herinnen auch schon sehr emotional abgehandelt, ich denke, es ist legitim, daß jemand sagt, ich habe Angst vor GSM-Masten, ich stehe distanziert zu dieser Technik, keine Frage. Aber ich frage mich halt dann schon, wenn jemand, der zu den stärksten Nutzern dieses Handy's gehört und wo heute Vormittag eine Sitzung war, eine Sondersitzung zum Verkehrsausschuß, und dessen Handy drei Mal geläutet hat, der Herr Dr. Pfeil war, da frage ich mich halt schon, auf der einen Seite, der Strom kommt aus der Steckdose, also, das fällt mir zu diesem Thema ganz einfach ein. Ich halte das schlichtweg für unglaublich. Man kann sagen, ich nutze diese Technik nicht, ich finde dies gefährlich, aber dann soll man das auch durchziehen.

Der dritte Punkt ist, was heute wieder zitiert worden ist, das ist dieser ehemalige GR-Beschluß, wo sie Herr Dr. Pfeil gerade zitiert haben, der einstimmig gefallen ist, da war das Liberale Forum noch nicht im Gemeinderat, nur inzwischen wissen wir alle wohl, daß dieser Gemeinderatsbeschluß halt etwas war, was rechtlich nicht legitim war und das müssen wir auch akzeptieren. Nur wie gesagt, ich verstehe eigentlich nicht, daß man sich herausstellt und plötzlich etwas völlig anderes sagt als im Ausschuß und da einen Zickzackkurs fährt. Wie gesagt, das verstehe ich nicht.

#### *Beifallskundgebung verschiedener Mandatare*

Vizebürgermeister Leopold Tatzreiter:

Danke. Nochmals zu Wort gemeldet hat sich GR Stieglitz. Bitte sehr.

Gemeinderat Siegfried Stieglitz:

Sehr geehrte Damen und Herren. Ich möchte schon die Frage der Frau Kollegin beantworten. Lesen kann ich auch, nur zum Unterschied zu ihnen und uns, bei ihnen gibt es einen Klubzwang. Sie sind ihr eigener Klub. Sie sind eine One-Man oder One-Woman-Show. Wir sind eine Fraktion wo wir ein freies Mandat ausüben dürfen. Ich hoffe, sie wissen was das bedeutet. Ich habe hier meine Meinung kund getan. Wenn die Kollegen im Ausschuß so gestimmt haben, ist das ihre Sache. Das ist eine Empfehlung. Ich habe hier das freie Mandat und nütze es hier herinnen auch aus. Danke.

Vizebürgermeister Leopold Tatzreiter:

Danke. Nochmals zu Wort gemeldet ist Herr Vzbgm. Dr. Pfeil. Bitte.

Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

Lieber Freund Stephan. Es ist schon interessant, daß gerade dann EU-Richtlinien herbeigezogen werden oder als Beispiel genommen werden, wenn sie gerade in den Kram passen oder wenn sie zur Budgetsanierung auch ihr Gutes tun. Warum machen wir aber jetzt eine 4. und dann eine 5. Lizenz, wenn wir nur drei Lizenzen brauchen? Diese Frage bleibt noch offen.

Bürgermeister Hermann Leithenmayr:

Der freie Markt.

Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

Ja, dann zählt wieder der freie Markt, aber der Finanzminister bekommt, wieviel bekommt er denn, 2 1/2 bis 3 Milliarden pro Sendevergabe. Das ist ja gerade nicht ohne. Tatsache ist, daß durch dieses Telekommunikationsgesetz einfach Bürgerrechte außer Kraft gesetzt werden. Einsprüche werden abgeschmettert oder nicht zur Kenntnis genommen. Das ist schon sehr bedenkenswert.

Liebe Frau Frech. Es ist schon interessant. Sie müssen sich wirklich nicht zu jedem Tagesordnungspunkt zu Wort melden, vor allen Dingen dann, wenn sie nichts verstehen, oder nur die Hälfte davon. Darum habe ich ja gesagt, und sie haben das wahrscheinlich nicht ganz mitbekommen, es geht hier um gepulste Sendeanlagen, um GSM-Sendeanlagen. Das D-Netz, das gute alte D-Netz mit 0663, fällt nicht in diese Kategorie. Wenn sie im Telefonbuch nachsehen, ich habe eine 0663 Nummer. D.h., ich verwende keine GSM-Technologie. Aber es ist richtig, daß nicht dreimal sondern zweimal heute das Telefon geläutet hat. Es war zweimal eine wichtige Geschichte oder zumindest für die Anrufer hier im Amt. Das war von der Amtseite her, die mich dringend sprechen wollten. So ist es. Aber ich glaube, das hat die Sitzung nicht sonderlich verlängert oder gestört. Ich bedanke mich.

Vizebürgermeister Leopold Tatzreiter:

Danke. Zweite Wortmeldung GR Keiler.

Gemeinderat Stephan Keiler:

Sehr geehrte Damen und Herren. Ich möchte kurz auf die Wortmeldung eingehen. Die Grundlage für dieses Telekommunikationsgesetz war eine EU-Richtlinie und nicht mehr und nicht weniger. Und die Motivation der EU diese Richtlinie zu erlassen, glaube ich, traue ich mir zu behaupten, war nicht die Geldbeschaffung wie du es behauptet hast, sondern es war natürlich die flächendeckende Versorgung mit solchen Netzen. Und die vierte Lizenz, die demnächst vergeben wird, wird um 1 Milliarde vergeben und nicht um 2 oder 4 und wird sich von den ersten 3 völlig unterscheiden, weil es um eine Regionallizenz geht und um eine Verbindung des Festnetzes mit dem Mobiltelefonnetz. Deswegen kann man sie mit den ersten 3, zu denen die Bundesregierung verpflichtet war sie zu vergeben, nicht vergleichen und ich glaube behaupten zu können, wenn das D-Netz in den nächsten Jahren abgeschaltet wird, daß du dann nicht zum Festnetztelefonierer mutierst sondern weiterhin dich dieser neuen Technologien bedienen und dann auch GSM nützen wirst und keiner wird es dir übel nehmen. Danke.

Vizebürgermeister Leopold Tatzreiter:

Danke. Weitere Wortmeldungen? Herr GR Fürweger bitte.

Gemeinderat Günter Fürweger:

Werter Gemeinderat, wertees Präsidium. Entschuldigen sie meine Stimme, ich hoffe jeder kann mich verstehen. Ich kann mich noch an diesen Ausschuß erinnern, am 12. Februar des Vorjahres, und da sind wir ja vor der Problematik gestanden, daß es kurz vorher eine Resolution der Stadt gegeben hat, ich glaube, da ist drinnen gestanden, daß wir von Sendeanlagen 300 m Abstand halten möchten und bei dieser Sendeanlage handelt es sich um einen Standort an der Stadtgrenze zu Garsten, also es ist draußen bei Christkindl. Wir haben, glaube ich, deswegen gesagt, es ist dort keine Gefahr. Das Wohnhaus ist auf Garsten-Bereich. Wenn wir es vergleichen mit dem Jägerberg, dort ist es viel humaner, deswegen war auch die Einstimmigkeit damals im Ausschuß. Es ist auch von der Kollegin Frech, glaube ich, urgiert worden, daß wir die Resolution an und für sich wieder zurücknehmen können, weil sie sowieso nichts bringt, aufgrund der Situation allgemein, daß es noch keine genauen Feststellungen gibt über die Schädlichkeit etc., daß das alles immer nur mit Flächenwidmung und Raumordnung abgehandelt wird, sieht man jetzt wieder am Jägerberg. Ich bin auch nicht erfreut, wenn man immer Ausreden mit dem Ortsbild sucht, wenn man genau weiß, es geht eigentlich um etwas anderes, aber es ist leider so. Danke.

Vizebürgermeister Leopold Tatzreiter:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht mehr der Fall. Schlußwort Herr Referent bitte. Ich übergebe den Vorsitz wieder an Herrn Vzbgm. Dr. Pfeil.

Bürgermeister Hermann Leithenmayr:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. An diesem Beispiel zeigt sich wieder einmal, daß alles eine Frage der Verhältnismäßigkeit ist. In Wirklichkeit muß man wissen, daß wir in der Stadt Steyr im dichtverbauten Gebiet mittlerweile rund 100 Sendemasten haben. Ich zitiere hiebei unseren Fachabteilungsleiter für Planungsangelegenheiten, TOAR Ing. Grassnigg, er vermutet, daß es ungefähr 100 sind. Es ist heute zu Recht gesagt worden, es ist eine bundesgesetzliche Angelegenheit und wir sind nicht in der Lage dort Entscheidungen zu treffen. Ich bin dennoch nicht der Auffassung, daß die Resolution ganz und gar vergeblich gewesen ist, weil Ängste in der Bevölkerung ernst zu nehmen sind, weil es Gutachten und Gegengutachten gibt und die an uns herangetragen wurden, die Ängste, die Gutachten und die Gegengutachten, haben wir unsere Stimme erhoben, haben die Parlamentsparteien, die Landtagsparteien informiert und mittlerweile ist dieser komplizierte Gesetzgebungsvorgang in Schwung gekommen und man hat uns versichert, daß man unsere Einwendungen, Vorstellungen, betreffs der Parteienstellung usw. ernst nehmen wird und versuchen wird, das einzuarbeiten. Also war das nicht ganz umsonst, weil der Gesetzgeber auch informiert wurde, welche Ängste da bei uns waren. Daher muß man das also auch dazu sagen. In Wirklichkeit hat uns die technische Entwicklung überrollt. In diesem Fall sieht man das sehr deutlich und sie wird auch weiter rollen. Ich glaube, daß diese Ängste und diese Vorgangsweisen mit diesen Sendern, mit diesem feinmaschigen Sendernetz, auch wieder nur eine temporäre Erscheinung ist, daß in wenigen Jahren das Satellitentelefon verbreitet sein wird und dann werden diese Sender wahrscheinlich wieder abgebaut werden. Wir haben aber heute zu entscheiden. Einmal haben wir eine Situation, wo in einem nahezu menschenleeren Gebiet ein Sender aufgestellt werden soll. Deswegen habe ich gesagt, es ist eine Frage der Verhältnismäßigkeit. In der Stadt, im dichtverbauten Gebiet, stehen 100 Sender. Wenn wir also dort draußen das schon nicht zulassen, machen wir uns eigentlich noch mehr lächerlich. Wir können ja eigentlich nicht landschaftsstörende Argumente vorbringen, da sind unsere Fachleute nicht in der Lage. Wir können in Wirklichkeit keine Argumentationslinie finden mit der wir das verhindern können, weil das nicht einmal in der Stadt gelingt und wir werden auf jeden Fall von der Oberbehörde korrigiert werden und machen uns zudem lächerlich, wenn wir auch in diesem Fall dagegen sind. Daher ist es uns zweckmäßig erschienen. Aber nicht aus reiner Freude sondern zweckmäßig erschienen, daß wir eben den



Beschluß im Stadtsenat in dieser Form getätigt haben und ich ersuche auch, daß wir das jetzt, heute im Gemeinderat, tun. Eines muß ich noch zum Schluß sagen. Man kann nicht ununterbrochen politisch, ideologisch der Liberalisierung das Wort reden oder der Deregulierung und wenn dann im Zuge der Liberalisierung solche Entwicklungen ungehemmt Platz greifen, drehen wir uns also wieder um und dann sollen wir wieder alles regulieren. Das wird wohl auch nicht möglich sein. Da muß man sich zu irgendetwas bekennen. In diesem Fall möchte ich, daß wir uns zur Zweckmäßigkeit bekennen und bitte den Gemeinderat positiv abzustimmen.

Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

Danke für das Schlußwort. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, der möge dies mit einem Zeichen der Hand kundtun. SPÖ, ÖVP, 3 FPÖ (GR Ing. Wetzl, GR Payrleithner, GR Fürweger). Wer ist dagegen? 5 (GR Kupfer, GR Apfelthaler, GR Stieglitz, GR Reznar, Vzbgm. Dr. Pfeil). Wer enthält sich der Stimme? 2 FPÖ (StR Eichhübl, GR Ing. Hoflehner). Danke. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Nächster Punkt bitte.

Bürgermeister Hermann Leithenmayr:

Der nächste Antrag, meine sehr geehrten Damen und Herren, betrifft die Beschlußfassung über die Richtlinien für die Lehrstellenförderung der Stadt Steyr, in dem Fall eine Verlängerung ...

Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

Punkt 2) Finanzen haben wir noch.

Bürgermeister Hermann Leithenmayr:

Oh, die Finanzen, wo habe ich die denn? Danke für den Hinweis.

Alle Jahre um diese Zeit, meine Damen und Herren, hat der Gemeinderat eine Vorlage, die deswegen so bedeutend ist, weil hier nicht beanspruchte, aber bereits beschlossene Vorhaben, die sich vom Finanzjahr 1998 in das Finanzjahr 1999 hineinziehen, daß die hierfür vorgesehenen Mittel übertragen werden müssen. In diesem Zusammenhang ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

Fin-120/98

Übertragung nicht beanspruchter, beschlossener Vorhaben vom Finanzjahr 1998 in das Finanzjahr 1999.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA Buchhaltung, Kassa und Lohnverrechnung vom 11. Februar 1999 werden die in der Beilage angeführten Kreditüberschreitungen im ordentlichen Haushalt in Höhe von S 6,669.100,-- und im außerordentlichen Haushalt in Höhe von S 51,489.000,-- in Summe

S 58,158.100,- genehmigt.

Die Deckung der Kreditüberschreitungen erfolgt durch die im ursprünglichen Antrag vorgesehenen und beschlossenen Mittel. (Beilage).

Ich bitte um Debatte und Abstimmung.

Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Frau Reznar. Bitte. Gibt es weitere Wortmeldungen?

Gemeinderätin Elfriede Reznar:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, verehrte Gäste. Im vorliegenden Amtsbericht, betreffend der Übertragung nicht beanspruchter, beschlossener Vorhaben vom Finanzjahr 1998 in das Finanzjahr 1999, sind jene Projekte enthalten, die beschlossen sind und deren Fertigstellung bzw. Abrechnung noch aussteht. Es erhebt sich für mich nun die Frage, weshalb der Umbau der städt. Bücherei nicht schon 1998 beschlossen und fixiert wurde, damit der für 1998 präliminierte Betrag von S 5.000.000,- auf das Jahr 1999 hätte übertragen werden können, nachdem das Projekt bereits baureif vorgelegen ist. Auf diese Weise hätte man für das Jahr 1999 bereits 10 Millionen Schilling für den Umbau der Bücherei zur Verfügung und einer entsprechenden Umsetzung des Bauvorhabens stünde nichts mehr im Weg. Auch sie wissen, daß der Umbau der städt. Bücherei mehr als 10 Millionen Schilling kostet, wenn man nur annähernd die notwendigsten Maßnahmen treffen und die bereits bestehenden Pläne realisieren will. Die Bücherei ist ein so wichtiger Bestandteil einer Kommune und für Steyr gerade jetzt, im Hinblick auf die Fernuniversität und Fachhochschule, auch als Fachbibliothek von großer Bedeutung. Im vorliegenden Fall, ohne Übertrag, verzögert sich die Fertigstellung wieder um ein weiteres Jahr. Es wäre an der Zeit, kulturellen Vorhaben der Stadt Steyr einen höheren Stellenwert einzuräumen. Danke.

Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Herr Bürgermeister, Schlußwort.

Bürgermeister Hermann Leithenmayr:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Wir haben es bei der Bücherei mit einer verhältnismäßig schwierigen Situation zu tun. Wir haben mehrere Jahre darüber debattiert und wir haben im vergangenen Jahr einen Budgetansatz getroffen und wir haben es auch ernst gemeint. Ich war auch wirklich guter Hoffnung, daß eine erste Bauetappe im vergangenen Jahr, Frau Kollegin Reznar, wirklich abgewickelt wird. Es ist allerdings hier nicht so, daß das Projekt baureif vorgelegen ist, sondern es hat sich auch der Kulturausschuß, meines Wissens, mehrfach mit einer Vorlage beschäftigt, die weit jenseits dieser 10 Millionen Schilling, das ist ja eigentlich der letzte Wert, gelegen hat. Es hat auch Vorschläge gegeben, daß wir dieses Ding um 28 Millionen Schilling umbauen. Es ist aber dann doch nicht zur Realisierung gekommen und wir haben eine geeignete Lösung gesucht, die auch mit weniger Geld passieren kann. Da möchte ich also noch einen Satz dazu

sagen. Es ist nicht so, daß wir im vergangenen Jahr keine kulturellen Projekte gemacht haben. Ich möchte an die Landesausstellung erinnern. Ja, es ist für sie vielleicht nicht so ein Thema, aber wenn sie wirklich Kulturpolitikerin sein wollen, dann müssen sie die Dinge schon recht viel mehr umfassender betrachten, weil 3 ½ Millionen Schilling für die Landesausstellung und noch einmal 1 ½ Millionen für die Werbung sind auch 5 Millionen Schilling, die hier auf den Tisch des Hauses zu legen waren. Da rede ich noch gar nicht von einer ganzen Reihe anderer Maßnahmen, die wir auch gemacht haben, Jugend-Kulturhaus fällt mir da zum Beispiel ein, eine Teiletappe, die auch finanziert wurde. Wir haben im kulturellen Bereich, gerade was Häuser anbelangt, diese Debatte auch schon oft genug geführt, daß wird da fast über Gebühr investieren, sodaß immer zuwenig bleibt für die Programme, die Kulturentfaltung, die Kulturschaffenden und die Künstler. Die Bücherei ist, so hoffe ich, eines von den letzten Projekten, wo wir in ein Haus so viel investieren werden müssen. Es ist ihnen vielleicht auch geläufig, daß gerade in letzter Zeit, noch einmal die bauliche, die technische Konzeption überarbeitet wurde, daß wir feststellen konnten, daß sich natürlich günstiger, zweckmäßiger, funktional richtiger im Erdgeschoß das Projekt realisieren läßt, wenn man ein dortiges Geschäft herausbringt. Da haben die Juristen erst in letzter Zeit die Möglichkeit dafür gesehen und das haben wir mittlerweile durch Kündigung auch durchgeführt. Ich habe erst in der vergangenen Woche, hier in einer persönlichen Verhandlung mit dem dortigen Pächter, einen Vergleich geschlossen, der dem nächsten Stadtsenat zugehen wird, damit wir also diese Räumlichkeit für die Bücherei auch mitverwenden können. Wie ich die Dinge sehe, wird es also gar nicht möglich sein, alle 10 Millionen Schilling in einem Jahr zu verbauen. Ich glaube, daß wir wirklich heuer diesen Baubeginn machen und eine erste Etappe mit diesem Betrag abwickeln können. Es ist ein einziger Punkt aus dieser doch beträchtlichen Liste von Projekten, die sich alle, was die Finanzierung betrifft oder auch die bauliche Ausführung, über mehrere Jahre hinzieht und ich bitte den Gemeinderat nunmehr diese Beschlußfassung herbeizuführen, daß wir alle Projekte in der vorgesehen Weise weiterführen und finanzieren können.

Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

Danke für das Schlußwort. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer für den Punkt 2), Übertragung nicht beanspruchter, beschlossener Vorhaben vom Finanzjahr 1998 in das Finanzjahr 1999, ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Einstimmigkeit ist zu protokollieren. Der nächste Punkt bitte.

Bürgermeister Hermann Leithenmayr:

Der nächste Antrag betrifft, wie ich schon gesagt habe, die Fortsetzung der Lehrstellenförderung. Wir setzen mit denselben Richtlinien die Förderungen fort, auch mit denselben Beträgen, die auch im Budget vorgesehen sind. Hiezu ist aber eine Beschlußfassung vorgesehen. Ich darf sagen, daß diese halbe Million Schilling, die im Förderungsweg an Gastronomie, Gewerbe, Handelsbetriebe in Steyr ergangen ist und die tatsächlich dazu geführt hat, daß diese halbe Million zur Zeit nahezu vollständig ausgeschöpft ist und hoffe, daß das auch im nächsten Jahr geschieht, konnten wirklich zusätzlich neue Lehrstellen geschaffen werden. Da danke ich auch denen, die diese Lehrstellen geschaffen haben und die Förderung in Anspruch genommen haben und den jungen Leuten dadurch einen Lehrplatz geben und anbieten konnten.

Nunmehr trage ich ihnen den Antrag vor und dieser lautet:

Präs-114/97

Richtlinien für die Lehrstellenförderung der Stadt Steyr; Verlängerung der Förderungsaktion bis

31.12.1999.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten vom 12.2.1999 wird der Gültigkeitszeitraum der mit Gemeinderatsbeschluß vom 7.5.1998 beschlossenen Lehrstellenförderungsaktion der Stadt Steyr rückwirkend vom 1.1.1999 bis einschließlich 31.12.1999 verlängert. Anträge nach diesen Richtlinien können daher bis einschließlich 31.12.1999 eingebracht werden.

Im übrigen bleiben die Richtlinien für die Lehrstellenförderung der Stadt Steyr im Sinne des gefaßten Gemeinderatsbeschlusses vom 7.5.1998 inhaltlich weiter unverändert aufrecht.

Ich bitte um Debatte bzw. Zustimmung.

Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

Danke. Ich habe eine Wortmeldung. Herr Payrleithner bitte. Frau Frech in Vorbereitung.

Gemeinderat Hans Payrleithner:

Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Wir werden selbstverständlich diesem Antrag die Zustimmung erteilen. Ich darf vielleicht ein paar Bemerkungen machen. Erstens einmal freut es mich ganz besonders, daß auch heuer wieder die Möglichkeit besteht, am Magistrat Lehrlinge aufzunehmen. Da waren nicht immer alle dieser Meinung, wie das zum ersten Mal hier zur Debatte gestanden ist. Ich möchte aber grundsätzlich auch noch eine Bemerkung dazu machen. Seitens unserer Fraktion, wir haben das auch immer in den entsprechenden Gremien, wie z. B. der Arbeiterkammer deponiert, eher der Meinung sind, daß wir diesen Wald, diesen Dschungel von Förderungen eher vereinfachen sollten und mittel- und langfristig bundeseinheitliche Regelungen zur Lehrlingsausbildung, zur Förderung von Betrieben die Lehrlinge ausbilden, schaffen sollten. In erster Linie denken wir daran, daß man z. B. Freibeträge, steuerliche Begünstigungen für Firmen schafft, die Lehrlinge ausbilden. Derzeit ist es eher verwirrend. Viele Betriebe wissen wahrscheinlich gar nicht, was es inzwischen an Förderungen gibt. Seit dieses Problem seit Jahren besteht, gibt es ja von Bundesland zu Bundesland und vor allem ja von Gemeinde und von Stadt zu Stadt unterschiedlichste Regelungen. Ich glaube, wir sollten im Interesse der lehrplatzsuchenden Jugendlichen bundeseinheitliche Regelungen langfristig anstreben.

Eine weitere Bemerkung vielleicht noch in diesem Zusammenhang. Das Problem hat sich ja Oberösterreich weit, wie man den Zahlen entnehmen darf, etwas gebessert. Befriedigend ist es allerdings noch immer nicht. Vor allem große Betriebe, die Lehrlinge ausbilden könnten, tun das nicht in dem Ausmaß, wie sie es eigentlich tun sollten und wie es wir uns vorstellen und wünschen würden, daß sie es tun. Ich könnte jetzt hier ein paar Steyrer Betriebe anführen, es ist aber eh hinlänglich bekannt, um wem es sich da handelt. Zweitens sollten wir auch endlich einmal daran gehen, eine überregionale Lehrwerkstätte mit verschiedensten Unterstützungen, seitens der Stadt, des Arbeitsmarktservices usw. zu gründen. Es ist ja noch immer nicht die Auslastung der einzigen großen Lehrwerkstätte in Steyr in dem Ausmaß vorhanden, wie wir es gerne hätten. Ich glaube, da wäre auch noch einiges zu tun. Ich kann nur hoffen, daß das in absehbarer Zeit gemacht wird, bevor diese Betriebe, die derzeit noch diese große Lehrwerkstätte betreiben, daran gehen das einmal einzustellen. Ich glaube, das wäre auch nicht im Interesse der Klein- und Mittelbetriebe, die ja auch von den Absolventen dieser Lehrwerkstätte profitieren.

Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

Danke. Frau Frech bitte.

Gemeinderätin Mag. Michaela Frech:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Ja, auf der einen Seite bin ich froh, daß die Lehrlingsaktion im letzten Jahr dazu geführt hat, daß es neue Lehrstellen für Steyr gegeben hat. Das ist keine Frage. Was den heutigen Antrag anbelangt, auf Fortführung, so möchte ich doch einige Dinge anmerken, die mir am Herzen liegen. Der eine Punkt ist, daß ich schon der Auffassung bin, daß wir uns einmal überlegen oder uns einmal in einem politischen Gremium zusammensetzen hätten sollen und zu schauen, ja einfach eine Art Evaluierung dieser Lehrlingsaktion durchzuführen. Wieviele Lehrstellen in welchen Branchen sind dadurch entstanden. Aus dem Amtsbericht geht hervor wieviele Lehrstellen, aber nicht z. B. in welchen Branchen. Wir haben als eine der Kriterien beispielsweise gehabt, für diese Lehrstellenförderung, Mädchen in Lehrberufen mit geringem Frauenanteil. Das würde mich dann halt schon interessieren, wieviele Mädchen sind tatsächlich jetzt in diesen Lehrberufen und zwar in welchen Lehrberufen. Was für Lehrberufe waren das überhaupt? Waren das zukunftssträchtige Lehrberufe? Nämlich auch solche mit neuen Berufsbildern wie den EDV-Kaufmann? Das hätte mich dann schon interessiert und das hätte ich mir auch gedacht, daß wir uns das in einem Ausschuß einmal ansehen. Der meines Erachtens zuständige Finanz- und Rechtsausschuß ist allerdings am Donnerstag, den 25. Februar, mangels Themen abgesagt worden. Ich glaube, das wäre ein Gremium gewesen, sich darüber zu unterhalten. Wir haben uns nämlich in keinem einzigen Gremium über diese Lehrlingsförderung unterhalten. Es kann sein, daß es im Rahmen der Budgetverhandlungen geschehen ist, aber das ist kein politisches Gremium. Und wie gesagt, ich habe mich dann mit Herrn Mag. Lemmerer in Verbindung gesetzt, weil ich wissen wollte, welche Lehrberufe waren das jetzt. Nicht einmal das kann man eruieren, weil es gibt nur eine Liste, da stehen die Unternehmer darauf die das Geld bekommen haben. Aber damit wissen sie nicht, welcher Lehrplatz gefördert wurde. Ist das einer mit einer zukunftssträchtigen Branche oder ist er es nicht. Das glaube ich, sollte man schon festhalten, weil sonst kann man niemals eruieren ob diese Maßnahmen, die man gesetzt hat, auch greifen.

Der andere Punkt für mich ist schlichtweg der, daß ich im letzten Jahr gesagt habe, gut, diese Lehrlingsförderung finde ich insofern in Ordnung, weil sie eine Notmaßnahme war. Ein paar Bedenken habe ich schon wenn wir jetzt mit dieser Aktion weiter machen, dann werden wir wahrscheinlich auch im nächsten Jahr weiter machen müssen. Schlichtweg gewöhnen sich die Unternehmer daran, daß sie einfach einen Lehrling gefördert bekommen und die Gefahr, daß nicht mehr ausgebildet wird, wenn diese Förderung ausbleibt, die sehe ich schon gegeben. Von da her, glaube ich, sollten wir uns wirklich, aber das ist sicherlich auch ein Thema auf Bundesebene, einsetzen. Zum einen für bundeseinheitliche Richtlinien, die diesen Förderungsdschungel durchschaubarer machen, und zum anderen, wirklich für Reformen, die in Richtung mehr Selbständigenquote gehen.

Ein anderer Punkt für mich ist dieser Bereich, den ich letztes Jahr schon kritisiert habe, daß wir nur die Unternehmen fördern, die zusätzliche Lehrlinge einstellen. Zusätzlich bedeutet, daß jemand, der beispielsweise bisher nie ausgebildet hat und nun erstmals einen Lehrling nimmt, bekommt die Förderung. Jemand der bisher immer 4 Lehrlinge ausgebildet hat und jetzt ist einer fertig geworden und der möchte wieder einen 4. aufnehmen, der fällt da in diese Förderung überhaupt nicht hinein, weil es geht immer darum, daß er im Jahresdurchschnitt der letzten Jahre einen zusätzlichen Lehrling einstellt. Das finde ich ist schlichtweg denen gegenüber ungerecht, die immer schon ausgebildet haben, obwohl sie keine Förderung bekommen haben. Und die fallen da alle bei dieser Förderung

durch und das finde ich ganz einfach ungerecht. Da hätten wir uns auch etwas überlegen sollen, wie wir diese Ungerechtigkeiten beseitigen.

Ja, ich habe mir angesehen wie das in Wels ist. Wels hat letztes Jahr auch diese Lehrlingsförderung gemacht. Nur Wels wartet derzeit ab, und zwar deshalb, um einmal zu schauen, was passiert auf Landesebene. Da gibt es derzeit Diskussionen. Vor allem zu schauen, brauchen wir diese Aktion auch heuer wieder. Wenn wir sie brauchen, selbstverständlich. Aber es sollte nicht so werden, daß es eine Eigendynamik entwickelt und jedes Jahr wieder diese Förderung am Tapet ist.

Beispielsweise glaube ich auch, daß wir in manchen Fällen dann unsere Richtlinien auch überdenken sollten, bezüglich der Sinnhaftigkeit. Es war beispielsweise ein Unternehmen dabei, das abgelehnt worden ist und zwar deshalb, die Voraussetzung ist, daß das Unternehmen in Steyr ist, die Voraussetzung ist, daß der Lehrling seinen Hauptwohnsitz in Steyr hat. Das war bei dem auch der Fall. Der Punkt war nur, daß er auch eine Außenstelle hat und die Filiale, wo der Lehrling gearbeitet hätte, war nicht in Steyr und dann gibt es die Förderung wieder nicht. Da denke ich mir schon, da sollte man mit den Kriterien auch großzügiger sein. Also prinzipiell glaube ich schon, daß wir uns das alles vorher ein bißchen mehr überlegen sollten, auch ob diese Richtlinien, die wir im letzten Jahr gemacht haben, wirklich so ideal waren, ob man nicht das eine oder andere verbessern sollte. Aber die Gelegenheit dazu gab es ja leider nicht.

Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

Danke Frau Frech. Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr StR Mayrhofer.

Stadtrat Gunter Mayrhofer:

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich glaube, jetzt muß man wirklich ein bißchen dazu Stellung nehmen, was die Kollegin Frech gesagt hat. Ich freue mich grundsätzlich einmal, daß der von uns initiierte Antrag, der voriges Jahr in das Budget hineinreklamiert wurde, heuer verlängert wird. Da freue ich mich auch, daß wirklich der Bedarf da war, daß es ausgeschöpft wurde, daß es ein Anreiz war, daß zusätzliche Lehrlinge aufgenommen wurden. Ich glaube, daß es nicht sinnvoll ist, sich jetzt nur zu verlassen, was macht das Land, was macht der Bund, sondern schnelle Hilfe ist doppelte Hilfe. Wir wissen, daß wir in Steyr leider auch in der Arbeitslosenrate noch immer über den Oberösterreichdurchschnitt liegen, daß wir also ein Gebiet sind, und vor allem, wenn ich mir jetzt die Arbeitslosenrate vom Jänner ansehe und die Tendenz im Februar, dann ist klar ersichtlich, daß wir auch wieder Probleme bekommen. Wir haben die Not auch gelindert mit diesen Nap-Lehrgängen, d.h. wo der theoretische Unterricht passiert, bei uns im WIFI und der praktische dann, wo versucht wird, Lehrstellen oder Praxisplätze in Betrieben zu bekommen. Nur ist das wirklich eine Notlösung. Das ist weder für die Ausbildung wirklich gut, noch befriedigend für die Lehrlinge. Das ist eine Notlösung und ich glaube, einen jeden den wir von so einen Kurs, in ein effektives Lehrverhältnis, hinbringen ist positiv. Die Bevölkerungsstruktur, die Tendenz der Bevölkerungsstruktur, wird es mit Sicherheit nicht mehr notwendig machen, daß wir in zwei Jahren über so eine Förderung auch nur diskutieren. Wir haben, nach den Zahlen die uns jetzt schon vorliegen, die Erwartung, daß wir in zwei Jahren wieder das umgekehrte Problem haben, daß die Lehrbetriebe bitte wieder bei den Schulen stehen werden und versuchen, Lehrlinge zu bekommen. Das ist nicht eine Utopie, das ist klar belegbar. Wir bilden momentan in Oberösterreich 25.000 Lehrlinge aus. 9.500 in diesem Lehrjahr. D. h., das ist wirklich eine tolle Leistung, da ist wirklich eine Solidarität passiert. Da haben alle zusammengeworfen und auch wir, von der Gemeinde Steyr, haben unseren Beitrag geleistet. Wir wissen, daß wir heuer auch genau dieselben Anstrengungen machen müssen, weil wir eben aufgrund der Zahlen, der Jugendlichen, auch heuer und nächstes Jahr noch, diese Spitze haben, aber dann

flacht sie ab. Ich glaube nicht, daß wir da jetzt politisches Kleingeld schlagen sollten oder herumdiskutieren, ob einer gefördert wird oder nicht. Ich glaube, die grundsätzliche Entscheidung ...

Gemeinderat Kurt Apfelthaler:

Aber politisches Kleingeld ist das keines.

Stadtrat Gunter Mayrhofer:

... ist wichtig, daß wir auch heuer wieder versuchen, möglichst viele Lehrlinge dazu zu bringen, daß sie einen Lehrplatz haben, und das ist gut.

Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

Danke Herr StR Mayrhofer. Nächster ist Herr GR Hauser. Ich erteile ihm das Wort.

Gemeinderat Wilhelm Hauser:

Geschätztes Präsidium, meine lieben Kolleginnen und Kollegen aus dem Gemeinderat, werte Gäste. Ich glaube persönlich, daß es dem Lehrling egal ist, wo die Förderung herkommt. Hauptsache ist, daß er einen Lehrplatz hat. Ich denke mir, daß gerade auch die Stadt in diesen Dingen eine hohe Verantwortung darin trägt, daß sie unter anderem die Rahmenbedingungen und die Voraussetzungen schafft, so viele Ausbildungsplätze als möglich zu haben. Letztendlich wirkt es in der Zukunft auch darauf, daß die Arbeitslosenzahlen gemindert werden könnten, wenn die Leute eine ordentliche Ausbildung haben. Wir merken, gerade in einer Zeit wie heute, wie wichtig es ist, daß die Leute dementsprechende Ausbildungen haben. Wenn man so in der Gegend schaut, also Hilfsarbeiterarbeitsplätze gibt es zwar noch manche, aber sie sind nicht sehr stark im Steigen. Ich glaube auch, daß es gesellschaftspolitisch sehr wichtig ist, daß die jungen Menschen vor allen Dingen eine Chance bekommen, eine Ausbildung zu machen und einen Arbeitsplatz zu haben. Wenn ich z. B. vorige Woche die Zeitung aufgeschlagen habe und habe gesehen, daß ein Jugendlicher knapp über 17 Jahre zu fünf Monaten, bedingt auf drei Jahre, verurteilt wurde, weil ihm fad im Kopf war und er bei Automärkten Lampen, Lichter und sonstiges abgebaut und am Stadtplatz die Autos zerkratzt hat, dann denke ich mir letztendlich, daß diese Dinge ja auch wo herkommen, wenn man den ganzen Tag nichts anderes zu tun hat als wie zu schauen, wie man sich die Zeit tot schlägt.

Frau Kollegin Frech, sie haben gesagt, es wurde kein politisches Gremium mit dieser Lehrstellenförderung befaßt. Also, ich denke mir schon, daß wir es irgendwann einmal beschlossen haben und der GR ist, meines Erachtens, sehrwohl ein politisches Gremium. Ich gebe ihnen schon Recht, daß damals die Zeit nicht vorhanden war, das in dem einen oder anderen Ausschuß zu behandeln, aber beschlossen haben wir es alle schon beim letzten Mal. Außerdem glaube ich, daß die Höhe der Förderung, welche die Stadt zur Verfügung stellt, sicherlich maximal ein Impuls sein kann, und doch den einen oder anderen dazu bewegt, endlich einen Lehrling auszubilden, was er halt früher nicht gemacht hat, weil ich glaube nicht, daß der Unternehmer auf die S 15.000,-- der Stadt Steyr sozusagen gerade ansteht, um eine Ausbildungsstätte zu gewährleisten. Ich glaube ganz einfach, daß es notwendig ist, daß die Stadt auch in der Zukunft ihre Verantwortung in diesen Dingen trägt und daher bin ich der Meinung, daß wir diesen Antrag nicht nur vollinhaltlich

unterstützen sollten sondern, wenn es notwendig ist und wir sehen, daß es fruchtbringend ist, sozusagen jenen Leuten zu helfen die sonst auf der Straße stehen würden und keine Ausbildung zu kriegen, daß ich sogar vorausschauend sagen würde, dann tun wir es auch nächstes Jahr. Danke.

Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

Danke Herr Hauser. Als nächstes StR Bremm. Bitte.

Stadtrat Gerhard Bremm:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Presse und Gäste. Nur kurz ein paar Bemerkungen. Ich wollte mich eigentlich nicht zu Wort melden, aber es waren doch ein paar Beiträge dazu, wo ich etwas sagen möchte. Herr Mayrhofer, ich höre ihr Worte wohl, aber alleine, mir fehlt der Glaube. Ich glaube, daß gerade die Diskussion über Lehrlingsfinanzierung eine sehr hochpolitische Diskussion ist, daß es in Wirklichkeit nicht der Fall ist, daß wir zuwenig Ausbildungsstätten haben, daß zuwenig Lehrplätze oder Bedarf an Lehrlingen vorhanden wäre, sondern es hat sich halt in letzter Zeit, in den letzten Jahren, eingerissen in den Betrieben, in der Wirtschaft, daß der Lehrling auch zum Kostenfaktor hochstilisiert wurde. In den ganzen Kostendiskussionen in den Betrieben spielt die Lehrlingsausbildung eine gravierende Rolle und jetzt haben wir die klassische Diskussion in Österreich, wer ist denn in Wirklichkeit für die Lehrlingsausbildung und für die Bezahlung der Lehrlingsausbildung zuständig. Die Diskussion spielt sich ab und ist noch nicht vollendet. Hier wird es noch so manche Diskussionen geben. Man kann sich nur wünschen, daß hier vernünftige Vorgangsweisen und Regelungen getroffen werden, daß wir nicht über diese Art, die wir jetzt kurzfristig überbrücken, die Lehrlingsproblematik überbrücken, zugeführt werden. Hier wäre sicherlich eine vernünftige Vorgangsweise, der sogenannte Lehrlingsfonds, wo wirklich alle einzahlen und dort dann die Lehrlingsfinanzierung getätigt wird. Das werden wir aber nicht im GR der Stadt Steyr lösen sondern das wird in Wien im Parlament gelöst werden und jeder von uns hat die Möglichkeit, bei seinen politischen Vertretern in Wien darauf Einfluß zu nehmen. Wir brauchen auch keine neuen Lehrwerkstätten. Wir haben genügend Einrichtungen auch in Steyr. Die Lehrwerkstätte, die auch mit öffentlichen Mittel mitfinanziert wurde, die jetzt im Besitz der Steyr-Nutzfahrzeuge ist, wäre geeignet, die Funktion einer überregionalen Lehrwerkstätte zu erfüllen. Ich glaube, daß es hier sicherlich Möglichkeiten gäbe. Es wären genug Kapazitäten vorhanden. Wir wären froh, wenn die bestehenden Plätze zur Gänze ausgeschöpft werden würden. Damit hätten wir schon eine gewaltige Entspannung. Es ist auch nicht so, daß die Wirtschaft das Geld zur Lehrlingsausbildung nicht hat sondern es ist ein klassischer politischer Streit geworden.

Frau Kollegin Frech, zu ihrer Philosophie nur zukunftsorientierte Lehrplätze sollte man vielleicht fördern oder mehr fördern muß ich sagen: Erstens, was ist in dieser kurzlebigen Zeit heute zukunftsorientiert. Das ist sehr schwer beurteilbar. Wir stellen alleine in Steyr fest, daß wir die herkömmlichen Berufe, daß wir keine Lackierer, keine Spengler, keine Schlosser, also die herkömmlichen Berufe in den Betrieben, wenn ein kleines Konjunkturhoch ist, abdecken können. Also, wir haben hier genügend Bedarf, daß wir nicht nur von zukunftsorientierten Lehrstellen alleine sprechen sollten sondern, daß auch der Schlosser und der Mechaniker udgl. gefordert sind, daß es auch nicht sinnvoll ist wenn wir in Zukunft lauter Krankenpfleger ausbilden und in den Betrieben den Arbeitskräftebedarf nicht mehr decken können. Also, hier muß man schon ein bißchen Fingerspitzengefühl zeigen. Gerade ihre politische Haltung und Philosophie, die Politik sollte wenigstens möglichst eng in das Wirtschaftsleben greifen, in die Politik der Betriebe, predigen sie ja oft hier im GR, auf der anderen Seite verlangen sie hier wieder ein Reglement, daß die Spielräume einengt. Also, da kann ich ihnen zum Teil nicht ganz folgen.



Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

Danke Herr StR Bremm. Zweite Wortmeldung Herr GR Payrleithner. Bitte schön.

Gemeinderat Hans Payrleithner:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Nur kurz noch eine Bemerkung, nachdem es doch ein wichtiges Thema ist, geht es doch um die Jugend und die Zukunft. Ich muß zuerst einmal dem Kollegen Hauser Recht geben. Ich glaube auch, daß es für den Jugendlichen vollkommen egal ist, wie und wo die Förderung hergekommen ist, sondern, wenn tatsächlich zusätzliche Lehrplätze geschaffen wurden, und wir mit dieser Förderung ein paar Betriebe, mit diesem Anreiz, dazu bewegen konnten, daß sie vielleicht erstmals oder neuerlich mehrere Lehrlinge aufnehmen, der Sache letztlich gedient haben.

Zur Kollegin Frech möchte ich schon noch sagen, wenn sie glauben, daß dadurch Ungerechtigkeiten geschaffen werden, dann bestätigen sie ja eigentlich das, was ich zuerst gesagt habe, weil wenn man einheitliche steuerliche Begünstigungen für Betriebe schafft, die Lehrlinge ausbilden, dann würde es das wahrscheinlich nicht mehr geben, was sie kritisiert haben. Ich habe es gestern erst gelesen, daß es nach wie vor so ist, daß in Steyr, ich glaube 41 %, nach wie vor in den Großbetrieben arbeiten und 25 % in der metallverarbeitenden Branche. Ich bin auch sehr froh darüber und ich glaube, daß das nach wie vor Zukunft hat und wie man so sieht, wie die Betriebe in Steyr investieren, wird es auch Gott sei Dank auch in Zukunft bei dem bleiben. Diese Betriebe lassen auch sehr viel Geld in der Stadt. Durch ihr Steueraufkommen tragen sie auch letztendlich dazu bei, daß wir ein bißchen einen finanziellen Spielraum in der Budgetgestaltung, Herr Bürgermeister, erhalten. Also, immer nur schimpfen über die Großindustrie, weil so manches in der Vergangenheit schief gelaufen ist, ist auch etwas der Vergangenheit zugehörig. Wir werden uns auch in Zukunft in dieser Branche natürlich auch um den Nachwuchs kümmern müssen. Kollege Bremm hat es ja schon angezogen, wir werden nicht umhin können, eine Regelung mit der überregionalen Lehrwerkstätte zu finden.

Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

Danke Herr Payrleithner. Zweite Wortmeldung Herr StR Mayrhofer.

Stadtrat Gunter Mayrhofer:

Ich möchte noch einmal auf die Worte vom Kollegen StR Bremm eingehen. Ich sehe da keinen Klassenkampf dahinter und das möchte ich schon ganz klar sagen. Das ist ein Problem von der momentanen Bevölkerungsstatistik. D. h., von der Tendenz, von der Anzahl der Lehrlinge. Wir haben den höchsten Lehrlingsstand in Oberösterreich seit 1992. Wir haben noch nie so viele Lehrbetriebe gehabt die momentan Lehrlinge ausbilden. Noch nie bitte. Wo wir das Problem haben, bitte schön, daß ist im industriellen Bereich. Z. B. in einem Betrieb, in dem sie auch arbeiten. In diesem Bereich haben wir das Problem. Die kommen ihrer Aufgabe, Lehrlinge auszubilden, in nicht ausreichendem Maß nach. Wir werden dann immer wieder damit konfrontiert, daß man dann versucht, fertige, gut ausgebildete Leute, die in kleinen und mittleren Betrieben ausgebildet werden, teilweise mit überhöhten Stundenlöhnen abzuwerben. Das ist das tatsächliche Problem. Darum ist es auch schwierig für eine Auslastung in der Lehrwerkstätte, weil jene Firmen, die bisher ihre Lehrlinge in einer zentralen Lehrwerkstätte ausbilden haben lassen nicht mehr dieser Aufgabe nachkommen. Aber die vielen kleinen und mittleren Betriebe, bitte schön, sind in einem Höchstmaß eingesprungen

und haben sogar das Manko nicht nur aufgefüllt sondern sogar überfüllt. Ich glaube, das muß man schon sagen, hier von Klassenkampf zu reden, ist sicher falsch.

Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

Danke Herr Mayrhofer. Ich sehe keine weitere Wortmeldung mehr. Herr Bürgermeister Schlußwort.

Bürgermeister Hermann Leithenmayr:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates. Zunächst möchte ich sagen, daß ich froh bin, daß im Hinblick auf die Förderung insgesamt ja eine positive Haltung bei allen Fraktionen vorhanden ist. Ich glaube, es geht in Wirklichkeit darum, daß wir in einer Phase, wo die Jugend nicht ausreichend Lehrstellen zur Verfügung hatte und noch hat, hier auch die öffentlichen Hände bemühen müssen, ihren Beitrag zu leisten, damit hier die Jugendlichen nicht auf der Straße stehen, daß sie nicht ein Leben lang Hilfsarbeiter sein müssen und ein an und für sich freudloses Dasein führen sondern, daß sie ihre Lebenschancen wahrnehmen können. Wir haben ohnehin eine Entwicklung, wo viel mehr Jugendliche in Schulen gehen, die wir zum Glück in einem breiten Angebot, gut sortiert in Steyr haben. Da waren wir verhältnismäßig erfolgreich in den letzten Jahren und Jahrzehnten, bis in die jüngste Vergangenheit und wollen das auch fortsetzen. Allerdings wird die Wirtschaft auch gut ausgebildete Fachleute in allen Bereichen brauchen. Die Wirtschaft erkennt das, glaube ich, auch. Jedenfalls wenn sie es nicht erkennen, werden sie es selbst bitter bezahlen müssen, weil in Wirklichkeit die Betriebe nicht residieren können, wenn sie lauter halbe oder lauter Hilfsarbeiter haben. Die brauchen Fachleute und das wird sich auch wieder durchsetzen. Davon bin ich überzeugt.

Die Frage und die Forderung nach einer möglichst gerechten Förderung, die wünschen sich natürlich alle und es gibt auch Parallelveranstaltungen und jeder bemüht sich eigentlich, aber es ist schon ein Dschungel und es ist nicht ganz leicht, sich dabei zurecht zu finden. Die Frage nach der Gerechtigkeit der Förderungen, nämlich für diejenigen, wie sie gesagt haben Frau Kollegin Frech, die schon drei oder vier ausgebildet haben und jetzt, aufgrund der Größe ihres Betriebes und Bedarfes nicht zusätzliche ausbilden können, weil sie vielleicht gar nicht den Platz haben und anderes mehr, die bekommen natürlich aus so einer Förderung nichts, da bleibt natürlich ein bißchen ein Geruch der Ungerechtigkeit dabei. Auf der anderen Seite gibt es welche, die nie ausgebildet haben, sich nie Gedanken gemacht haben, wie sie den Nachwuchs bekommen und den anderen abgeworben haben und das ist, glaube ich, das Problem. Vor 40 Jahren, da war ich selbst noch Jugendlicher, haben wir schon gesagt, damals ist das Thema auch schon debattiert worden, wir brauchen einen Berufsausbildungsfond. Ich bin auch überzeugt, heute noch, daß nichts besseres bisher an Ideen aufgetaucht ist. In Wirklichkeit wäre es gerecht, nämlich auch unter den Wirtschaftstreibenden zu sagen, durchaus von mir aus, auch unter Beteiligung öffentlicher Hände, wobei das irgendwo auch in Grenzen bleiben sollte, weil alles kann die öffentliche Hand nicht fördern, wenn die Steuern nie erhöht werden sollen, es wäre gerecht, wenn die Wirtschaft in einen Fond einzahlen würde, und wenn für die Ausbildung von Lehrlingen bestimmte Beträge auch hier herausfließen würden. Dann müßten nämlich auch die bezahlen, die nie Lehrlinge ausbilden und bekommen würden es die, die sich der Mühe unterziehen, auszubilden. Das glaube ich, wird letzten Endes die einzige, meiner Meinung nach, wirklich zielführende und auch wahrscheinlich die am meisten der Gerechtigkeit entsprechende Lösung sein können. Im Übrigen werden wir uns bemühen das auch wieder so abzuwickeln und es geht, Frau Kollegin Frech, schon sehr gut aus dieser Liste heraus, daß wir eine breite Streuung haben von der Gastronomie bis hin zu Büro- und Handelsbetrieben, bis hin zu Baufirmen. Also, es ist ein breites Feld, daß hier da liegt. Die Frage zukunftsorientiert, ist so eine schwierige Frage, da sind selbst die Berufsberater zum Teil überfordert, weil man nicht weiß, wie schnell die Dinge überleben. Ich glaube, eine gute Ausbildung

ist in jedem Fall ein guter Start und dann wird man sich auch im Berufsleben weiterentwickeln müssen es aber auch leichter können, weil wenn der Boden fällt, dann kann man darauf auch nicht aufbauen. In diesem Sinne hoffe ich, daß jetzt ein einstimmiger Beschluß herbeigeführt wird.

Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

Danke für das Schlußwort. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer ist für den Punkt 3) Lehrstellenförderung? Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe. Stimmenthaltung? 1 Stimmenthaltung (LIF). Der Antrag ist mit großer Mehrheit angenommen. Der nächste Punkt bitte.

Bürgermeister Hermann Leithenmayr:

Der nächste Antrag, meine sehr geehrten Damen und Herren, beschäftigt sich mit dem aktuellen Problem Regionalfördergebiete in Österreich und natürlich in unserem Fall Steyr betreffend. Wie sie wissen sind wir gegenwärtig Ziel 2 Gebiet. Dieser Umstand ist für unsere Wirtschaft für unsere Intentionen im Hinblick auf die hohe Arbeitslosensituation und die Beschäftigungsproblematik bedeutsam gewesen. Wir haben Fortschritte gemacht, haben aber noch viel vor uns. Wenn ich nur als ein Schlagwort den Wirtschaftspark in Steyr anspreche, wo wir doch hier Absichten haben Betriebsansiedlung im größeren Stil zu machen, daß wir dort 14 Hektar Grund zur Verfügung haben, daß wir dort mindestens 500 Arbeitsplätze schaffen möchten aber 1000 könnten es auf dem Gebiet auch sein, dann ist eine Förderkulisse, so wie wir sie bisher hatten, natürlich sehr hilfreich. In dem Zusammenhang geht heute der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

Präs-47/99

Regionalfördergebiet Steyr,

Resolution.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten wird nachstehende Resolution beschlossen:

Der Gemeinderat der Stadt Steyr ersucht die österreichische Bundesregierung und die OÖ Landesregierung, sich nachhaltig dafür einzusetzen, daß die Region Steyr als nationales Fördergebiet und als Zielgebiet im Rahmen der EU-Förderungsmöglichkeiten auch in Zukunft weiterhin bestehen bleibt.

Als Begründung für diese Resolution ist der Amtsbericht des Geschäftsbereiches für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten vom 15. Februar 1999 heranzuziehen.

Ich bitte hier auch um Debatte bzw. Zustimmung.

Vizebürgermeister Leopold Tatzreiter:

Danke. Wer wünscht dazu das Wort? Herr Dr. Wetzl bitte.

Gemeinderat Dr. Wilfrid Wetzl:

Sehr geehrtes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Man kann dem Inhalt dieser Resolution nur die Zustimmung erteilen. Wie sie schon dargestellt haben, es ist wichtig, daß Steyr weiterhin ein sogenanntes EU-Zielgebiet bleibt. Zum einen, um Förderungen im Wege der KO-Finanzierung in Anspruch nehmen zu können und zum anderen, da nur über diesen Weg Förderungen an Unternehmen möglich sind, weil übrigenfalls sonst, wenn kein EU-Zielgebiet vorliegen würde, bei Förderungen im großen Ausmaß, gegen das EU-Wettbewerbsrecht verstoßen würde. Und da haben wir schon erhebliche Förderungen gemacht, Beispiel BMW. Wenn demnach Steyr nicht mehr EU-Zielgebiet sein würde, werden die ganzen Förderungen, für vielleicht weitere Investitionen, schlichtweg unzulässig und daher nicht mehr durchführbar. Dennoch muß man sagen, daß die ganze Resolution doch eher fast als Alibifunktion einzustufen ist. Und zwar aus folgenden Gründen: Zum einen richtet sich die Resolution an die österr. Bundesregierung und an die Landesregierung. Beide sind nicht darüber befugt zu entscheiden, ob Steyr weiterhin Zielgebiet bleiben wird oder nicht, sondern sie haben nur dann, wenn sie die Resolution überhaupt zur Kenntnis nehmen, und bisher war das eher nicht der Fall, wie man bisher aus den Erfahrungen weiß, Resolutionen der Stadt, meistens landen sie im Papierkorb oder sonst irgendwo. Aber selbst wenn sie die Resolution zur Kenntnis nehmen würden, müßten sie dann in Europa vor der EU die Interessen Österreichs oder Steyr vertreten. Bis dato hat sie noch nicht allzu gut ausgeschaut, daß die österr. Bundesregierung, im Gegensatz zu manch anderen Ländern, nationale Interessen innerhalb der EU vertritt, Beispiel Spanien, Frankreich, die setzen sich dort massiv ein. Bei Österreich ist das leider nicht der Fall.

Zum anderen muß man sich die Frage stellen, warum kommt es denn innerhalb der EU zu Einsparungen und zu Restriktionen bei den Förderungen? Der Grund liegt ganz einfach darin, wie in allen Wirtschaftszeitungen nachzulesen ist, oder wo auch immer, daß im Rahmen der EU-Osterweiterung jetzt schon den beitragswilligen Ländern erhebliche Beiträge zukommen, in Milliardenhöhe, jedes Jahr, Jahr für Jahr, und zusätzlich schon jetzt Reserven geschaffen werden müssen für einen späteren EU-Beitritt, der ja nicht mehr allzu lange dauern wird. In Wahrheit dennoch, müßte man oder müßte die Stadt, wenn sie die Interessen wirklich vertreten will, eine Resolution an die Bundesregierung verfassen, in dem sie sich gegen den EU-Beitritt der osteuropäischen Staaten ausspricht. Das wäre das Richtige, daß diese Länder, dessen Wirtschaftsergebnisse weit hinter den österreichischen zurückliegen, nicht beitreten. Nämlich eines ist klar: Wenn diese Länder beitreten, spätestens ab diesem Zeitpunkt, gibt es dann für Österreich, nicht einmal für den südöstlichsten Teil des Burgenlandes, nicht irgendeine Förderung mehr, weil das Bruttoinlandsprodukt dieser Länder beträgt einen Bruchteil des Österreichischen. Wenn diese Länder beitreten, dann ist es mit allen Förderungen vorbei. Wer zahlt die Förderungen letztlich wieder? Die Förderungen zahlen natürlich die Nettobeitragszahler und dazu gehört Österreich. Deshalb wäre es meines Erachtens richtig, wenn man in weiterer Folge vielleicht eine Resolution entwirft, der Herr Dr. Alphasamer hat schon eine gemacht, machen sie vielleicht noch eine und fordern sie die Bundesregierung auf, gegen den EU-Ostbeitritt zu stimmen. Danke.

*Gelächter*

Vizebürgermeister Leopold Tatzreiter:

Danke Herr Dr. Wetzl. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlußwort bitte Herr Referent. Ich übergebe wieder den Vorsitz.

Bürgermeister Hermann Leithenmayr:

Herr Dr. Wetzl, sie haben wieder einmal das Buch „Der Weg aufwärts“ gelesen. Das ist natürlich eine Frage der Europapolitik und da werden wir eh demnächst Wahlen haben. Bei uns geht es natürlich eher um Probleme die für uns greifbar erscheinen, wo wir als Gemeinderat natürlich Beschlüsse herbeiführen können und sollen. Ich betrachte es natürlich nicht als eine Alibiaktion, wie sie das gesagt haben, und es haben ja auch viele Gespräche unserer Abgeordneten stattgefunden und auch Kontakte mit den Interessensvertretungen der Landesregierung, auch bei der Bundesregierung. Es ist nur nicht so einfach. Es ist auch in Wirklichkeit nicht wünschenswert, daß man ewig ein Fördergebiet bleibt, weil in Wirklichkeit heißt ja das, daß die Armen der Hilfe und der Unterstützung bedürfen. Ich möchte ja eigentlich keine Region auf Dauer sein, die um Unterstützung betteln gehen muß, weil wir nicht aus eigenen Kräften leben können. Aber in der Phase, in der wir uns befunden haben, wo die Steyrer Industrie in eine existentielle Krise gekommen ist, wo 7.000 Arbeitsplätze verloren gegangen sind, da hat es uns gut getan, eine Unterstützung, eine Förderung zu bekommen um das Durchstarten, sozusagen, zu ermöglichen. Die Chance zu bekommen, mit diesen Förderungen doch neue Betriebe in die Region zu bringen. Auch die Förderungen im Bereich der Bildungspolitik, Universität, Fachhochschule, Forschungsinstitut etc., das glaube ich, war sehr hilfreich und sehr gut und das war auch eine richtige Investition, die hier von den übergeordneten Gebietskörperschaften hergeflossen ist. Die andere Seite der Medaille ist ja auch von mir nicht so unbedingt immer mit Freude betrachtet worden. Wenn BMW, ein Riesenkonzern, mit Milliarden Gewinnen Investitionen tätigt, und wir im Ziel 2 Gebiet sind, versuchen sie natürlich hier diese Förderungen anzusprechen. Nachdem es KO-Finanzierungen gibt, also Bund, Land und auch Gemeinde, bekommen wir eine schlichte Mitteilung, daß wir uns in der entsprechenden Weise beteiligen müssen. Wir haben herinnen ja die entsprechenden Beschlüsse herbeigeführt. Die letzte Tranche hat 18 Millionen nach schwierigen Verhandlungen betragen. Die werden wir noch bezahlen und im nächsten Jahrtausend werden wir an dem noch zahlen. Also die Frage ist, wer braucht das eigentlich wirklich am meisten. Betriebsgründer in unserem neuen Wirtschaftspark, die mit guten Ideen, mit einem enormen Leistungswillen dort hin gehen, aber mit einer sehr geringen Kapitaldecke ausgestattet sind, denen würde das recht kommen und damit natürlich auch unserer Stadt. Deswegen versuchen wir es. Auf der anderen Seite sind die Löhne und die Gehälter bei uns doch zum Teil höher als in deutschen Gebieten. Das wissen wir auch. Das ist z. B. ein Handicap im Hinblick auf die Gewährung dieser Zielgebietsorientierung. Die andere Seite ist, und von dem her könnten wir eine solche Förderung noch brauchen, kann das auch als Argument gebracht werden, daß wir in Oberösterreich nach wie vor in der negativen Reihung liegen, ganz vorne, nämlich bei den Arbeitslosen und der Beschäftigungsproblematik, wie ich heute schon eingangs berichtet habe. Daher sollten wir nichts unversucht lassen. Ich weiß es auch nicht, wie die Regionen, die werden ja neu zusammengewürfelt, wie das wirklich sein wird. Wir müssen uns also auch sicher in dieser Frage artikulieren und hier auch diese Resolution weitergeben, damit wir vielleicht doch diese Unterstützung bekommen und bei den Verhandlungen in diese Kulisse hineinkommen.

Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

Danke. Ich habe den Vorsitz wieder übernommen. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer für den Antrag 4) Regionalfördergebiet Steyr, Resolution, ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Einstimmiger Beschluß ist zu protokollieren. Punkt 5) bitte.

Bürgermeister Hermann Leithenmayr:

Der nächste Punkt betrifft die Standortmarketingaktivitäten im Ziel 2 Gebiet. Das ist eine aktuelle Situation. Nach langen Gesprächen ist es doch gelungen eine Übereinstimmung mit den Umlandgemeinden, die sich im Ziel 2 Gebiet befinden, eine Vereinbarung zu treffen, hier gemeinsam als Region, Stadt Steyr und Ziel 2 Gebietsgemeinden im Umland hier aufzutreten und Standortmarketing, Betriebsansiedlung gemeinsam zu betreiben. Für uns geht es dabei auch darum, dafür zu sorgen, daß es nicht zu einem wahllosen lizitieren über Grundstückspreisen bei Betriebsansiedlung und auch im Bereich der Förderungen kommt, sodaß ich hier sehr froh bin, daß diese Vereinbarung letztendlich getroffen werden konnte, die für uns bedeutet, daß wir gemeinsam mit den anderen in Zukunft auftreten aber dafür nicht eigene, zusätzliche Mittel aufbringen müssen.

Ich bitte hier um Debatte bzw. Zustimmung.

Fin-99/97

Standortmarketingaktivitäten Ziel 2 Gebiet; Beitrag der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB für Finanzen vom 17. Februar 1999, wird der FAZAT Steyr GmbH., Wehrgrabengasse 1 - 5, 4400 Steyr, zu den Arbeiten zur Errichtung und den Betrieb einer Informations- und Kontaktstelle Standortmarketing und eines elektronischen Standortinformationssystems für die Wirtschaftsregion Steyr (Ziel 2 Gebiet) eine Förderung in der Höhe von S 680.000,-- gewährt.

Zu diesem Zweck werden bei VASSt 1/289000/757100 die erforderlichen Mittel im Rechnungsjahr 1999 freigegeben.

Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

Gibt es diesbezüglich eine Wortmeldung? Eine Wortmeldung. Herr Kupfer bitte schön.

Gemeinderat Andreas Kupfer:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste. Wir begrüßen natürlich diese Initiative für Ansiedlungspolitik in der Region sehr, daß hier eine Koordinationsfunktion stattfindet. Wie weit diese Koordination zwischen den Gemeinden dann tatsächlich stattfindet, vermag ich einmal zu hoffen, daß das wirklich funktioniert. Wie weit dann die einzelnen Gemeinden tatsächlich bereit sind, wenn jetzt sozusagen ein Betriebsgründer vor der Gemeindetür steht und um Ansiedlung wünscht, das ist wirklich abzuwarten, ob das dann tatsächlich so funktioniert. Ich hoffe, daß die Instrumente dazu gefunden werden und sehe natürlich, insbesondere im Hinblick auf den Wirtschaftspark, bei uns in Steyr große Chancen für dieses Standortmarketing. Ich möchte aber die Gelegenheit nutzen, ein verwandtes Thema hier mit anzusprechen, nämlich die Regionalpolitik, die sich meines Erachtens nicht nur auf Ansiedlungspolitik beschränken darf sondern Regionalpolitik ist für mich eine umfassende Struktur und Raumordnungspolitik. Hier gibt es mehrere Bereiche neben der Ansiedlungspolitik, auch im Wirtschaftsbereich, aber auch in anderen Bereichen, wo es ganz wichtig wäre, daß die Gemeinden koordiniert werden oder, daß die Tätigkeiten der einzelnen Gemeinden abgestimmt werden. Ich spreche den Sozialbereich an. Ich möchte auch die Verkehrspolitik ansprechen und die Planungspolitik generell. Im Sozialbereich haben wir große Probleme, wo es nach wie vor der Fall ist, daß die Stadt große Kosten für Probleme zu übernehmen hat, die auch in den Umlandgemeinden entstehen. Ich spreche nur das Frauenhaus oder die

Notschlafstelle an, wo es zwar jetzt eine große Landesunterstützung gibt aber wo nach wie vor auch die Stadt beschäftigt ist. Aber auch in der Kleinkinderbetreuung z. B. wo die Stadt Einrichtungen unterstützt und es von den Gemeinden rundherum finanziell nicht mitgetragen wird. Die Verkehrspolitik ist meines Erachtens ein ganz entscheidender Punkt. Hier gibt es ein gutes Angebot der Stadt, ein Angebot, das auch in Zukunft noch verbessert wird. Hier müssen wir dieses Angebot auch unseren Nachbarn, den Gemeinden rundherum anbieten um einerseits die Probleme des motorisierten Verkehrs in der Stadt hintanzuhalten. Hier gibt es große Chancen, andererseits auch die Einnahmen unserer Verkehrsbetriebe unter Umständen in diese Richtung zu erweitern.

Der dritte Bereich ist, sozusagen dieser generelle Bereich, die Planungspolitik, wo wir diesen negativen Auswirkungen auch als Stadt und natürlich auch als Bürger dieses Bundeslandes sehr stark spüren, wenn wir diese negativen Tendenzen oder Siedlungstätigkeiten rund um uns beobachten, die einen enormen Flächenverbrauch mit sich bringen, hohe Infrastrukturkosten, auch teilweise für die Stadt, denn teilweise sind das Siedlungsgebiete, die direkt an unser Stadtgebiet grenzen, wo wir hohe Investitionen in Kanal-, Wasserversorgung etc. investiert haben und der Effekt ist dann der, daß nicht selten Bürger unserer Stadt an die Stadtgrenze absiedeln und wir sozusagen dann über den Finanzausgleich diese Bürger verlieren. Also, ich glaube, daß es einerseits sehr wichtig ist dieses Standortmarketing zu nutzen. Diese Tätigkeit ist natürlich eher, wie schon vorher kurz andiskutiert auf EU-Förderrichtlinien ausgelegt, aber ich glaub auch, daß eine andere Möglichkeit, die vor einigen Monaten auch schon einmal medial diskutiert worden ist, endlich auch diskutiert werden sollte. Der Kollege Fürweger hat das sehr provokant mit Gemeindegemeinschaften, damals, in die Diskussion miteingebracht. Wir haben damals schon gesagt, daß es auf Raumordnungsebene auch das Instrument des Raumordnungsverbandes gäbe, die im öö. Raumordnungsgesetz drinnen ist. Dieser Raumordnungsverband wird auch in Oberösterreich von vielen Regionen angewandt. Vor einigen Monaten hat sich ein diesbezüglicher Raumordnungsverband im Ennstal gegründet, wo alle Ennstaler Gemeinden diverse Tätigkeiten in der Regionalpolitik untereinander abstimmen. Ich glaube, das wäre auch eine ganz wichtige Einrichtung für die Stadt, daß wir gemeinsam mit den Umlandgemeinden von der Flächenwidmung, Bebauungspläne, Verkehrspolitik, etc. diese Bereiche miteinander diskutieren und miteinander abstimmen. Darum mein Appell unter Umständen eben diese Thematik dieses Jahr im entsprechenden Gremium, ich denke der Stadtentwicklungsausschuß ist ein entsprechendes Gremium, einmal anzudiskutieren.

Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

Danke Herr Kupfer. Gibt es weitere Wortmeldungen? Ja, Herr GR Hoflehner. Bitte schön.

Gemeinderat Ing. Klaus Hoflehner:

Sehr geschätztes Präsidium, sehr geehrte Kollegen, sehr geehrte Herren von der Presse. Meine Fraktion wird selbstverständlich diese Aktivitäten unterstützen. Wir freuen uns darüber. Es ist wichtig für die Region und auch gut. Ich habe mir heute die Mühe gemacht und habe mit einem gewissen Herrn Mag. Jaros zwei Stunden verbracht und habe mir diese Standortmarketingaktivitäten näher angesehen und einige Fragen sind offen geblieben, die sie mir, Herr Bürgermeister, vielleicht beantworten können. Meiner Meinung wird das ein bißchen, ich sagen einmal diese Wortwahl, Implementierung und Betrieb eines elektronischen Standortinformationssystems und Standortfolder etc., in Wahrheit sind zwei Punkte für Steyr wichtig: Internet- und Intranet-Seiten, wo viele Fragen für Unternehmen, die sich hier ansiedeln wollen, beantwortet werden. Es sind auch z. B. konkrete Grundstücke dabei, mit Preise, mit Lageplan, sicher eine ganz tolle Sache. Es gibt auch über die Intranet-Ebene eine Kommunikation, Anfragebeantwortung kann direkt durchgeführt werden. Weniger konkret ist die Seite der Förderungen. Schön wäre es, wenn dort zu lesen wäre, welch

innovative Förderungen sich die Stadt Steyr oder die Region Steyr ausgedacht haben, um Investoren nach Steyr zu locken. Leider findet man hier nur allgemeine Hinweise, wie z. B. wohin man sich wenden soll, an den Magistrat Steyr, an Losenstein, an Bürgesförderbank, Land Oberösterreich usw. Leider nichts Konkretes. Ich denke, daß für eine Betriebsneugründung, und dafür ist diese Einrichtung ja gedacht, das Förderwesen ein ganz Entscheidendes ist. Vermutlich steht deshalb nichts Konkretes dort, weil wir keine zeitgemäßen Förderungen hier in dieser Region haben. Das zweite was gemacht wird, neben diesen Internet- und Intranet-Seiten ist ein Prospekt, der heißt hier Standortfolder. Das ist ein 8-Seiten-Prospekt, der über die Region gemacht wird. Das ganze kostet 2,2 Millionen Schilling plus MWSt. Ich kann nicht beurteilen, ob das zuviel ist für den österr. Steuerzahler. Wir sind froh, daß es überhaupt gemacht wird.

Meine Fragen an sie, Herr Bürgermeister, sind folgende: Ist auch an ein aktives Herangehen an den Kunden, an den Investor gedacht? Denn Marketing ist natürlich mehr, als zu warten, ob per Internet irgendwer von der Welt einmal anklickt. Wir müssen aktiv sein und akquirieren in dieser Angelegenheit und von einer aktiven Rolle wußte Herr Mag. Jaros nichts. Das wäre meiner Meinung ganz wichtig, daß wir nicht warten bis uns irgendeiner anklickt sondern, daß wir selber hinausgehen. Über die Folgekosten dieser Einrichtung sollte man auch einmal sprechen, denn diese Webseiten müssen ständig aktualisiert werden. Das ist aber sicher nicht das große Thema. Die wichtigste Frage an sie ist, ob das nicht ein Anlaß wäre über ein innovatives, neues Förderwesen im Raum Steyr nachzudenken, denn die Bestehenden sind, meiner Meinung, Schnee von gestern. Im Juni werden diese FAZAT-Standortmarketingaktivitäten erst beschlossen und wir hätten noch einige Monate Zeit um uns evt. neue Förderrichtlinien auszudenken. Die Stadt Wels ist für mich ein Vorbild aufgrund ihrer hervorragenden Betriebskennzahlen. Sie haben annähernd das doppelte Budget der Stadt Steyr, sie haben die doppelten Handelsumsätze wie die Stadt Steyr, und auch die Kommunalsteuer ist um 80 % höher obwohl sie annähernd gleich viele Bewohner haben. Wissen sie, was die alles an innovativen Förderwesen haben. Ich lese ihnen das einmal vor. Die haben GTZ - das ist Mietzuschüsse in Gründer und Technologiezentrum Wels. Wels hat ein JUP - Jungunternehmerberatungsförderung. Wels hat NVF - Nahversorgungsförderung für Lebensmitteleinzelhändler. Wels hat das RIF- die Regionale Investitionsförderung. Wels hat die allgemeine Wirtschaftsförderung, die wir auch haben, wenn ein Kreditinstitut ein Darlehen gibt, in der Höhe von 3 %, dann wird das eben mit 3 % unterstützt und das Wichtigste, Wels hat das WIP - die Welser Impuls Milliarde. Da wurden von der Stadt Wels 50 Millionen Schilling allein an Zinszuschüssen ausgeschüttet. Daß Wels noch andere Dinge hat, die wir auch gerne hätten wie z. B. ein Welser Stadtmarketing GesmbH., eine Welser Betriebsansiedlungs GesmbH., und das Wichtigste, Wels hat auch einen aktiv arbeitenden Wirtschaftsausschuß. Der kümmert sich um all das. Wir in Steyr brauchen das leider nicht. Damit das nicht untergeht, meine wichtigsten Anliegen, Standortmarketing sollte meiner Meinung nach auch eine aktive Rolle übernehmen und ob wir das nicht zum Anlaß nehmen könnten, die Wirtschaftsförderung für Steyr neu zu überdenken. Danke.

Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

Danke Herr Hoflehner. Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt? Ich sehe das ist nicht der Fall. Schlußwort Herr Bürgermeister.

Bürgermeister Hermann Leithenmayr.

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Die Frage der Wirtschaftsförderung bzw. Standortmarketing haben wir ja schon öfter erörtert. In Wirklichkeit ist es eine alte Idee, mindestens 3, 4 Jahre, die Betriebsansiedlungspolitik neu zu gestalten, weil ich als Wirtschaftsreferent festgestellt habe, daß hier das zufällig passiert, daß manchmal Banken an den



Magistrat oder die Finanzabteilung herantreten. Manche Investoren, Betriebsansiedler oder Erweiterer zu mir kommen, manchmal zum Herrn Magistratsdirektor oder über noch andere Kanäle, daß sie unterschiedlichste Bedürfnisse von Grundstücken, von Förderungsmöglichkeiten, von Beratungstätigkeiten, von ideellen Hilfen, von Vermittlungsaktivitäten haben, die sie sich wünschen oder Türöffnerfunktionen die sie von uns erwarten. Mit diesen Dingen kommen sie daher. Jetzt gibt es eine ganze Reihe von Ansprechpartnern im Magistrat Steyr. Die Finanzabteilung z. B. oder unsere Planungsabteilung, was die Frage von Grundstücken, Widmungen anbelangt. Überhaupt die Ideen, die da zusammenfließen können, zu sammeln und sie neu zu orientieren und zu entwickeln, das war mir ein wünschenswertes Thema. Wir haben gesagt, wir bräuchten das eigentlich in einer professionelleren Form und wollen, und so haben wir das auch in Klausurtagungen der Stadt wiederholt und beredet. FAZAT beauftragen, auf diesem Gebiet offensiv, aktiv tätig zu werden. Das was jetzt da geschieht ist eine Initiative im Wesentlichen die von uns ausgegangen ist und in die aber auch mittlerweile Umlandgemeinden im Ziel 2 Gebiet, die ja niemand geküßt hat, weil wir haben in der Stadt im Rahmen des Ziel 2 Gebietes sehrwohl eine Reihe von Projekten realisiert und auch Förderungen der EU usw. erhalten. 5 B Gebiet, also Kirchdorf, das ländliche Gebiet hat diese Förderungen auch für die Gemeinden erhalten und die dazwischen liegenden Ziel 2 Gebietsgemeinden rund um Steyr die haben eigentlich gar nichts bekommen und sind leer ausgegangen. Die haben sich natürlich dann auch zu Wort gemeldet. Wir haben gesagt, wir leihen euch unser Werkzeug, FAZAT und die Ressourcen die wir dort haben, aber ihr müßt dafür Leihgebühr bezahlen, weil aufgebaut haben das wir, mit gar nicht so wenig Geld und über einen Zeitraum von mehr als 10 Jahren. Jetzt ist das ein erster Ausfluß und leicht ist es natürlich nicht solche Gespräche zu führen mit den Bürgermeistern der Umlandgemeinden. Sie sind natürlich mißtrauisch. Sie fürchten sich, daß sie von der Stadt über den Tisch gezogen werden. Manche haben keine Betriebsansiedlungsgründe und fragen sich, ob ihnen das überhaupt etwas nützt. Da war sehr viel Überzeugungsarbeit notwendig. Ich muß auch ehrlich sagen, was der Kollege Kupfer angeführt hat, Sozialbereiche, so ein Beispiel, natürlich gibt es in der Stadt Entwicklungen die früher passieren oder die früher nach einer Abhilfe verlangen als am Land, Frauenhaus z. B. und andere solche Einrichtungen. Wir haben es gemacht, wir bezahlen, wir können aber einer auf der Flucht befindlichen Frau, die jenseits von der Ortstafel von ihrem Mann geschlagen wird, nicht die Aufnahme verweigern mit dem Grund, weil es dort drüben passiert ist. Aber zahlen tun die Freunde vom Sozialhilfeverband Steyr Land nichts. Wir haben ähnliche Dinge, die wir schon alle kennen gelernt haben. Wir stellen aber fest, daß unsere Intentionen und Bemühungen schon eingeflossen sind zum Teil in das neue öö. Sozialhilfegesetz und, daß hier Tagessätze gebildet wurden, daß hier Rechnungsabläufe plaziert wurden, wo auch die anderen Sozialhilfeverbände für Frauen, wenn sie aus ihrem Bereich in unseren Einrichtungen sind, zahlen müssen. Das ist neu. Das ist uns schon gelungen, aber es ist ein mühsamer Prozeß. In der Frage der Verkehrspolitik, da gebe ich ihnen schon Recht. Unser Problem ist ja nicht, daß wir nicht auch Ulrich mit unseren öffentlichen Verkehrsmittel versorgen würden, unser Problem ist, daß die das zwar gerne möchten, aber nichts dafür bezahlen wollen, zur Zeit. Garsten, da haben wir schon einmal sehr weit verhandelt und es ist an dem gescheitert, daß eben die Beiträge, die anteiligen, mehr wollten wir ja gar nicht haben, von Garsten nicht aufgebracht wurden. Sierning ist vor kurzem auch wieder einmal in Debatte gewesen. Ich habe gesagt, sehr gerne treten wir dem näher. Selbstverständlich, aber bitte sehr, ihr müßt wissen, was kostet bei uns so ein Kilometer, was kommen für Kosten auf euch zu. Dann ist meistens die Diskussion beendet. Es ist natürlich richtig, daß man nicht bei der Stadtgrenze das Ende sehen kann sondern, daß wir miteinander in einer etwas größeren Region denken müssen. Im Bereich der Planungspolitik schaut ja die Welt eh schon anders aus, weil eben das Land hier Raumordnungsbehörde ist und zumindest im Bereich der Gemeindegrenzen gibt es hier ein Verfahren, daß die Gemeinden gegenseitig gefragt werden, wenn an der Gemeindegrenze ein Planungsvorhaben stattfindet, tritt das Land an uns heran oder umgekehrt an die Nachbargemeinde, wenn wir an der Grenze etwas tun. Was wir offenbar brauchen würden ist, in anderen Bereichen auch stärker, die Schiedsrichterfunktion. Im sozialen Bereich ist es teilweise jetzt gelungen. Im Raumordnungsbereich haben wir es. Im wirtschaftlichen Bereich versuchen wir jetzt auch diesen Weg zu gehen. Ich glaube also, daß wir, Wasserversorgung haben wir, gemeindeübergreifende, in der Entsorgung sowieso, RHV, Müllbeseitigung. Ich meine, es findet in kleinen Schritten statt. Es ist eh noch nicht vorstellbar, wenn das nicht schon im Laufe von 20 Jahren passiert wäre, dann wären die Enns und

die Steyr nicht so saubere Flüsse. In der Richtung wollen wir uns natürlich auch weiter bemühen und müssen halt Schritt um Schritt gehen, wenn es auch schwer fällt. Ich bin durchaus für aktive Politik in diesem Zusammenhang. Herr Kollege Hoflehner, was mir ich vorgestellt habe ist ja, daß es einen Ansprechpartner geben sollte. Das sollte halt beim FAZAT organisiert werden und dort findet die Frage der Beratung, die Frage im Hinblick auf Förderungen z. B. von der Stadt aber nicht nur von der Stadt sondern auch vom Land, es muß auch ein Fenster zur Bodenpolitik geben, welche Grundstücke es gibt, statt. Das könnte und müßte weiter gehen. Die Ideen gehen so weit, daß das auch im Bereich der Betriebsobjekte stattfindet, daß dort quasi wie an einer Börse gespielt wird, daß der im Computer drinnen hat, wenn sie im Ennsdorf 60 m<sup>2</sup> frei bekommen, weil ihnen einer in ihrem Objekt gekündigt hat, dann sollte es dort hin gemeldet werden können, weil dort kommen Anfragen herein, da kann das befriedigt werden. Da können wir sagen, wir können das und das zu diesen und jenen Bedingungen anbieten. In der Form ist das jedenfalls, von der Idee her, von mir, aber auch von uns, da haben wir einen absoluten Konsens gehabt in diesen Beratungen, soll das passieren. Das wollen wir also durchwegs haben. Wenn sie natürlich Wels als das große Vorbild hier hinstellen, ist es schwierig. Wels ist größer als wir, Linz ist noch größer als wir. Mit Wels können wir uns nicht mit allen Bereichen vergleichen, aber die Welser auch nicht mit uns in allen Bereichen. Wir haben z. B. alleine 80 Brücken. Wenn sie in Wels herumgehen, werden sie niemals 80 Brücken finden. Unser Problem ist nur, daß wir, Herr Mayrhofer, alle 1,3 Jahre eine Brücke bauen müssen. Das brauchen die Welser nicht. Wir haben eine andere Struktur. Auch eine andere Wirtschaftsstruktur. Ich bin gerne bereit über die Frage der Förderungspolitik zu sprechen. Das haben wir schön öfters getan. Nur, wir kommen also sehr rasch an irgendwelche Grenzen, mit den Budgetmittel die wir hierfür vorsehen. Aber wenig ist es nicht, was wir ausgeben für die Wirtschaftsförderung, obwohl das keine ursächliche Aufgabenstellung einer Gemeinde ist. Wenig ist es nicht. Vor allen Dingen, wenn ich die Förderungen in den Großbetrieben, die ich heute schon einmal angesprochen habe, dazu rechne. Da kommen also erkleckliche Millionen zusammen. Momentan bezahlen wir gerade so, wenn ich das richtig im Kopf habe, immer wieder 11 Millionen Schilling, also derzeit bezahlen wir gerade wieder 24, 31 Millionen, insgesamt für BMW. Wir haben bei SNF bezahlt, bei den großen Betrieben im Zuge dieser KO-Förderungen. Wir haben im Wirtschaftsbereich ungefähr 10, 11, 12 Millionen Schilling pro Jahr insgesamt mittelständische Wirtschaft und die Sonderprojekte in unseren Förderungen drinnen. So wenig ist es nicht. Die Welser Impulsmilliarde da würde ich ihnen einmal raten, wenn sie eh so schwärmen, schauen sie sich das einmal genau an, wie sich die zusammensetzt. Die machen nämlich eine klasse Zusammenrechnung über eine ganze Reihe von Jahren und rechnen natürlich da alle Investitionen zusammen und nennen das Impulsmilliarde. Das ist eine ganz klasse Marketingposition dazu aber es ist nicht so, daß die eine Milliarde Schilling rein an Förderungen an die Wirtschaft geben sondern es ist ein Bündel an Maßnahmen. Wenn wir den Wirtschaftspark aus der Taufe heben, bitte, wenn ich nur das Stadtgut nehmen, das wir um 80, 85 Millionen gekauft haben, wenn ich alles in dem Wirtschaftsbereich zusammenzähle, dann kommen wir auch auf erhebliche Beträge, obwohl wir uns vielleicht mit größeren Städten so nicht vergleichen können. Wenn sie Vorschläge haben, im Hinblick auf die Modifizierung unserer Wirtschaftsförderungsrichtlinien, dann bin ich stets bereit, schreiben sie es auf einen DIN A 4 Zettel zusammen, dann reden wir über die Dinge. Fest steht nur eines, bis jetzt ist jeder Unternehmer bei der Tür hereingegangen und hat gesagt, haben sie einen Grund, was ist die Widmung und was kostet er, einschließlich ihrer Person, als es damals so weit war. Also, so sieht die Welt in Wirklichkeit aus und was bekomme ich dann noch für eine Förderung. Letzten Endes verstehe ich das auch, weil wenn der investiert, muß er wissen, von wo er ausgehen kann. Und da müssen wir daran arbeiten, daß dieses Angebot und diese Beratung schnell und präzise erfolgt und, daß wir den Interessenten hier ihre Fragen, die sie im Zusammenhang mit Betriebsgründungen, Erweiterungen und Wirtschaftsinvestitionen haben, ein besseres Angebot unterbreiten können. Da bin ich jederzeit gerne auch ihr Partner. Das wollte ich dazu gesagt haben meine Herrschaften.

Nunmehr bitte ich, daß wir dann einen Beschluß zustande bringen.

Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

Ich danke für das Schlußwort. Wir kommen nun zur Abstimmung zu Pkt. 5) des Tagesordnungspunktes - Standortmarketingaktivitäten. Wer für diesen Antrag ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Einstimmigkeit ist zu protokollieren. Der nächste Tagesordnungspunkt bitte.

Bürgermeister Hermann Leithenmayr:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Im Zusammenhang mit der Errichtung unseres Autobusbahnhofes, da haben wir ja mehrfach Diskussionen gehabt, die über einen etwas längeren Zeitraum gedauert haben, weil wir die Grundstücksbeschaffung nicht so wunschgemäß und nicht so schnell, wie wir das wollten, zustande gebracht haben, letzten Endes ist es zeitgerecht gelungen, im Hinblick auf unsere Wünsche dort den Baubeginn möglichst rasch vornehmen zu können. In diesem Zusammenhang ergeht nunmehr der Antrag des Stadtsenats an den Gemeinderat.

VerkR-4068/70

Abschluß einer Vereinbarung mit den Österreichischen Bundesbahnen über das Areal des alten Busbahnhofes.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Privatrechtsangelegenheiten vom 23. Februar 1999 wird dem Abschluß der in der Anlage beigeschlossenen Vereinbarung mit den Österreichischen Bundesbahnen über eine Teilfläche der im Eigentum der Österreichischen Bundesbahnen stehenden Parzelle 112/1, KG Steyr, zur Errichtung eines innerstädtischen Busbahnhofes beim Bahnhof Steyr zugestimmt.

Der zur Bezahlung der Grunderwerbssteuer und der Stempelgebühren aufzuwendende Betrag in Höhe von  
S 23.000,-- (Schilling dreiundzwanzigtausend) wird bei der VA-Stelle 5/840000/001000 (Grundbesitz, unbebaute Grundstücke Ankauf) freigegeben.

Infolge Dringlichkeit wird gemäß § 47 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr 1992 i.d.g.F. der Magistrat zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt. (Beilage)

Infolge der Dringlichkeit ist im Stadtsenat dieser Beschluß schon rechtskräftig geworden. Ich bitte heute auch das im GR zu sanktionieren. Fest steht, daß wir trotz aller Schwierigkeiten zum Schluß die bessere Lösung zustande gebracht haben, nämlich eine Übertragung in das öffentliche Gut, daß wir einen Betrag hierfür aufwenden, der für uns akzeptabel ist, weil für Infrastruktur weitere Infrastrukturleistungen in diesem Bereich, wie öffentliche Toilette, eine behindertengerechte Gehverbindung und andere Einrichtungen, die wir bei unserem Bahnhof haben wollen und die den Bürgern dann zur Verfügung stehen. Diese schwierigen Verhandlungen, weil in der ÖBB halt leider auch organisatorische Veränderungen stattgefunden haben. Die haben sich zwar hingezogen, aber wir haben es für uns zeitgerecht abwickeln können und das um einen Betrag von, ich glaube, S 630.000,-- insgesamt, die wir aufwenden müssen. Danke.

Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

Als erstes zu Wort gemeldet hat sich Herr StR Eichhübl. Ich erteile es ihm.

Stadtrat Roman Eichhübl:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, wertige Gäste. So ganz wunschgemäß und vor allen Dingen nicht so ganz zeitgemäß, Herr Bürgermeister, ist ja diese Angelegenheit nicht abgelaufen. Ich habe ja bei anderen Anlässen mehrmals bereits auf den nicht sehr erfreulichen Umstand hingewiesen, daß das geplante Bauvorhaben, nämlich die Errichtung einer zentralen Busumsteigstelle am Bahnhof mehrmals verschoben werden mußte und zwar deswegen, weil es über Jahre hinweg nicht gelungen ist eine Vereinbarung mit der ÖBB zu treffen, was die Grundstücksnutzung für diese Zwecke betrifft. Ja, es ist auch kein Ruhmesblatt in der Geschichte für alle Beteiligten, daß wir sogar, um nicht noch weiter Zeit zu verlieren, unter Vorbehalt, Planungen auf einem fremden Grundstück durchführen mußten. Nunmehr ist es aber so weit. In wenigen Tagen wird mit dem Bau einer zentralen Busumsteigstelle am Bahnhof, am Hessenplatz begonnen und es ist nur zu hoffen, daß diese Bautätigkeit so rasch als möglich vor sich geht und, daß wir eben in einigen Monaten der Bevölkerung unserer Stadt und darüber hinaus eine zeitgemäße und funktionelle Busumsteigstelle bieten können. In diesem Zusammenhang, schade der Kollege Mayrhofer hat soeben den Sitzungssaal verlassen, möchte ich einen kleinen Vorgriff auf den Tagesordnungspunkt 24), 25) machen, da wird es dann nämlich um die Auftragsvergaben für dieses Bauwerk gehen. Es ist auch sehr wichtig, daß man diese geplanten Maßnahmen im Detail sieht und dazu gehört auch die Höhe dieser Gehsteige bzw. die Höhe der Einstiegsmöglichkeiten. Ursprünglich ist ja geplant gewesen, oder es ist heute noch geplant, diese Höhe mit 19 cm zu limitieren. Daher gibt es eine Anforderung vonseiten der Stadtwerke, diese Niveauhöhe auf 23 cm anzuheben. Das ist nämlich genau jener Bereich, wo eben die Busse die Möglichkeit haben, aufgrund der Kneelingeinrichtung diese Fahrzeuge abzusenken und daher ein barrierefreier Ein- und Ausstieg möglich ist. Jede geringere Höhe, meine Damen und Herren das wissen auch sie, würde ein Hindernis für Gehbehinderte, für Rollstuhlfahrer, für Damen mit Kinderwägen, vielleicht auch für Herren mit Kinderwägen, das ist auch möglich, aber jedenfalls auch für ältere Menschen, bedeuten. Und daher darf ich in Abwesenheit den Kollegen Mayrhofer bitten, als zuständigen Baureferenten, diese Anliegen vonseiten der Stadtwerke und von mir als Referenten, zu unterstützen, denn das sind wir sicherlich bei Errichtung eines neuen Bauwerkes unseren älteren Personen, den behinderten Personen und den Familien, schuldig. Ich danke.

Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

Danke. Als nächster hat sich Herr Hack zu Wort gemeldet. Bitte.

Gemeinderat Ing. Wolfgang Hack:

Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren. Es ist dieser Antrag und dieser Bau der Umsteigstelle der Startschuß auch für das neue Buskonzept. Ich muß sagen, wie schon öfters ja, und betonen, daß ich mich wundere, und meiner Verwunderung möchte ich Ausdruck verleihen, daß auf die Ergebnisse der eigenen Befragung, welche die Stadtwerke, die Verkehrsbetriebe machen haben lassen und auch auf die Ergebnisse von Bevölkerungsmeinungen überhaupt nicht reagiert wird und die Linienführung in die Innenstadt nicht auf die Bedürfnisse der Bevölkerung Rücksicht nimmt. Sie machen sich jetzt zwar Sorgen um die Höhe der Gehsteigkanten, wegen der älteren Personen, das ist in Ordnung, aber wie die älteren und behinderten Personen oder die Leute mit den Kinderwägen dann in die Stadt hineinkommen, das ist euch relativ egal. Mir würde es sehr Leid tun und es würde

mich nicht wundern, daß die öffentlichen Verkehrsmittel, jetzt im Bezug auf die Innenstadt, und das ist doch ein, glaube ich, relativ wichtiger Wirtschaftsfaktor, noch unattraktiver werden und ich hoffe nur, daß das Defizit von derzeit etwa 30 Millionen Schilling nicht noch höher wird. Letztendlich sind durch diese Maßnahme, wenn sie so gemacht wird, durch die Verkehrsführung, in etwa 100 bis 120 Arbeitsplätze in der Innenstadt gefährdet. Ich möchte davor warnen. Danke.

Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

Als nächste hat sich Frau Frech gemeldet. Ich erteile ihr das Wort. Frau Frech ist eine Leermeldung. Sie bekommt nicht das Wort. Als nächster haben wir wieder Herrn StR Eichhübl. Bitte schön.

Stadtrat Roman Eichhübl:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Ich darf mich bei ihnen, Herr Kollege Hack, recht herzlich dafür bedanken, daß ich die Möglichkeit habe zu diesem Tagesordnungspunkt nochmals zu sprechen und Aufklärungsarbeit zu betreiben. Es ist offensichtlich bei ihnen vorbeigegangen, obwohl wir ja bereits seit Wochen darüber diskutieren, welche Maßnahmen vonseiten der Stadtwerke vorgeschlagen wurden, im Bezug auf die Anbindung des Stadtplatzes mit dem öffentlichen Verkehrsmittel, nach dieser Befragung, die vonseiten der HAK bekanntlicherweise durchgeführt wurde. Es ist eine Tatsache, Herr Mayrhofer, sie haben ja die Möglichkeit dann noch zu reden, und wir haben ja auch die Möglichkeit gehabt das bereits im Fernsehen darzulegen, daß die ÖVP-Fraktion offensichtlich von der Vergangenheit redet. Es ist doch deutlich festzustellen, daß aufgrund dieser Befragung man insofern reagiert hat, daß die Linie 3 b nunmehr als Linie 9 ...

Gemeinderat Ing. Wolfgang Hack:

Was hat das bitte mit Verkehr zu tun?

Stadtrat Roman Eichhübl:

Herr Kollege Hack, sie nehmen doch bitte einfach nicht zur Kenntnis, daß das nicht die einzige Anbindung ist. Ich sage es ihnen nochmals. Wir haben die Möglichkeit geschaffen, von der Seite Grünmarkt den Stadtplatz anzufahren. Wir haben die Möglichkeit geschaffen durch eine Linienaufteilung der Linie 2, über eine zu errichtende Haltestelle auf der Schönauerbrücke, ebenfalls den Stadtplatz anzubinden und wir haben schlußendlich die Möglichkeit ins Auge gefaßt von der Grünmarktseite über eine Haltestelle Zwischenbrücke die Linie 4 im ¼ Stundentakt, die Linie 8 im ½ Stundentakt und die Linie 10, zwei Mal Vormittag und zwei Mal Nachmittag derzeitig, eben diesen Standort zu bedienen und damit den Stadtplatz einzubinden. Ich darf sie wirklich höflich ersuchen, Herr Hack, daß sie das auch einmal zur Kenntnis nehmen. Ich habe ja Verständnis dafür, daß sie als Gewerbetreibender am Stadtplatz besondere Sorge um sich selbst haben, das verstehe ich vollkommen, und auch ein bißchen Sorge um die Anderen haben. Ich vermisse aber von ihnen, und das sage ich ihnen auch einmal in aller Deutlichkeit, hier in aller Öffentlichkeit, ebenfalls eine Studie über den Kaufkraftabfluß, so wie es die Stadtwerke gemacht haben, was die Errichtung des Ärztehauses betrifft. Da wird es nämlich einen erheblichen Kaufkraftabfluß geben, was die Errichtung und Vergrößerung des Forumkaufhauses dann auf sich hat. Denn da ist geplant, 9.000 bis

10.000 m<sup>2</sup> Fläche zu errichten und verschiedene Einmieter, die eben alle Bereiche abdecken, werden in Zukunft dort schalten und walten lassen. Ich habe sicherlich kein Problem damit, aber ich könnte jetzt ja diese Maßnahmen, die dazu geeignet sind den Stadtplatz zu entvölkern, noch weiter fortführen und ich sage ihnen noch ein paar Beispiele. Das von Herrn Kollegen Mayrhofer geforderte Ärztehaus, die Kollegin Frech hat das im Übrigen im Rundfunk sehr ...

#### *Zwischenrufe verschiedener Mandatäre*

Stadtrat Roman Eichhübl:

Entschuldigung, das von ihnen geforderte Gebäude und von ihnen unterstützte Ärztehaus, ich sage es deutlich, das von ihnen geforderte Amtsgebäude wird ja auch nicht im unerheblichen Ausmaß dazu beitragen, daß halt die Frequenz am Stadtplatz zurückgeht. Schlußendlich bitte hat es auch von eurer Seite her sehr maßgeblich eine Unterstützung gegeben, für die Errichtung des Einkaufszentrums an der Ennsner Straße. Das möchte ich wirklich einmal sehr deutlich deshalb sagen, meine Damen und Herren der ÖVP, weil ich es einfach nicht so zur Kenntnis nehmen kann, daß sie jetzt all das auf die Bedienung des Stadtplatzes aufhängen und nebenbei diese großen Maßnahmen, die wesentlich bedeutender sind in Richtung Kaufkraftabfluß, einfach nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Ich danke ihnen.

#### *Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre*

Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr GR Hauser. Ich erteile es ihm.

Gemeinderat Wilhelm Hauser:

Geschätztes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. An und für sich geht der Tagesordnungspunkt ja um die Errichtung des Busbahnhofes bzw. die Buseinstiegsstelle. Aber ich habe mich auch zu Wort gemeldet und ich nehme an, daß das in etwa in diese Richtung gehen wird, wie es der Kollege Eichhübl schon gemacht hat, daß halt natürlich immer wieder bei solchen Diskussionen auch die Dinge, die halt so daranhängen, gleich mitdiskutiert werden. Der Herr Kollege Hack und ich, wir sitzen ja beide in diesem Kommunalausschuß, und haben also dort auch schon des Öfteren diskutiert. Ich denke mir halt, es ist immer gerade so, wie man es braucht. Jetzt sind die Buslinien Schuld, daß der Stadtplatz verweisen wird. Wenn das Interspar aufsperrt wird es Interspar sein, wenn das Forum aufsperrt, wird es das Forum sein, wenn wir das Amtsgebäude eröffnen, wird das Schuld sein und alles tut ein Quentchen mehr. Ich denke mir halt auf der anderen Seite, trotzdem müssen wir ein bißchen globaler denken. Ich glaube grundsätzlich, daß wir mehr Arbeitsplätze in Steyr bekommen werden. Ich glaube grundsätzlich, daß, z. B. durch diese zentrale Busumsteigstelle dort drüben am Bahnhof, unter anderem das Ennsdorf und das Bahnhofsviertel wieder etwas belebt wird und die, die jetzt schon jammern, daß sie kein Geschäft haben, wieder etwas mehr bekommen. Es wird unter anderem dazu beitragen, wenn wir dort draußen beim Grünmarkt, sprich auf der Schönauerbrücke, eine Aus- und Einstiegsstelle haben, daß der Grünmarkt wieder etwas belebt wird und die Geschäfte nicht alle leer sind und es wird auch positiv dazu beitragen, daß, wer durch die Enge hereingeht, diese Geschäfte auch bedient werden. Ich glaube halt letztendlich, man muß das schon auch ein bißchen zusammenhängend sehen. Das kann auch sein, daß ich einen einseitigen Blick habe, aber ich denke

mir, daß er von der anderen Seite genauso einseitig ist, wenn man schon von einem einseitigen Blick bzw. Betrachtungen spricht. Ich denke mir auf der anderen Seite, und das habe ich zu ihnen auch im Kommunalausschuß gesagt, Herr Kollege Hack, daß ja eine zusätzliche Busbedienung jetzt einmal dazu kommt, indem man gesagt hat, man führt diese Linie 9 ein, die ja sehr positiv ist. Das ist eine zusätzliche Linie, die vorher in dem Konzept nicht drinnen war. So möchte ich das einmal sagen.

*Zwischenrufe verschiedener Mandatäre.*

Gemeinderat Wilhelm Hauser:

Schauen sie, in der Befragung, sie hängen sich da immer auf ein paar Zahlen auf, die letztendlich durch nichts beweisbar sind, sondern es ist eine Studie und kein Beweis. Ich denke mir halt letztendlich, sie können lachen, das ist eh kein Problem. Ich glaube nur eines, daß mit einer vernünftigen Linienführung zwischen alle 7 ½ Minuten der Stadtplatz von irgendeiner Seite bedient wird. Nämlich, in dem man alle 15 Minuten hereinfährt und in einem versetzten Takt von 7 ½ Minuten über den Grünmarkt bzw. über die Enge bedient wird. Letztendlich haben wir eine zusätzliche Maßnahme, den Bummelzug, den auch viele kritisiert haben, und viele Leute gehen zu Fuß und ein Radverkehrskonzept haben wir beschlossen und alle diese Dinge mehr. Also es gibt schon sehr viele Möglichkeiten den Stadtplatz zu bedienen. Veränderungen sind meines Erachtens gewöhnungsbedürftig. Ich denke mir, wenn man jetzt auf das Parkdeck hinüber schaut, daß es auch noch eine geraume Zeit brauchen wird, bis der gesamte Verkehr dort läuft, wie wir es eigentlich geplant gehabt haben und ich denke mir auch, daß es notwendig sein wird, die eine oder andere Marketingmaßnahme oder Werbemaßnahme zu machen, damit die Buslinien dementsprechend im neuen Fahrabtakt dann bedient werden. Nur eines glaube ich schon. Wenn man unter anderem hört, daß die Bedienung des Stadtplatzes mit einem Shuttlebus von 1,8 Millionen Schilling ca. ausgeht ...

Stadtrat Roman Eichhübl:

Im 5-Minuten-Takt mindestens 3,5 Millionen Schilling.

Gemeinderat Ing. Wolfgang Hack:

Wenn man eine vernünftige Führung macht, dann braucht man gar keinen Shuttlebus.

Gemeinderat Wilhelm Hauser:

Ja, aber ich muß trotzdem sagen, grundsätzlich ist von einem Shuttlebus im 5-Minuten-Takt, gerade von ihnen, im Kommunalausschuß, immer wieder die Rede gewesen, und da bin ich dabei gesessen. Herr Kollege Hack, sagen sie nicht nein, wenn ich dabei gesessen bin und das ist im Protokoll festgehalten und ich kann es ihnen sogar zeigen, wenn sie es wollen, weil ich glaube, ich habe sogar eines mit, daß sie einen 5-Minuten-Takt im Shuttlebus, von der Buseinstiegsstelle am Stadtplatz und wieder zurück, wollen. Dann haben wir einmal eine grundsätzliche Berechnung von mindestens 1,8 Millionen Schilling gehabt und da habe ich das Argument schon verstanden, wenn manche Herren sagen, die letztendlich auch für die Finanzgebarung verantwortlich sind, okay, dann machen wir es zu einer Bestelleistung, wenn es bezahlt wird, dann soll es so sein. Solange ich glaube, daß wir in der

Öffentlichen Hand das bedienen, denke ich mir, daß es ja auch eine Zusage gegeben hat, Herr Kollege Hack, wenn man merkt, daß das zuwenig ist, was da passiert, daß es erweitert wird. Ich glaube, daß das eher der richtige Weg ist als wie den umgekehrten Weg zu gehen, daß wir uns nämlich in einer Situation befinden, daß wir einen 5 Minuten Shuttledienst einführen und dann sitzen in jedem Autobus 17 Leute drinnen und wir nehmen die Busse wieder zurück. Dann haben wir nämlich die doppelte Schreierei. Das ist ganz einfach das, was das Entscheidende dabei ist. Danke.

*Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre.*

Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Frau Mag. Frech. Ich möchte aber vorher noch eine Erklärung abgeben. Offensichtlich hat sie da Probleme. Frau Frech, sie waren, während sie aufgerufen worden sind, nicht im Saal. Nachdem sie sich wieder zu Wort gemeldet haben sind sie wieder hinten angereiht worden, das war nach Herrn GR Hauser. Das zur Aufklärung, weil sie offensichtlich hier Probleme haben. Jetzt sind sie am Wort. Bitte sehr. Jetzt sind sie da, jetzt paßt wieder alles.

Gemeinderätin Mag. Michaela Frech:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Presse. Ich hoffe, sie haben Verständnis dafür, daß es mitunter menschliche Bedürfnisse gibt, deren eine Aufschiebung nicht möglich ist. Das dazu. Es tut mir leid, daß es gerade zu diesem Zeitpunkt passiert ist, wo ich dran war, aber ich hoffe, sie entschuldigen das.

Was ich zu sagen habe, ein paar Punkte. Das eine ist, ich hoffe, die Stadt hat aus dieser Erfahrung gelernt, nämlich beizeiten Verträge abzuschließen und sich nicht auf mündliche Zusagen zu verlassen. Es hat die mündlichen Zusagen ja angeblich immer gegeben, seitens der ÖBB, daß das keine Problem sein wird, aber es gab eben keine schriftliche Vereinbarung. Wenn es dann zu einer schriftlichen Vereinbarung kommt, dann würde ich mir wünschen, daß das auch einigermaßen fehlerlos ist. Ich will nicht als Tintenkleckser herumlaufen, aber ist es so schwierig einen Vertrag auch richtig aufzusetzen? Wenn sie unter Pkt. 2) schauen: Als Gegenleistung verpflichtet sich die Stadt einen Pauschalbetrag von S 650.000,--, das entspricht 47.237,34 zu bezahlen.

*Zwischenrufe verschiedener Mandatäre*

Bürgermeister Hermann Leithenmayr:

In Euro.

Gemeinderätin mag. Michaela Frech:

Euro kann man auch hinschreiben, denke ich mir. Der zweite, viel eigenartigere Punkt ist für mich die Nr. 4) wo darauf eingegangen wird, daß zwischen den Vertragsparteien Einvernehmen besteht, die vertragsgegenständliche Übertragung der Teilfläche des Grundstückes 112/1 in das Verzeichnis des öffentlichen Gutes der Stadt Steyr im Sinne der §§ 15 ff LTG beim Vermessungsamt Steyr zu



beantragen. Sollte die grundbücherliche Erledigung dieses Rechtsgeschäftes auf diesem Wege nicht möglich sein, verpflichten sich beide Vertragsteile, die zur grundbücherlichen Durchführung notwendigen Urkunden und Erklärungen, in grundbuchsfähiger Form zu unterfertigen. Da stelle ich mir als Nichtjuristin einfach die Frage, kann man das nicht vorher abklären, ob das auf diesem Weg geht oder nicht.

Bürgermeister Hermann Leithenmayr:

Sowieso.

Gemeinderätin Mag. Michaela Frech:

Das hätte man ja abklären können, bevor man den Vertrag ...

Bürgermeister Hermann Leithenmayr:

Ja sicher, das dauert nur ein bißchen. Ihr habt es ja so schon nicht erwarten können, jetzt möchten sie auf einmal wieder Abklärungen haben.

Gemeinderätin Mag. Michaela Frech:

Zeit genug hat man gehabt, den Vertrag aufzusetzen. Was mich etwas stutzig macht und wo ich sie bitte, Herr Bürgermeister, wirklich auch weiterhin aktiv zu sein, ist der Punkt, daß im Amtsbericht steht, daß die Österreichischen Bundesbahnen, wörtlich, zum derzeitigen Zeitpunkt nicht abschätzen können, ob eine Zugzielanzeige überhaupt am Bahnhof Steyr installiert wird. Das ist für mich schon ein bißchen ein Zeichen für eine gerechtfertigte Befürchtung, daß also Steyr vielleicht in Zukunft noch schlechtere Anbindungen an den oberösterreichischen Zentralraum haben könnte. Wenn ich sie erinnern darf, im Jahr 1991 mit Einführung des Austrotaktes gab es eine sehr, sehr gute Verbindung zwischen Steyr und der Landeshauptstadt. Inzwischen ist das von Jahr zu Jahr immer mehr zurückgenommen worden und die Verbindungen derzeit sind irgendwo an ihr Minimum angelangt. Ich glaube, daß es sehr wichtig ist, daß wir als Stadt Steyr und die gesamte Region uns dafür einsetzen, daß diese Verbindungen in Zukunft wieder attraktiver werden. Ich darf sie daran erinnern: Es gibt diesen Verkehrsdienstvertrag zwischen der ÖBB und dem Land Oberösterreich, wo Steyr dezidiert nicht Einfluß gefunden hat. Außerdem ist es leider so, daß die Stadt Steyr, was jetzt den Bahnhofsumbau angeht, nicht oberste Priorität bei den ÖBB genießt, weil die Umbauarbeiten, die jetzt stattgefunden, haben sind die, die zur Verkehrsdrehscheibe nötig waren. Das hat aber nichts mit Umgestaltung, Modernisierung der Kassenräume und anderer Dinge mehr zu tun. Da glaube ich, sollten wir uns bei der ÖBB stark machen, daß hier unsere Interessen gewahrt werden. Also, da ersuche ich sie, Herr Bürgermeister, wirklich aktiv zu sein, auch weiterhin mit den ÖBB Gespräche zu führen und, daß wir von etwaigen Fahrplanänderungen auch frühzeitig vorinformiert werden, weil das war, glaube ich, bisher auch nicht immer der Fall. Ansonsten bin ich froh, daß es überhaupt jetzt zu diesem Vertrag gekommen ist. Was hier andiskutiert worden ist, bezüglich der Busanbindung, so war auch meine Position die, daß ich der neuen Linienführung der Busse nicht zustimmen kann, weil ich ganz einfach befürchte, daß in Zukunft dann wirklich nur mehr der Bus fährt, der muß, und alle anderen nicht, und neue Fahrgäste überhaupt nicht mehr zu gewinnen sein werden. Das halte ich für einen falschen Weg und für einen Schritt in die falsche Richtung. Sie müssen sich im öffentlichen

Verkehr an die Bedürfnisse der Fahrer orientieren sonst haben sie keine Chance und da, glaube ich, haben wir einiges verabsäumt.

*Beifallskundgebung verschiedener Mandatare.*

Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

Danke Frau Frech. Als nächster Herr StR Mayrhofer. Bitte schön.

Stadtrat Gunter Mayrhofer:

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Die Stadtwerke, und hier die Verkehrsbetriebe, sind natürlich ein Teil von uns, der sehr viel Geld kostet. Wir fahren hier einen erklecklichen Defizit ein, fast 30 Millionen Schilling, den wir hier jährlich erwirtschaften, bewußt erwirtschaften. Wir wissen natürlich alle, daß man den öffentlichen Verkehr, daß das auch eine Aufgabe der Stadt ist, daß wir uns dieser Aufgabe auch nicht entziehen können und, daß wir ihn auch nicht kostendeckend führen oder betreiben können. Ich glaube, es muß aber schon im Interesse der Verkehrsbetriebe liegen, daß wir so kostengünstig wie möglich arbeiten, daß wir uns auch bemühen, möglichst viele Fahrgäste mit unseren Bussen zu transportieren. Da ist das, was der Kollege Hack angesprochen hat, im Argen. Wenn die Verkehrsbetriebe von sich aus eine Studie in Auftrag geben, bei ihren Kunden, bei jenen, welche die Busse benutzen und das Ergebnis ist so katastrophal, daß die Fahrgäste sagen, bitte, so wollen wir es nicht. Wir wollen auch in Zukunft bitte auf den Stadtplatz kommen. Wenn die Linie auf den Stadtplatz nicht mehr geführt wird oder nur mehr noch mit einer in einer ¼ Stunde, dann werden wir nicht mehr auf den Stadtplatz fahren. Wenn klar ersichtlich ist, daß wir an den Bedürfnissen unserer Kunden, in dem Fall der Fahrgäste, vorbeigehen, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn wir im nächsten Jahr wahrscheinlich 35 Millionen Defizit haben. Zusätzlich bitte schön, und das finde ich wirklich unfair von ihnen, nur weil er hier selbst ein Geschäft hat, vorwerfen, er macht das Ganze nur, weil er selbst betroffen ist. So kann es ja nicht gehen. Es geht auch um 700 Beschäftigte, die am Stadtplatz arbeiten und ihr Einkommen und ihre Existenz vom Stadtplatz beziehen. Wenn ich dann höre, Veränderungen sind gewöhnungsbedürftig, da gebe ich ihnen schon Recht. Die Steyrdörfler haben sich bis heute nicht an diese Veränderungen gewöhnt, die wir ihnen aufs Auge gedrückt haben. Das möchte ich wirklich einmal so sagen. Wenn etwas schief gegangen ist, wenn Rahmenbedingungen von der Politik geändert werden, dann sagt man anschließend: Der Unternehmer war zu dumm, ein Geschäft zu führen. Der hat Mangel an unternehmerischem Geist.

*Zwischenruf: ÖVP!*

Stadtrat Gunter Mayrhofer:

Wir reden alle bitte nur in der Politik, aber mit den Betroffenen ganz offensichtlich nicht. Nicht mit den Gewerbebetrieben am Stadtplatz und nicht mit den Fahrgästen. Wenn der Kollege Eichhübl sagt, daß ein 5-Minuten-Takt 3,5 Millionen Schilling kostet, zusätzlich, da gebe ich ihm schon Recht. Wenn man es so betreibt wie die Stadtwerke es betreiben, ja. Warum vergeben wir bitte schön z. B. die Linie zu Weihnachten nach Christkindl hinaus nicht an die Stadtwerke sondern an die ÖBB?

Stadtrat Roman Eichhübl:

Weil man mit den Stadtwerken nicht darüber weiter verhandelt hat, lieber Herr Kollege Mayrhofer.

Stadtrat Gunter Mayrhofer:

Weil es um einiges billiger ist, bitte schön. Ich habe mich auch erkundigt, was es kostet, wenn man einen privaten Busunternehmer macht, wenn man einen Trinko oder was nimmt. Nicht 1,8 bei einen 7½ Minutentakt, sondern die machen das zwischen S 900.000,- und einer Million Schilling. Man muß halt auch hier überlegen, was da schief geht, wo es Probleme gibt. Wenn ich dann höre, noch globaler denken, und wenn ich merke, daß es zuwenig ist, dann werden wir eh noch einen Bus einschieben, ja dann muß ich sagen, das geht ja vollkommen am Thema vorbei. Wir befürchten ja, daß die Fahrgastzahlen so zurückgehen, aufgrund dieser Maßnahme, daß wir das gar nicht mehr voll bekommen. Das Problem ist ja, wenn ein Kunde sagt, ich gehe einkaufen, daß er nicht mehr daran denkt, ich gehe ins Zentrum, sondern ich fahre halt irgendwo an den Stadtrand, an die Peripherie, dann werde ich das auch nicht mehr korrigieren können indem ich dann im Nachhinein einen zusätzlichen Bus einschiebe. Ich darf bitte nur daran erinnern wieviel wir investiert haben und was wir nicht alles unternommen haben um Steyrdorf wieder zu beleben. Der Herr Furtner hat in einem Leserbrief vollkommen richtig gesagt: „Tote kann man nicht mehr wachküssen.“ Ich warne wirklich davor Rahmenbedingungen zu verändern ohne sich an den Bedürfnissen zu orientieren.

*Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre.*

Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

Danke Herr Mayrhofer. Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Kupfer. Ich werde den Vorsitz wieder an den Kollegen Tatzreiter abgeben und bitte ihn, mich als Nächsten aufzuschreiben.

Vizebürgermeister Leopold Tatzreiter:

Ich übernehme den Vorsitz.

Gemeinderat Andreas Kupfer:

Sehr geehrte Damen und Herren. Ich bin sehr verärgert. Ich muß wirklich sagen, sehr verärgert. Verwundert bin ich nicht mehr über diese Doppelbödigkeit der Verkehrspolitik der ÖVP. Kollege Mayrhofer hat das Defizit der Verkehrsbetriebe angesprochen. Er hat angesprochen, sie sollen kostengünstig fahren. Ja. Jetzt muß man sich überlegen, wie kann das funktionieren, daß die Verkehrsbetriebe kostengünstig fahren. Erstens bedarfsorientiert, zweitens über die Tarife diskutieren und drittens, das ist sicher der zentrale Punkt, ist die Attraktivität des Verkehrsmittels. Wenn wir jetzt über die Attraktivität des Verkehrsmittels reden, über die Förderung des öffentlichen Verkehrs in Steyr, dann ist es genau ihre Partei, die das andauernd verhindert.

Stadtrat Gunter Mayrhofer:

Ach so!

Gemeinderat Andreas Kupfer:

Ja. Ich sage ihnen auch warum. Mit dem öffentlichen Verkehrsmittel in Steyr fährt nur jener oder jene, die damit fahren müssen. Es geht darum, den öffentlichen Verkehr in Steyr in diese Richtung zu verbessern, daß jeder dieses Angebot auch kostengünstig annehmen kann, daß diese Verkehrsmittel attraktiv sind, daß diese Stadtteile auch angebunden, gut angebunden, werden und man fährt nur Bus, wenn man Ziele erreicht, die man sonst mit dem Auto nicht erreicht. Und auf das läuft es hinaus. Solange man den Stadtplatz in dieser Bequemlichkeit erreichen kann, mit dem motorisierten Verkehr, solange wir uns nicht überlegen den Stadtplatz in eine andere Richtung zu attraktivieren, solange werden wir den öffentlichen Verkehr in Steyr nicht attraktivieren. Es geht nämlich darum, wenn wir den öffentlichen Verkehr kostengünstiger in Steyr fahren lassen wollen, wenn wir mehr Einnahmen machen wollen, dann müssen wir neue Kundenschichten erreichen. Genau diese Kundenschichten erreichen wir derzeit nicht. Es fahren sehr viele, und das steht ja auch in dieser Untersuchung drinnen, das muß man sich auch einmal genau ansehen, wer derzeit mit dem öffentlichen Verkehr in Steyr fährt, Schüler und sehr viele alte Menschen. Es geht aber wirklich darum ...

Stadtrat Gunter Mayrhofer:

Die lassen wir auf der Brücke dann aussteigen.

Gemeinderat Andreas Kupfer:

Nein überhaupt nicht. Es geht darum, auch neue Kundenschichten anzusprechen. Das ist ein Punkt, neue Kundengruppen anzusprechen. Und diese 20-, 30- und 40jährigen, die derzeit mit dem Auto in die Stadt hineinfahren, die sprechen wir damit überhaupt nicht an.

Sie haben ja das Beispiel Steyrdorf angesprochen, das ist eines der besten Beispiele. Sie haben gesagt, da hat man den Steyrdörflern etwas auf das Auge gedrückt. Ich frage mich, was mit dieser wunderschönen Gestaltung, die wir dort jetzt haben, ob die Steyrdorfer jetzt wirklich so unzufrieden sind, daß dieses Kopfsteinpflaster nun dort ist. Dann hat es das Problem gegeben, daß man mit dem Auto nicht hineinfahren konnte. Das Problem gibt es jetzt nicht mehr. Ich frage mich, was hat sich geändert? Man kann zu jedem Geschäft nach Steyrdorf hineinfahren und jetzt ist die Stadt Schuld. Das ist doch ein fadenscheiniges Argument. Man schaue sich doch bitte nur den Branchenmix in Steyrdorf an. Dann der Stadt die Schuld zu geben, daß das wirtschaftlich nicht funktioniert, das ist ja wirklich absoluter Blödsinn. Sie glauben immer nur, und sie nehmen dieses Argument ja auch bei jedem neuen Planungsprojekt in den Mund, man muß mit dem Auto überall hinkommen, nur dann ist es attraktiv. Man kann in Steyr derzeit überall hinkommen. Man kann in das Steyrdorf hineinfahren. Wo ist die Attraktivität, wo ist dieser Kaufkraftzuwachs in Steyrdorf? Er ist nicht ersichtlich und das wissen sie am besten. Was das Interessante an dieser Steyrdorfdiskussion ist, ist ja, daß wir mit diesen neuen Buslinien, die wir jetzt geplant haben, eine wirklich hervorragende Anbindung an den Stadtteil Steyrdorf schaffen. Eine hervorragende Anbindung an den Stadtteil Tabor schaffen, die wir bis jetzt nicht gehabt haben. Das sollte auch für sie ganz interessant sein, daß wir im ¼ Stunden Takt vom Bahnhof über Zwischenbrücken nach Steyrdorf hinauf auf den Tabor fahren. Wenn wir das gut

koordinieren, schaffen wir das, daß wir das in einen 7½ Minuten Takt fahren und das ist für eine Stadt wie Steyr, bei dieser Ausstattung die wir derzeit haben sicher kein schlechter Takt, das Zentrum der Stadt von allen Seiten anzubinden. Es gibt in der Stadt, im Zentrum, Wirtschaftstreibende, die haben ihr Geschäft am Grünmarkt und es gibt welche, die haben es in der Enge. Es gibt nicht nur den Stadtplatz. Die Diskussion werden wir auch beim Steg führen müssen, wo es diese Pläne gibt, es in der Mitte der Stadt hinüberzuführen oder an den Stadteingängen. Wir haben vor einigen Monaten im Bauausschuß schon darüber gesprochen, wie man Stadt erlebt, wo die Stadteingänge sind, die historischen Stadteingängen und die sind nun einmal an den Enden, an den beiden historisch gewachsenen Stadteingängen. Der eine Stadteingang ist natürlich, da es diese Brückenverbindung zum Neutor gibt, derzeit nicht existent. Die Enge ist derzeit als Fußgängerverbindung nach wie vor existent und ist meines Erachtens auch sehr attraktiv und gehört weiter gefördert. Darum denke ich mir, daß es sehr gut ist, die Stadt auch von diesen beiden Enden erleben zu können und es ist gut, daß wir die öffentlichen Verkehrsmittel genau an diesen Endpunkten auch ansiedeln. Soviel zu diesem Thema.

Zum eigentlichen Tagesordnungspunkt hätte ich noch eine Anmerkung: Ich habe es auch schon im Stadtentwicklungsausschuß gesagt. Kollege Eichhübl hat gesagt, er hat sich das ein bißchen im Detail angesehen, wo die Probleme bei dieser Bushaltestelle liegen. Ich möchte das ein bißchen genereller oder in dieser Region globaler betrachten. Für mich ist der Bahnhofsvorplatz, der derzeit nicht umgestaltet wird und wo es ganz wichtige Fußgängerverbindungen gibt, die auch sehr zur Attraktivität des Gesamtensembles und zur Gesamtrenovierung des Bahnhofsgebäudes dazu gehört, auch das muß im Interesse der Stadt sein, daß wir uns hier etwas überlegen, daß auch dieser Bereich, der derzeit nicht umgeplant ist, an ein Mehr an Attraktivität erfährt.

*Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre.*

Vizebürgermeister Leopold Tatzreiter:

Danke Herr GR Kupfer. Als nächster zu Wort gemeldet ist Vzbgm. Dr. Pfeil. Bitte.

Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Im Jahre 1991 haben wir die grundlegenden Richtlinien besprochen wie wir mit dem öffentlichen Verkehr und den motorisierten Individualverkehr, Fußgänger/Radfahrverkehr umgehen. Im Zuge der Beschlußfassung und Diskussion rund um das Generalverkehrskonzept. Damals ist auch besprochen worden, daß eine zentrale Busumsteigstelle dringend notwendig ist. Das Problem war eben, daß die Stadt zu klein ist, daß wir tangential Linien führen. D. h., wenn jemand vom Resthof ins Spital will, daß der auf einen direkten Zubringer dort fährt. Das wäre natürlich der Idealfall. Ist zu teuer, nicht machbar, nicht darstellbar. Deshalb ist eine zentrale Umsteigstelle notwendig. Am Stadtplatz, das war eine vorübergehende Lösung und alle haben das so angesehen. Nach einer wirklich sehr intensiven Diskussion haben wir gesagt, okay, das soll im Bereich des Bahnhofsparkdeckes passieren. Der ÖVP konnte es damals nicht rasch genug gehen. Herr Schloßgangl, Fraktionsobmann, hat auch in einer Fraktionsobmännerbesprechung, und das ist protokolliert meine Herrschaften, wörtlich gesagt: Wir wollen diese Maßnahme vorziehen, bevor die Baumaßnahme vorne fertig ist.“ Es gibt Möglichkeiten dieses vorzuziehen. Er hat sogar in einem Nebensatz zum Roman Eichhübl gesagt: „Und du, wenn du mit deinen stinkigen Kübeln, endlich vor dem Bummerlhaus am Stadtplatz abfährst, wäre lieber jetzt besser, als in ein paar Jahren, wenn die Geschichte fertig ist.“ Das ist die ganze Doppelzüngigkeit und Doppelbödigkeit der ÖVP. Meine Herrschaften, Herr Hack und Herr Mayrhofer, genießen sie sich nicht hier eine Show abzuziehen, im Beisein, wenn hier Herrschaften vom Rechnungshof da sind, welche die Stadtwerke

überprüfen? Genieren sie sich nicht, angesichts dieser Herren, hier zu verlangen, daß die Stadtbetriebe weiterhin, obwohl wir eine zentrale Umsteigstelle haben, eine weitere zentrale Umsteigstelle am Stadtplatz machen, wo derjenige, der vom Resthof ins Krankenhaus will, zuerst auf den Bahnhof geführt wird und dann vom Bahnhof auf den Stadtplatz, in der Hoffnung, daß er sich vielleicht bei ihnen eine Kronen Zeitung kauft, und, daß er dann erst weiter ins Krankenhaus fährt. Das ist ja das Problem, die Fahrzeiten sind zu lange und zu umständlich. Da haben natürlich nur Schüler, Zwangsverpflichtete und ältere Mitbürger Zeit. Zum einen fordern sie eben, daß diese Busse, sie haben wörtlich gesagt, durch eine vernünftige Führung, weil der Shuttle ist zu teuer, die einen alle wieder hineingeführt werden, andererseits höre ich von ihnen nur, ich glaube, das ist bei ihnen schon eine fixe Vorstellung, Shuttle, Shuttle, Shuttle. Sagen sie das daheim auch, wenn sie aufwachen, wenn sie ins Bett gehen ...

*Gelächter*

Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

Der Herr Mayrhofer sagt, ihr Fraktions- und Parteiohmann, wir wollen durch eine vernünftige Führung, weil der Shuttle offensichtlich zu teuer ist, jetzt wiederum die Busse vom Bahnhof alle am Stadtplatz hineinführen. Das ist doch wirklich abenteuerlich. Sie sagen, 100 bis 120 Arbeitsplätze werden vernichtet, der Herr Obmann sagt, 500 bis 700 und im gleichen Maße unterstützen sie Maßnahmen, die den Stadtplatz weiter entvölkern. Sie betreiben wirklich nur tatsächlich Lobbyismus. Bei ihnen hört der Stadtplatz beim Schodl auf, alles andere ist ihnen egal.

*Gelächter*

Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

Diese Maßnahme, dieses Bild, das sie hier darstellen, das hat angefangen bei der 3-Stunden-Diskussion, bei der Mittagszeit, das ist auch ein herrliches Thema, Stadtplatzmarketing. Sie zerreden und zerstören durch ihr Gerede das gute Einkaufsklima am Stadtplatz. Die Hotelbetriebe haben zuerst gefordert, wir brauchen unbedingt eine Einstiegsstelle vor dem Hotel. Dafür habe ich Verständnis. Und was haben sie gemacht? Sie haben alle ihre Privatautos und die Autos der Besucher 3 Tage dort stehen lassen, ohne daß dort jemand ein- oder aussteigen konnte. Das war ja nicht das, was wir wollten. Dann haben wir das wieder weggemacht. Dann bricht die Welt zusammen, wenn wir nicht mittags Gebührenfreiheit haben, vor 3 Jahren.

Bürgermeister Hermann Leithenmayr:

Schanigarten.

Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

Schanigarten ist ein weiteres Thema, aber ich möchte zuerst Gebührenfreiheit. Gebührenfreiheit haben sie wollen. Habe ich gesagt, dafür habe ich auch Verständnis, daß man in der Mittagszeit gewisse Dinge erledigen kann, damit der Stadtplatz belebt wird. Dann wissen wir, daß wenige Prozentsätze, 1 ½ Stunden nur parken. Nicht am Stadtplatz, am Ennskai usw. Wenn man das will, es

war letztes Jahr eine Diskussion, daß man auf drei Stunden geht, ich habe kein Problem damit. Aber das verträgt sich nicht mit der Gebührenfreiheit am Stadtplatz. Das haben auch alle eingesehen. Heute verlangt man wieder Gebührenfreiheit am Stadtplatz. Ich bekomme Briefe und Anrufe, der Pfeil ist schuld. Ich habe das nicht unterschrieben Freunde, weil ich diese Maßnahme, am Stadtplatz, diese Verkehrsregelung, für unsinnig und für dumm halte. Zuerst eine ½ Stunde dann 1 ½ Stunden vergebührt und dann wieder eine ½ Stunden vergebührt. Da kennt sich wirklich keiner mehr aus. Das sind in Wirklichkeit diese Dinge, welche die Leute vom Stadtplatz auch mitvertreiben. Ich habe wirklich große Hoffnung in sie gehabt. Sie sind Leute von der Wirtschaft und ich dachte, sie unterstützen auch Aktivitäten in Richtung Stadtmarketing. Da stehen sie vehement auf der Bremse. Das kommt nicht von ihnen, das ist nicht ihr Bier, das wollen sie nicht. Jammern ist wirklich ihr Metier. Das können sie perfekt. Offensichtlich genügt ihnen wirklich die weitere Drittelung beim letzten Wahlgang nicht, offensichtlich müssen sie wirklich auf eine Einzelpartei, daß sie nur mehr von ihren Restmitgliedern gewählt werden, zurückschrumpfen, daß sie endlich wieder über Vertretung der Bevölkerung nachdenken und nicht Einzelinteressen vertreten. Darum geht es.

*Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre.*

Vizebürgermeister Leopold Tatzreiter:

Danke Herr Dr. Pfeil. Nochmals zu Wort gemeldet ist Frau GR Mag. Michaela Frech.

Gemeinderätin Mag. Michaela Frech:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Nachdem wir die heutige „Aktuelle Stunde“ etwas vorgezogen haben, lassen sie mich auch noch ein paar Bemerkungen zu diesem Thema bringen. Ein bißchen zurück zur Sachlichkeit und weg von der Haßliebe zwischen ÖVP und FPÖ. Was die zentrale Umsteigstelle anbelangt, Herr Dr. Pfeil, so mag es gewesen sein, daß sich sämtliche Fraktionen damals im Gemeinderat dagegen ausgesprochen haben. Ich war noch nicht dabei, sie gestatten mir deshalb eine andere Position zu haben und gestatten sie auch der ÖVP vielleicht klüger geworden zu sein ...

*Zwischenrufe verschiedener ÖVP-Mandatäre*

Gemeinderätin Mag. Michaela Frech:

... oder in einigen Punkten etwas anderes zu meinen. Ich habe irgendwo den Eindruck, bei dieser zentralen Umsteigestelle, daß man sich vergaloppiert hat. Und zwar, daß man sich vergaloppiert hat, wir ziehen jetzt etwas durch, auf Biegen und Brechen. Wir machen keine Ausnahmen, wir machen ganz einfach die Situation so, jeder muß umsteigen. Wenn er auf den Stadtplatz will, dann muß er umsteigen. Da gibt es keine Ausnahme, das ziehen wir durch. Ob das die Bedürfnisse der Fahrgäste sind, ist uns völlig egal. Das ist ja auch dann im Amtsbericht so drinnen gewesen, wo ich mich wirklich geärgert habe, was die Neuschönau-Linie anbelangt, wo dann drinnen steht, ja, machbar ist es, aber dann könnte ja ein anderer Stadtteil auch kommen. Das wollen wir natürlich nicht, vor dem haben wir Angst. Wenn ein anderer Stadtteil kommt, dann muß man sich halt berechtigterweise fragen, vielleicht sind das die Bedürfnisse und sollen wir uns nicht an den Bedürfnissen unserer Kunden orientieren und nicht an unseren eigenen. Das wäre einmal der erste Punkt dazu.

Daß übrigens diese ganze Geschichte, mit dem Plan wie er jetzt vor liegt, was die neue

Linienführung der Busse anbelangt, dem Sticklerschen Verkehrskonzept nicht konform geht, das sei nur am Rande erwähnt. Weil Stickler schreibt Wort wörtlich in seinem Konzept, daß, erstens der Stadtplatz ohne umsteigen von jedem Stadtteil aus erreicht werden soll. Und das haben wir wohl in Zukunft nicht. Zweitens schreibt Stickler, daß jeder Stadtteil jeden Stadtteil erreichen können soll. D. h. sie sollen von jedem Stadtteil aus jeden anderen Stadtteil erreichen können. Auch von dieser Philosophie haben wir uns verabschiedet. Aber das ist ja egal. Das Sticklerkonzept ist ja beschlossen und wir nehmen es immer nur dann hervor, wenn wir es gerade brauchen. Wenn wir es nicht brauchen, dann liegt es wieder in der Schublade. Eines verstehe ich nicht, so sehr ich sonst durchaus den Eindruck habe, daß die Grünen sich für den öffentlichen Verkehr einsetzen, das haben sie sehr oft bewiesen, in diesem Punkt ist es mir unverständlich, daß man mitgehen kann, bei einer Haltestelle auf der Brücke, wo man weiß, daß die Mehrheit ...

Gemeinderat Kurt Apfelthaler:

Das ist doch Schnee von gestern.

Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

Das war eine Diskussionsgrundlage.

Gemeinderätin Mag. Michaela Frech:

Es war eine Diskussionsgrundlage, wo zumindest die Grünen nichts dabei gefunden haben. Und wenn man weiß, und das haben wir ja aufgrund der Studie, die jetzt seitens der Stadtwerke gemacht worden ist, und das haben auch wir in unserer Befragung, die wir im ersten Halbjahr 1997 bereits gemacht haben, wir haben damals als Liberales Forum 250 Fahrgäste befragt, da ist im Prinzip Ähnliches herausgekommen wie bei der Studie jetzt. Und vor allem eines. Wer fährt den derzeit Bus? Es fährt nur Bus der muß. Das sind die Pensionisten, die keine andere Möglichkeit zum Teil mehr haben und es sind die Schüler. Dazwischen ist die weiße Fläche. Wer fährt denn sonst mit dem Bus? Jetzt müssen wir zumindest einmal als ersten Punkt schauen, daß die, die jetzt den Bus benutzen, ihn auch in Zukunft benutzen können. Da denke ich mir schon, wenn man von unseren Pensionisten verlangt, daß sie vielleicht dann weite Wege auf sich nehmen oder umsteigen müssen, mit ihren Einkäufen, daß wir damit ganz einfach schlicht an ihren Bedürfnissen vorbei agieren. Damit meine ich vor allem die Linie in der Neuschönau. Da steht dann einfach das Fahren nicht mehr dafür, wenn man dann umsteigen muß, wenn man von der Neuschönau auf den Stadtplatz will. Das steht in keiner Entsprechung zur tatsächlichen Entfernung, die vorhanden ist, was man dann an Zeit aufwenden muß. Wenn wir wollen, daß wir neue Kundenschichten haben, dann erreichen wir das wohl nur dann, wenn wir tatsächlich einen bequemen, öffentlichen Verkehr haben und nicht, daß jeder einmal prinzipiell umsteigen muß, damit es allen gleich schlecht geht. Irgendwie habe ich den Eindruck gehabt, daß man diese Philosophie jetzt einfach durchziehen will. Da glaube ich schon, daß wir uns jetzt, bevor dieser neue Fahrplan in Kraft tritt, noch einmal zusammensetzen werden müssen und in Ruhe darüber diskutieren, weil ich halte nichts davon, jetzt falsche Maßnahmen zu setzen und dann, erst wenn es zu spät ist, zu sagen, so jetzt haben wir einen Fehler gemacht, reparieren wir es wieder. Es ist gescheiter, etwas nicht reparieren zu müssen. Von daher würde ich an sie alle appellieren, wir setzen uns noch einmal zusammen und sehen uns diese neue Linienführung noch einmal an und sind bereit, darüber zu diskutieren, bevor sie in Kraft ...



Stadtrat Roman Eichhübl:

Es war erforderlich, rechtzeitig diese Linienführung einzuleiten, bei der übergeordneten Behörde, nämlich der Kraft der Linienbehörde. So sieht es aus.

Gemeinderätin Mag. Michaela Frech:

Ich wünsche ihnen nur, daß sie nicht dann darauf kommen, daß wir der Totengräber des öffentlichen Verkehrs waren.

*Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre.*

Bürgermeister Hermann Leithenmayr:

So sieht es aus.

Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

Als nächster Herr StR Mayrhofer. Bitte schön.

Stadtrat Gunter Mayrhofer:

Sehr geehrte Damen und Herren. Ich bedanke mich bei der FP für die Fürsorge, was den Wahlerfolg bei der nächsten Wahl betrifft. Es ist sehr angenehm, wenn man weiß, daß man Freunde hat. Ich möchte auf den Ausdruck Show eingehen und muß ihnen vollkommen Recht geben. Es ist eine perfekte Show, die sie da abziehen. Ich würde es als Betroffener, als Fahrgast, als Verhöhnung empfinden, wenn sie mit voller Überzeugung von kürzeren Fahrzeiten reden und sagen, jetzt, durch diese Linienführung gibt es kürzere Fahrzeiten und es ist bequemer für die Kunden, für die Fahrgäste, dort hin zu kommen, wo sie hin wollen. Da möchte ich jetzt bitte schön noch einmal auf die Umfrage zurückkommen, die nicht von uns sondern von den Stadtwerken in Auftrag gegeben wurde, wo erhoben wurde: „Was sind die Bedürfnisse, was wollen wir?“ Wenn ich dann sehe, und das ist klar nachzuweisen, daß die Mehrzahl nach wie vor auf den Stadtplatz will und ich führe bewußt die Linien am Stadtplatz vorbei, wenn ich z. B. von der Gründbergsiedlung komme fahre ich direkt bei der Einfahrt der Stadt vorbei, muß mich dann hinüberbewegen bis zum Bahnhof, muß auf den nächsten Bus warten und fahre wieder zurück herein. Das Gleiche passiert mir bitte schön bei der Neuschönau, bei der Schlühßlmayrsiedlung und da wirklich vollen Ernstes zu behaupten man kümmert sich nicht um die Bedürfnisse der Leute, dann muß ich sagen, da weiß ganz offensichtlich jemand nicht, was überhaupt Bedürfnisse von Busbenutzern eigentlich sind. Das Sticklerkonzept, und dazu bekennen wir uns nach wie vor, wir haben zugestimmt. Nicht ich persönlich aber mein Vorgänger Othmar Schloßgangl. Er hat sich in einen Leserbrief ja auch ziemlich klar ausgesprochen, was er von den Anschuldigungen, die von der F kommen, eigentlich hält. Ich werde ihn da also nicht verteidigen, das kann er selbst perfekt. Ich möchte nur eines bemerken: Stickler, und da möchte ich bei der Kollegin Frech nachstoßen, hat eine ganz andere Vorstellung der Begleitmaßnahmen gehabt, als er empfohlen hat, die zentrale Umstiegsstelle am Bahnhof zu machen. Er hat klar ausgesprochen, es soll von jedem Stadtteil aus möglich sein, in direkter Linie den Stadtplatz zu erreichen. Wenn das

von wo nicht möglich ist, dann soll in einer möglichst kurzen Taktfrequenz der Stadtplatz miteingebunden sein. Wenn wir Stadtplatz sagen, und sie können mir glauben ich habe kein Geschäft am Stadtplatz, ich meine das Stadtzentrum, sehrwohl mit Enge, Grünmarkt und Stadtplatz miteinander. Mehrfalls, auch von ihnen und vom Kollegen Eichhübl, wurde auf Behinderte, auf ältere Menschen hingewiesen, also auf jene, die vorwiegend die Busse benützen und zu denen zu sagen, steigt halt bitte schön dort drüben bei der Schönauerbrücke aus, quält euch durch die Unterführung, 70 Stufen hinauf und hantelt euch beim schlechtesten Wetter hinein in die Stadt. Also, das ist ein starkes Stück. Vielleicht ist es das Stück Steyr, was sie sich vorstellen.

Stadtrat Roman Eichhübl:

Man kann doch vom Bahnhof den Stadtplatz ¼-stündig erreichen.

*Diskussion verschiedener Mandatäre*

Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

Bitte keine Zwischendiskussionen. Ich lese nur Auszugsweise kurz aus einem Protokoll der Fraktionsobmännerbesprechung vom 9. Mai 1996, stattgefunden um 16.00 Uhr vor, wo der ehemalige Stadtparteiobmann, ehemaliger Fraktionsobmann der ÖVP, Herr StR Schloßgangl, folgendes mitbestimmt hat, was sie darstellen als wenn das eine Heftente wäre.

Gleichzeitig mit den Linienzurücknahmen soll eine Zusammenführung aller Linien zu einer zentralen Busumsteigstelle am Hessenplatz (Straßenseite bei der Evangelischen Kirche) eingerichtet werden. Ab Einrichtung einer zentralen Umsteigstelle am Hessenplatz soll der Stadtplatz nicht mehr mit Großbussen angefahren werden, sondern lediglich dieser mit einem Shuttledienst, mittels Citybussen, im ¼-Stunden-Takt versorgt werden.“

Also Herrschaften, ¼-Stunden-Takt. Da steht, das ist einstimmig so beschlossen und befürwortet worden. Da wollen wir doch wirklich die Kirche im Dorf lassen und nicht Tatsachen aus der Vergangenheit, die evident sind, verdrehen. Weil es abgestritten wird, daß nicht eine ...

Stadtrat Gunter Mayrhofer:

Wer hat das gesagt?

Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

Sie haben es abgestritten und der Herr Schloßgangl hat es abgestritten.

Stadtrat Gunter Mayrhofer:

Nein.

Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

Sie haben jetzt gesagt, das ist eine F-Anschuldigung oder so etwas haben sie gesagt. Das ist eine Tatsache, eine erwiesene Tatsache. Sie werden wissen, was das ist.

Als nächstes zu Wort gemeldet ist Herr GR Hoflehner. Bitte schön.

Gemeinderat ing. Klaus Hoflehner:

Sehr geehrte Damen und Herren. Beim Stadtplatz gehen die Emotionen hoch. Das ist verständlich. Steyr ist der Stadtplatz und der Stadtplatz ist Steyr. So sehe ich das. Auch wir haben ein großes Unbehagen in der Entwicklung die da stattfindet. Mit einer Entwicklung, daß die Speckränder an den Städten immer mehr wachsen und die Innenstädte veröden. Wir Freiheitlichen haben uns immer für die Kleinen eingesetzt und wir sehen das mit großer Besorgnis. Speziell in Steyr, diese Entwicklungen, es ist heute schon oft gesagt worden, das Ärztezentrum, das neue Interspar, das Forumkaufhaus, die Busse werden hinausverlegt, das sind alles Entwicklungen, die sicher schlecht sind für den Stadtplatz. Ich glaube, daß man sich vor Jahren wirklich zuwenig Gedanken darüber gemacht hat, was das wirklich heißt, wenn dieser Frequenzbringerbus, wenn die Leute nur so heraussprudeln aus dem Bus, am Stadtplatz nicht mehr ist. Da haben sich damals scheinbar wirklich die Wenigsten Gedanken darüber gemacht und jetzt gibt es ein großes Geschrei darüber. Ich glaube eines, und ich habe das in einer Ausschußsitzung schon gesagt, ich glaube nicht, daß die Zukunft vom Stadtplatz davon abhängt, ob wir den Stadtplatz mit einem Bus im 7,5-Minuten-Takt oder im 15-Minuten-Takt beschicken. Das wird sicher nicht ausschlaggebend sein. Aus meiner Sicht sehe ich eine große Chance für den Stadtplatz. Mit Marketingmaßnahmen, professionelles Citymarketing und eine Ansiedlungspolitik, das kann den Stadtplatz retten. Dort hinten sitzt der Herr Hackl, der Herr Bürgermeister hat schon sein Jawort gegeben zu einem professionellen Citymarketing, der Herr Hackl sitzt dort hinten, der hat alle Fäden in der Hand. Es sollte halt in Zukunft nicht mehr passieren, wenn der Herr Hoflehner eine gute Idee hat und schreit nach einem Citymanager, daß der Herr Hackl sagt, einen Citymanager brauchen wir nicht. Das hast du gesagt, das ist protokolliert, da gibt es von dir einen Leserbrief, das brauchst du jetzt nicht abstreiten. Wir müssen alle an einem Strang ziehen. Professionelles Marketing für die Stadt Steyr, Innenstadtmarketing, das ist der Weg, wie wir den Stadtplatz retten können. Gunter Mayrhofer, du hast gesagt, es ist alles schlechter geworden mit der neuen Linienführung. Wenn heute jemand vom Resthof am Stadtplatz will, oder ich sage einmal peripher Stadtplatz, dann fährt er jetzt über das Steyrdorf und steigt bei Zwischenbrücken aus. Er hat keinen Stau mehr über den Blümelhuberberg. Das ist nur ein Beispiel, wo er wesentlich schneller am Stadtplatz ist oder zumindest im Bereich Stadtplatz. Er steigt halt nicht vorm Hack aus.

Stadtrat Gunter Mayrhofer:

Die Resthoflinie fährt nicht über Steyrdorf, die Taborlinie.

Gemeinderat Ing. Klaus Hoflehner:

Ist ja egal. Entschuldigung, die Taborlinie.

Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

Danke. Bitte keine Zwischenwortmeldungen. Herr StR Bremm bitte.

Stadtrat Gerhard Bremm:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Es geht eigentlich um die zentrale Umstiegstelle beim Bahnhof. Ich glaube mich gut erinnern zu können, daß wir das einstimmig beschlossen haben und wir uns sehrwohl, zum damaligen Zeitpunkt, unserer Sinne waren, daß das Anfahren der Autobusse in der jetzigen Form nicht mehr sein wird. Das war uns allen damals bewußt. Ich glaube, das war auch gar nicht so schwer zu durchschauen, was da auf einmal auf uns zukommt, sondern wir haben ja selber alle kritisiert, daß die Busse draußen stehen, 4, 5, zu den Stoßzeiten, daß das eigentlich sehr störend ist. Ich glaube, daß hier das doch etwas übertriebene Gejammer, das stattfindet, nicht zeitgerecht ist. Ich würde auch davor warnen, ich habe das schon ein paar Mal gesagt, weil es gibt natürlich auch Erkenntnisse, wenn sich einige immer Krankjammern, daß die Gefahr sehr schnell da ist, daß sie wirklich krank werden. Diese Erfahrung hat man auch schon gemacht. Heute Vergleiche herzustellen, meine sehr verehrten Damen und Herren, mit Steyrdorf, ich glaube, da sollen wirklich die reden, welche die Entwicklung von Steyrdorf kennen. Ich traue mir, zumindest in der kritischen Phase der Entwicklung von Steyrdorf, zu sagen, was dort die Ursachen waren. Ich habe nämlich dort gewohnt. Beginnend 1964 bis Mitte der 70iger Jahre habe ich dort gewohnt. Da hat man schon 1964 erkennen können, da war ich damals noch ein Jüngling, aufgrund der Struktur, die sich in Steyrdorf entwickelt hat, daß es ein Stadtteil ist, der herunterkommen wird, der aussterben wird. Es waren damals schon die Anzeichen da. Da war bei weitem noch nicht die Rede davon, Herr Mayrhofer, daß wir dort einmal eine Fußgängerzone haben werden. Da sind noch die 600er und die 850iger hinaufgefahren. Das war in Wirklichkeit kein Problem. Es waren Strukturprobleme die auch von der damaligen Kaufmannschaft mit dazu beigetragen haben. Man hat den neuen Umständen, den anderen Anforderungen der Kunden, nicht Rechnung getragen. Wenn man sich an die Geschäfte in der Sierninger Straße erinnert, dort hat man nichts getan, da sind die Kopfpolster und die Tuchenten in der Auslage drinnen gewesen und man hat überhaupt nicht den Bedürfnissen und Wünschen der Kunden Rechnung getragen. Es war eine gewisse Überalterung in diesem Bereich vorhanden. Das muß man auch sehen, wo die Bereitschaft nicht gegeben war von den dortigen Betreibern, eine neue Ära einzuleiten. Dann ist noch die Zeit dort dazugekommen, wo hier die Häuser gekauft wurden und für andere Zwecke, nicht unbedingt zu unserer Freude, ausgenützt worden sind, wo hier Beschäftigte aus anderen Ländern nach Steyr geholt wurden. Das haben auch welche gesehen und haben ein Geschäft gespannt und haben dort die Häuser gekauft und haben damals schon, Anfang der 70iger Jahre, sind dort die Leute untergebracht. Die Hausbesitzer haben auch ihren Beitrag dazu geleistet. Man hat in diesem Bereich überhaupt nichts investiert. Das waren die Ursachen, warum Steyrdorf so weit gekommen ist, wie es letztendlich dann gewesen ist. Ich glaube, das kann man aus diesem Bereich des Stadtplatzes nicht sagen. Ich glaube, daß wir hier sicherlich verantwortungsvoll waren, und da möchte ich auch auf den Leserbrief des Herrn Furtner hinweisen. Ich glaube, daß wir alle versuchen verantwortungsvoll umzugehen, aber auch in der anderen Richtung. Wir haben die Verantwortung mit den Steuergeldern umzugehen. Das ist schon angeschnitten worden. Wir haben beachtliche Abgänge im öffentlichen Verkehr, wenn wir reden, wo können wir da evt. den Abgang reduzieren, dann fällt uns eigentlich relativ wenig ein, weil wir alle, an dem was wir selbst errichtet und beschlossen haben, hängen und weil ein Zurück immer sehr schwer ist. Mit der Linienführung, die wir ja wirklich ausführlich diskutiert haben, daß es möglicherweise nicht das Gelbe vom Ei ist, das will ich gar nicht behaupten, aber daß es auch unter wirtschaftlicher Betrachtung, aus momentaner Sicht, sicherlich vertretbar ist, einen, so wie wir für unsere Fraktion definiert und unsere Position dazu bezogen haben, daß, wenn wir die Erkenntnis machen, innerhalb kurzer Zeit, Nachjustierungen machen müssen, daß das auch möglich ist. Es war immer die Befürchtung, wenn man eine zusätzliche Linie einführen muß, daß es vielleicht monatelang dauert, daß wir keinen Autobus zur Verfügung haben, daß dann diese Entwicklung nicht mehr in den Griff zu bekommen

ist. Die Befürchtungen waren da. Ich glaube, daß das in den Gesprächen im Kommunalausschuß ausführlichst ausdiskutiert worden ist, daß das dort sehrwohl eine ganz klare Aussage, auch der Verantwortlichen, war, daß wir innerhalb von drei Wochen in der Lage sind, wenn wir sehen, daß die jetzige geplante Linienführung nicht ausreichend ist, daß hier seitens der Bevölkerung Widerstände sind, daß wir Ansätze sehen, daß das nicht gescheit war, was wir getan haben, dann können wir innerhalb von drei Wochen nachjustieren und den dementsprechenden Bedürfnissen Rechnung tragen. Ich glaube auch, daß der Stadtplatz von einem Aussterben und einem Kaufkraftverlußt, was prognostiziert wird, daß das sicher nicht das Ausmaß ist, daß wir bestimmte andere Entwicklungen, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch nicht aufhalten können. Wir können nicht sagen, am Stadtplatz muß alles zu kaufen sein und es dürfen rundherum keine Geschäfte angesiedelt werden, daß auch dies eine kurzsichtige Politik wäre, weil wir nämlich genau sehen, wo die großen Handelsketten hin ausweichen und Steyr ist halt nicht so groß, daß es kein Problem ist, in Richtung Dietachgrenze oder in Richtung Garsten an die Grenze zu fahren. Das sind heute Distanzen, die mit dem Auto oder auch mit dem öffentlichen Verkehrsmittel relativ leicht und kurzfristig erreichbar sind, daß wir diese Politik mit der Ansiedlung an der Ennser Straße und mit dem Ausbau Forum, daß dies nicht verhinderbar ist und auch der Stadtplatz mit dem nicht gefährdet ist. Das lebt. Gerade sie, von der ÖVP aber auch von der FPÖ, die das zum Teil mitkritisiert haben, sollten hier schon eine offensive Politik betreiben. Nicht, gerade was sie immer vorgeworfen haben, die Industriebetriebe in Steyr, die vergangenen, da ist nichts verändert worden, dort hat man nichts getan, darum hat das geendet. Wenn man heute das ein bißchen nachvollziehen würde, was sie heute fordern, würde die Gefahr wesentlich größer sein.

Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

Danke Herr StR Bremm. Eine Wortmeldung habe ich noch. Herr GR Lengauer bitte.

Gemeinderat Engelbert Lengauer:

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, sehr geehrte Gäste. Ich möchte jetzt genauso, wie viele meiner Vorredner, nicht zum Tagesordnungspunkt reden, ...

*Gelächter*

Gemeinderat Engelbert Lengauer:

... sondern einfach auch zur Busgestaltung und zur Linienführung, aber nicht so lange wie meine Vorredner. Ich möchte nur vier Sätze sagen. Es ist jetzt so viel über Wirtschaftlichkeit, über wunderschöne Linienführungen gesprochen worden. In Wirklichkeit sind die Fahrgäste, welche die Busse nun benützen sollen, sehr wenig vorgekommen. Ich möchte jetzt nur darauf hinweisen und bitten, wirklich die Linienführungen noch einmal zu überprüfen, ob sie denn auch wirklich den Bedürfnissen der Fahrgäste entsprechen, denn da sind noch einige, wirklich grobe, Fehler drinnen. Ich habe bei meiner Fernsehdiskussion schon auf einige Fehler hingewiesen. Ich möchte die jetzt nicht anführen, aber ich möchte wirklich ersuchen, daß man überlegt, welche Leute wirklich dringendst unsere Busse brauchen. Das sind die alten Leute, die Behinderten und die Frauen mit ihren Kinderwägen. Ich bitte darum, nicht jetzt da in wunderbaren Ergüssen und auch nicht im politischen Hickhack herumzuwerfen, sondern wirklich noch einmal die Linienführungen auf alte Leute, auf Frauen mit Kinderwägen, auf Kinder zu durchleuchten und Möglichkeiten noch zu schaffen, damit für die Leute das noch ein bißchen günstiger wird. Das möchte ich wirklich bitten

und ersuchen, bevor man die ganzen neuen Linien einführt.

*Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre*

Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

Danke Herr GR Lengauer. Das war die letzte Wortmeldung. Schlußwort Herr Referent bitte.

Bürgermeister hermann Leithenmayr:

Ganz kurz.

Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

Es geht um den Vertrag, Abschluß einer Vereinbarung mit den Österreichischen Bundesbahnen.

*Gelächter*

Bürgermeister Hermann Leithenmayr:

Danke für diesen zweckdienlichen Hinweis. Ich möchte trotzdem zu diesen Vertrag etwas sagen, weil bei einer der letzten GR-Sitzungen bin ich ja heftig kritisiert worden, weil es den Vertrag noch nicht gibt. Ich habe damals versucht zu erklären, daß ich mich eigentlich 12 Jahre um das Projekt Bahnhofsüberbauung bemühe, daß ich viele, viele Gespräche geführt habe, daß das Projekt x-mal ziemlich klinisch tot war, daß wir das endlich doch zustande gebracht haben, als Schlüsselprojekt für die Umsetzung des Verkehrskonzeptes nach Prof. Stickler, daß wir alles beschlossen haben. Im Übrigen muß ich sagen ist es mir anscheinend noch immer nicht gelungen zu erklären, daß immer dieser Bahnhofsvorplatz, jedenfalls seit wir das Projekt in dieser Form beschlossen haben, vorgesehen war als Busbahnhof für die städtischen Busse zu dienen. Das war immer integrierender Bestandteil des Gesamtprojektes und so mit den Bundesbahnen beschlossen. Die Änderung und die Schwierigkeit, im Hinblick auf die Erreichbarkeit dieses Platzes, der den Bundesbahnen gehört hat, hat sich nur deswegen ergeben, weil die Bundesbahnen aus dem Bundesbudget ausgegliedert haben, sich dort auch eine neue Gestion breit gemacht hat und die die Chance gesehen haben noch einmal bei der Stadt abzukassieren und uns dieses Grundstück zu verkaufen, möglichst teuer. Wir wissen, da gibt es ein signifikantes Beispiel, daß dort sogar für 3 m<sup>3</sup>, für einen Würstelstand, enorme Beträge von den Bundesbahnen verlangt wurden. D.h., also, daß das Problem erst in aller jüngster Zeit überhaupt aufgetaucht ist, weil die Bundesbahnen dazu plötzlich eine andere Haltung eingenommen haben. Ich habe mich also hier mit dem Gernaldirektor-Stellvertreter der Bundesbahnen, Herrn Heinitz, mit dem zuständigen Vorstandsdirektor, Herrn Proksch, mit den zuständigen Bundesbahnbeamten in Oberösterreich, auseinandergesetzt, und habe, weil unsere Beamten sich wirklich seit Sommer vergangenen Jahres, da ist das offenkundig geworden, intensiv bemüht haben, selbst diese Verhandlungen geführt und zu einem, wie ich glaube, rechtzeitig noch guten Ergebnis gebracht. Und zwar durch Verhandlungen, bilateral mit den Linzern der ÖBB und der zentralen Dienststelle in Wien. Jetzt haben wir das auf den Tisch liegen und es sollte heute beschlossen werden. Was wir da heute abgeführt haben war, im Zusammenhang mit diesem Vertrag, den wir uns alle sehr gewünscht haben und wo wir sehnlichst darauf gewartet haben, eine Debatte über Sinn und

Unsinn der Bushaltestelle dort drüben überhaupt. Dazu bitte, meine Damen und Herren, und das ist ja mehrfach gesagt worden, gibt es einstimmige Beschlüsse. Nicht nur einen sondern mehrere Beschlüsse, die alle protokolliert sind. Ich erinnere daran, daß die Touristen, auch irgendwie eine bedeutsame Angelegenheit, das höre ich immer wieder, zumindest von den Kaufhausleuten am Stadtplatz, immer wieder massiv kritisiert haben, auch der Tourismusverband und die Kaufleute selbst, weil sie es von den Touristen gehört haben, daß wir bis zu 6 Großraumbussen vor dem Wahrzeichen unserer Stadt stehen haben, daß das ein Wahnsinn ist, daß nie eine Stadt das auf längere Zeit so machen kann, ob wir denn noch ganz dicht sind, daß wir das nicht ändern. Vor dieser Diskussion und dem Hintergrund haben wir einstimmige Beschlüsse getroffen. Ich gebe ja nicht immer Herrn Dr. Pfeil Recht, so blumig will ich heute auch gar nicht werden, wie er heute zu der Form aufgelaufen ist, aber fest steht, daß wir im Jahr 1996 das Thema neuerlich aufgegriffen haben, daß wir damals einhelliger Auffassung waren, wir sollten die Fertigstellung der Bahnhofsüberbauung nicht abwarten und schon vorher die Busumsteigestelle noch drüben, am Bahnhof, zu verlegen. Lediglich an den hohen Kosten, die uns die Stadtwerke dann vorgerechnet haben, Verkehrsmaßnahmen die notwendig gewesen wären und, daß das ein verlorener Aufwand gewesen wäre, daran ist das gescheitert. Das haben die Stadtwerke in Wirklichkeit verhindert. Wir hätten es politisch alle haben wollen. Jetzt haben wir das alles und jetzt geht es darum, wenn dort drüben der Bahnhof ist und die zentrale Umsteigestelle, daß sich dort an der Linienführung etwas ändern soll. Das hätte vielleicht auch ohne dieser Veränderung der Hauptumsteigestelle passieren müssen, weil von Zeit zu Zeit muß man sich nämlich ansehen wie die Frequenzen und die Bedürfnisse der Leute sind. Jetzt machen wir nichts anderes als wirklich auf die Fachleute zu vertrauen, was die glauben und vorschlagen und das wollen wir zunächst einmal darstellen. Nicht als Beton sondern natürlich mit der Möglichkeit, das, wenn wir Erfahrungswerte sammeln, auch im Verhalten der Leute, sicher auch justieren wird müssen und können. Das ist unser Vorgang. Wir haben das schon einmal umgekehrt auch gemacht. Ich erinnere mich noch an die Häme, die uns begegnet ist, wie wir geschlagen worden sind, daß wir um 12 Millionen Schilling Citybusse gekauft haben. Übrigens auch nach Vorschlag von Prof. Stickler und abgesegnet, was die Linienführung anbelangt und verlangt, mit Unterschriften aus allen Stadtteilen. Das werde ich nie vergessen. Das war nämlich ein Fehler. Man merkt sich das. Wir haben dann festgestellt, daß die Leute nicht in die Busse eingestiegen sind, zumindest in eine Reihe dieser Busse auf verschiedenen Linien. Die schlechteste Auslastung, habe ich irgendwo noch im Kopf, war die Kegelpriel/Kohlanger Linie. Da waren wir nämlich unter 5 % Auslastung. Hunderte Schilling kostet jeder einzelne Fahrgast der fährt. Das haben wir dann festgestellt. Wir haben es alle gewußt, daß wir einige Linien einstellen hätten müssen. Wir haben es alle gewußt, aber da haben die Meisten hier herinnen Robin Hood gespielt und haben gegen diesen Entschluß die Bevölkerung verteidigt. Wie endlich, weil die Herren des Rechnungshofes heute unter uns weilen, der Rechnungshof uns das ins Stammbuch geschrieben hat, dann haben wir uns getraut. Dann haben wir also einige dieser ganz defizitären Linien zurückgenommen. So war es ja in Wirklichkeit. Worauf aber prompt wieder die gekommen sind, die vorher unterschrieben und geschrien haben um die Linien, die zwischenzeitlich nicht eingestiegen sind, die sind dann alle wieder gekommen und haben protestiert gegen diese Maßnahmen. Was lernen wir daraus? Das sagt meine Tochter im Kindergarten zu den Kindern. Wir dürfen nicht ein Überangebot unterbreiten, sondern wir müssen ein von Fachleuten richtig eingeschätztes Angebot unterbreiten, das wir verbessern können, wenn wir diesen Bedarf sehen. Das ist in Wirklichkeit die Philosophie. Natürlich können wir nachjustieren, aber es soll sich doch um Gottes Willen von uns da nicht jeder einbilden, wo wir doch wirklich das nicht unbedingt ein jeder so gut verstehen, wie man so einen Fahrplan und so eine Linienführung macht, er weiß es am besten. Ich finde, das ist eher lächerlich. Vor einem warne ich noch, auf alle anderen Dinge möchte ich gar nicht eingehen, daß seit einem Zeitraum von ungefähr 2 Jahren, oder so ungefähr in der zeitlichen Gegend, ununterbrochen versucht wird, den Stadtplatz sterben zu lassen. In irgendeiner Form. Ganz gleich welches Projekt außerhalb des Stadtplatzes von irgendeinem Investor angesprochen wird, wo irgendetwas passiert, wir lassen den Stadtplatz sterben. Das ist eine Unsinnigkeit erster Ordnung und hat mit Marketing überhaupt nichts zu tun. Das ist genau das Gegenteil. Man kann nämlich jeden Platz so lange kritisieren, als schlecht hinstellen, daß er wirklich schlecht wird. Ich glaube nicht in Wirklichkeit, daß die Geschäftsleute am Stadtplatz glauben, daß der Stadtplatz so schlecht ist. Ich warne davor diese Politik fortzusetzen, bei jeder Gelegenheit den Stadtplatz sterben zu lassen. Es wird uns nämlich irgendwann dann fad,

zusätzlich Marketing-investitionen und -aufwendungen in erheblichem Ausmaß zu finanzieren, wenn da eigentlich so konkret dagegen gearbeitet wird. Wir sollten die Stadt verkaufen, wir sollten den Stadtplatz verkaufen, er verdient es sich auch, wir sollen unterstützen, so gut es geht, aber wir sollen ihn nicht bei jeder Gelegenheit sterben lassen. Ich habe eh gerade zum Kollegen Stieglitz draußen gesagt, weil er Makler ist, wenn du ununterbrochen sagst, mein Betriebsobjekt, mein Grundstück, das ist der Arsch der Welt, das ist so schlecht und es geht dahin, dann brauchst du dich nicht wundern, wenn es dann wirklich schlecht ist und wenn es dann wirklich nichts mehr wert ist und wenn du dann keinen guten Preis dafür mehr bekommst, wenn du es verkaufen willst. Ich bitte das auch bei dieser Gelegenheit zu bedenken. Jetzt möchte ich eigentlich nur noch haben, daß wir den Vertrag auch wirklich rechtskräftig machen, daß wir dort drüben zu bauen beginnen können.

*Beifallskundgebung verschiedener Mandatare*

Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

Danke für das Schlußwort. Wir kommen nun zur Abstimmung den Vertrag Pkt. 6) der Tagesordnung. Wer ist für diesen Vertrag? Danke. Gegenprobe. Wer enthält sich der Stimme. 1 Enthaltung (LIF). Wer ist dagegen? 1 Stimmenthaltung ist zu protokollieren. Ich bedanke mich bei Herrn Bürgermeister Leithenmayr für seine Anträge und schlage vor, daß wir bis 18.05 Uhr eine Pause machen.

**Pause von 17.45 Uhr bis 18.15 Uhr.**

Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Wir kommen nun zur Berichterstattung aus dem Bereich Vizebürgermeisterin Friederike Mach. Herr Bürgermeister Leithenmayr wird diese beiden Punkte vortragen. Ich erteile ihm dazu das Wort.

Bürgermeister Hermann Leithenmayr:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates. In diesem Antrag behandeln wir die städtischen Kindergärten und Horte, eine Änderung der Gebührenregelung. Wie sie wissen hat zu diesem Thema eine rund  $\frac{3}{4}$ -jährliche Beratung und Ausschußaktivität stattgefunden. Unterschiedlichste Tarifvorschläge sind diskutiert worden. Man hat sich also nicht auf eine einhellige Vorgangsweise verständigen können. Es ist im Hinblick auf die Meinungsäußerung alles nur sehr schleppend über die Bühne gegangen. Zum Unterschied dazu hat man sich über Änderungen im Bezug auf verwaltungstechnische Angelegenheiten, aber auch im Hinblick auf Ermäßigungen, bei Mehrkinderfamilien einhellig im Ausschuß geeinigt. Ich darf ihnen nunmehr den Antrag vortragen.

Kdg-1/99

Städtische Kindergärten und Horte; Änderung der Gebührenregelung.

Der Gemeinderat möge beschließen:



Aufgrund des Amtsberichtes des GB V/FA für Sozialrechtsangelegenheiten wird die Gebührenregelung für die städtischen Kindergärten und Horte, zuletzt geändert mit GR-Beschluß vom 3.7.1992 und 7.7.1994, wie folgt geändert:

#### **Rückverrechnung des Elternbeitrages bei Erkrankung des Kindes:**

Bei krankheitsbedingter Abwesenheit eines Kindes in einem Zeitraum von max. 4 Wochen bzw. 20 Arbeitstagen ist der Elternbeitrag zu entrichten. Dauert die Erkrankung eines Kindes länger als durchgehend 4 Wochen bzw. 20 Arbeitstage, so wird für den 4 Wochen überschreitenden Krankheitszeitraum der Elternbeitrag nicht fällig. Der Nachweis der Erkrankung erfolgt mittels ärztlicher Bestätigung.

#### **Beitragsermäßigung beim Kindergarten oder Hortbesuch durch mehrere Kinder:**

Wenn Geschwister gleichzeitig einen Kindergarten oder Hort der Stadt Steyr besuchen, wird für das 2. Kind eine Ermäßigung von 30 % des Elternbeitrages gewährt; für jedes weitere Kind wird **kein** Elternbeitrag vorgeschrieben (Nulltarif).

#### **Bemessungsgrundlage fürselbständig Erwerbstätige:**

Als Bemessungsgrundlage für selbständige Erwerbstätige wird die Beitragsgrundlage der Sozialversicherungsanstalt der Gewerblichen Wirtschaft herangezogen. Die Beitragsgrundlage setzt sich aus den Einkünften des Gewerbebetriebes laut Einkommenssteuerbescheid, zuzüglich Investitionsrücklage, Investitionsfreibetrag, Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung sowie einem Aktualisierungsfaktor, zusammen. Für selbständige Erwerbstätige, die bei der Gebietskrankenkasse versichert sind, wird ebenfalls diese Beitragsgrundlage zur Berechnung des Elternbeitrages herangezogen. Die entsprechenden Unterlagen sind vollständig und zweifelsfrei bei der Anmeldung vorzulegen. Unterbleibt die Vorlage oder wird diese nur mangelhaft erbracht, gelangt der Höchstbetrag zur Vorschreibung. Änderungen der Einkommenssituation sind unaufgefordert bekanntzugeben.

#### Weitergeltung der übrigen Bestimmungen:

Die sonstigen Bestimmungen über die Berechnung, Vorschreibung und Einhebung der Elternbeiträge (Tarife) bleiben weiterhin in Geltung.

#### Inkrafttreten:

Dieser Beschluß tritt mit Wirkung vom 1. September 1999 in Kraft.

Ich darf sie bitten diesen Antrag zu debattieren bzw. dann eine Beschlußfassung herbeizuführen.

Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

Danke für den Vortrag. Zu Wort gemeldet hat sich GR Reznar. Ich erteile es ihr.

Gemeinderätin Elfriede Reznar:

Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren. Es ist schon eigenartig, wie man offenbar im Alleingang und mit Hilfe der Medien einen Entscheid manipulieren kann. Sozialausschußsitzungen, Sondersitzungen zum Thema Tarife für die städt. Kindergärten und Horte, in denen gute und gedeihliche Arbeit geleistet wurde, werden ignoriert. Hier erhebt sich die Frage, ob es überhaupt noch sinnvoll ist, eigene Meinungen im Sozialausschuß einzubringen, wenn diese ohnehin immer ignoriert werden. Die in der Sitzung vom 16.12.1998 gemeinsam erarbeitete Tarifvariante sollte bis zum 20.1.1999 in den Fraktionen behandelt werden. Da die freiheitliche GR-Fraktion gerade dieses Thema sehr ernst nimmt, haben wir Herrn Dr. Starzengruber gebeten, diese Variante in unserer Fraktionssitzung noch einmal vorzustellen, was dieser in seiner Freizeit, sachlich und anschaulich, tat. Die gesamte Fraktion stand und steht hinter dieser Variante, die uns gerecht und durchführbar erscheint. Wir haben auch Hr. Dr. Starzengruber gefragt, ob aufgrund dieses Gespräches noch eine schriftliche Fraktionsstellungnahme erfolgen soll, was er verneinte, da er nun unsere Stellungnahme als gegeben erachtet. Womit ich allerdings nicht gerechnet habe, ist die Tatsache, daß ein so hoher Beamter, den ich immerhin sehr schätze, die mündliche Zusage dann doch nicht ernst nimmt und behauptet, die Freiheitlichen hätten keine Stellungnahme abgegeben. Wir sind der Meinung, daß die am 16.12.1998 ausgearbeitete Variante für die Kindergartenartarifneugestaltung eine gute und durchführbare Lösung bedeutet und können daher heute einer Beschlußfassung lt. Amtsbericht vom 8.2.1999, welche die Beibehaltung der derzeitigen Tarife vorsieht, nicht zustimmen. Deshalb haben wir gemeinsam mit der GR-Fraktion der ÖVP einen Zusatzantrag vorbereitet, in dem die in der Sondersitzung vom 16.12.1998 festgelegte Variante umgesetzt werden soll. Immerhin wurde diese Variante auch von der sozialdemokratischen Fraktion am 16.12.1998 als tragbar und gerecht erachtet. Ich bitte sie daher dem Antrag, im Zusammenhang mit unserem Zusatzantrag, die Zustimmung zu erteilen. Ich darf hiemit den Zusatzantrag vorlesen.

### **Freiheitliche Gemeinderatsfraktion**

GR Elfriede Reznar

### **Gemeinderatsfraktion der ÖVP Steyr**

GR Claudia Pramendorfer

## **Zusatzantrag**

Gemäß § 9 Geschäftsordnung des GR der Stadt Steyr der im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion sowie der Gemeinderatsfraktion der ÖVP Steyr zum Tagesordnungspunkt 7) der Gemeinderatssitzung vom 4.3.1999.

Die für die Sondersitzung des Sozialausschusses vom 16.12.1998 von der zuständigen Fachabteilung erarbeitete Neugestaltung der Kindergartenartarife haben in dieser Sitzung breite Zustimmung gefunden.

Der vorliegende Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat wird daher mit beiliegendem Amtsvorschlag als Zusatz ergänzt. (Beilage)

Ich bitte um Zustimmung.

Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

Danke. Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich GR Pramendorfer.

Gemeinderätin Claudia Pramendorfer:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Wie der Herr Bürgermeister schon erwähnt hat, wurde ja fast vor einem Jahr die Reform der Kindergartentarife im Sozialausschuß angegangen und ich glaube ich übertreibe nicht, wenn ich einmal feststelle, daß quer über alle Parteigrenzen hinweg im Vordergrund gestanden ist, die Kindergartentarife noch sozialer zu gestalten. Jetzt gibt es natürlich zu jedem Ziel unterschiedliche Wege, das liegt in der Natur der Sache, aber das Ziel hat eigentlich immer gelautet, mehr Beitragsgerechtigkeit. Wir, von der ÖVP, haben darunter verstanden, erstens einmal mit niedrigeren Tarifen zu beginnen, so eine Art, ich würde es einmal als „Einschleichregelung“ bezeichnen. Zweitens, wenn man es als Kurve sehen will, die Kurve im ersten Teil so zu verflachen, daß die niedrigeren Einkommensbezieher entlastet werden und drittens, das war für uns auch ein wichtiger Punkt, die obere Grenze sozusagen nicht mit S 1.300,--, vollkommen unabhängig vom Familieneinkommen, enden zu lassen. Jetzt hat die Beamtenschaft in sehr mühevoller Arbeit, und dafür möchte ich mich wirklich sehr herzlich bedanken, Modelle erarbeitet. Aufbauend und vertrauend auf diese Modelle haben wir schließlich dem schon angesprochenen Vorschlag 8) zugestimmt, obwohl, und das muß ich auch sagen, er war nicht das Ziel unserer Wünsche. Wir könnten uns noch Verbesserungen vorstellen, aber Demokratie ist Kompromiß und dieser Kompromiß war für uns tragfähig. Es hat allerdings keine Abstimmung in irgendeinem Gremium über diesen Vorschlag gegeben. Daher war ich ziemlich erstaunt, als ich aus der Zeitung erfahren habe, daß sich die Parteien nicht einigen konnten. Für die ÖVP möchte ich dazu schon ganz klar und deutlich festhalten, daß wir uns diesem Beamtenvorschlag, Vorschlag 8), angeschlossen haben. Es liegt also daher nicht an uns, wenn es keine Entlastungen für die Familien gibt. Da mir bis zur Stunde auch kein Argument bekannt ist, warum wir das nicht machen sollten, haben wir, gemeinsam mit der freiheitlichen GR-Fraktion, diesen Zusatzantrag vorbereitet und ich würde sie bitten, diesen Zusatzantrag zu unterstützen. Danke.

Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

Danke Frau Pramendorfer. Frau GR Frech bitte.

Gemeinderätin Mag. Michaela Frech:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste. Ja, Anlaßfall für die Neugestaltung der Tarife der städt. Kindergärten war ja, daß sich herausgestellt hat, daß Steyr nicht unbedingt zu den durchschaubarsten Modellen zählt und, daß in Steyr die soziale Verträglichkeit nicht unbedingt am besten ist, im Vergleich der Statutarstädte. Was mich sehr verwundert hat, war die Aussage der Frau Vzbgm. Mach in der Presse, wo man lesen konnte, daß es also erstens einmal, und das weise ich vehement zurück, von keiner anderen Partei einen Vorschlag oder eine Rückmeldung gegeben hätte außer der ÖVP. Also, es gab auch seitens des Liberalen Forums selbstverständlich zeitgerecht einen Vorschlag an das Sozialamt, wie eine neue Tarifregelung aussehen könnte bzw. eine Stellungnahme zu diesem Beamtenvorschlag der Variante 8). Ich weiß aus dem Gespräch der letzten Fraktionsvorsitzendenkonferenz, daß auch die Grünen ihre Stellungnahme zeitgerecht eingebracht haben. Da muß ich schon sagen, da bin ich etwas erstaunt, wenn hier letztlich Unwahrheiten in einem Interview von sich gegeben werden. Ja, ich kann es leider

nicht so halten wie meine Vorrednerin die Frau Pramendorfer, die sagt, sie findet kein Argument, warum man diesem Amtsvorschlag nicht die Zustimmung erteilen sollte. Ich finde sehrwohl Argumente dafür. Für mich war der Ausgangspunkt, mir einmal anzusehen, wie die Tarife in Linz und in Wels geregelt sind. Sowohl in Linz wie auch Wels, ist schlichtweg die Tatsache die, daß man einen viel gleitenderen Tarif hat. In Linz derzeit von S 229,-- bis S 1.547,-- und in Wels von S 164,-- bis S 1.324,-- und einen Nulltarif, den es selbstverständlich auch gibt. In Steyr hingegen waren wir bisher gleich beginnend mit S 670,-- und haben dann bei S 1.330,-- geendet. Unser Wunsch ist es, daß es auf jeden Fall ein Gleitmodell gibt und der Vorschlag der Variante 8) entspricht meines Erachtens nicht einem Gleitmodell, wenn sie wieder gleich mit S 400,-- ansetzen. Das ist für mich kein Gleitmodell. Die soziale Ausgewogenheit wird meines Erachtens in diesem Amtsvorschlag auch nicht erfüllt und zwar deshalb, weil die mittleren Einkommen durchaus stärker belastet werden. Was mich in der Diskussion immer etwas irritiert hat, war die Sache, daß man immer eine Obergrenze einziehen wollte. Ich bin der Auffassung, wenn jemand ein sehr, sehr hohes Einkommen hat, dann soll er auch in Richtung Kostendeckungsbeitrag zahlen oder bzw. richtig in 100 % Kostendeckung. Darüber sollte man zumindest diskutieren. Das war auch die Stellungnahme die zeitgerecht an das Sozialamt ergangen ist, wo die Gründe angeführt worden sind, daß wir uns sehrwohl für die Neuregelung im Bereich der Rückvergütung aussprechen, da dies unter anderem auch positive, finanzielle Auswirkungen auf den Stadthaushalt mit sich bringt. Aber was die neue Tarifgestaltung anbelangt, so habe ich auch im Ausschuß des Öfteren darauf hingewiesen, daß es sich eigentlich um ein reines Nullsummenspiel handelt. Das ist ja auch immer bestätigt worden. Der Abgang durch die städt. Kindergärten wird durch die Tarifänderung, nicht durch die Rückvergütung, durch die Rückvergütung sehr wohl, aber durch dieses Tarifmodell der Variante 8), höchstwahrscheinlich nur marginal oder gar nicht sinken. Aber das sollte gerade auch eines der Ziele der Tarif-änderung sein, einen höheren Kostendeckungsgrad zu erreichen. Ein weiteres, sehr wichtiges Ziel sollte der Bereich der sozialen Gerechtigkeit und der Treffsicherheit sein. Da sollte man meines Erachtens die Tarife nicht bei einem Haushaltsbruttoeinkommen von beispielsweise S 40.000,-- enden lassen. Ja, die Sprünge zwischen den einzelnen Tarifen sind gerade bei den unteren Einkommensbereichen größer ausgefallen als bei den oberen Bereichen. Fazit ist dann, daß jemand mit einem geringeren Einkommen einen prozentuell ungleich höheren Betrag seines Einkommens für den Kindergartenplatz verwenden muß, als jemand mit einem sehr viel höheren Einkommen. Das ist nicht der Punkt, den ich unter soziale Gerechtigkeit verstehe. Ich denke beispielsweise gerade an die unteren und zum Teil mittleren Einkommensschichten, gerade wenn welche auch mehr Kinder haben. Dieses Modell gefällt mir an Wels insofern ganz gut, weil es erstens dieses Gleitmodell beinhaltet und zweitens man auch Rücksicht darauf nimmt, wenn es sich um mehr Kinder handelt, nämlich nicht nur, daß man bei dem zweiten Kind 30 % Ermäßigung gewährt sondern, daß man auch bei der Bemessungsgrundlage S 2.000,-- oder S 1.800,-- abzieht. Auch das hätte man andiskutieren sollen.

Ich muß sagen, ich habe es sehr schade gefunden, daß man über die Medien hinweg irgendwo ein Ende der Diskussion verordnet hat. Ich hätte mir gewünscht, daß man sich noch einmal zusammensetzt und überlegt, wie könnte man diese soziale Treffsicherheit erreichen. Ich gebe zu, daß diese neue Variante des Amtsvorschlages ein bißchen mehr in Richtung soziale Verträglichkeit geht, als der alte Vorschlag, aber es ist mir trotzdem noch um eine Spur zu wenig bzw. noch um sehr viele Spuren zu wenig. Vor allem das, ich könnte mich evt. mit dem Ganzen noch anfreunden, wenn man sagt, gut wir probieren es mit diesem Modell für ein Jahr. Aber wenn wir jetzt eine Reform machen, dann soll es eine Reform sein und nicht eine, die wir nach einem Jahr wieder verändern. Deshalb ein „nein“ zu diesem Amtsvorschlag.

Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

Danke Frau Frech. Frau GR Radmoser bitte.

Gemeinderätin Edith Radmoser:

Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Aus welchem Grund auch immer diese Diskussion entstanden ist, es tut mir sehr, sehr Leid. Wie schon gesagt wurde, dieser 8. Amtsvorschlag, also, es ist daraus ersichtlich, wie lange darüber schon diskutiert wurde, wie viele Vorschläge ausgearbeitet wurden. Dieser 8. Amtsvorschlag ist der Vorschlag hinter dem die sozialdemokratische Fraktion voll und ganz gestanden ist und steht. In dieser Sitzung, am 16. 12., hat es geheißen, es soll jeder in seiner Fraktion darüber diskutieren und es soll schriftlich bekanntgegeben werden, ob die Fraktionen sich einverstanden erklären. Meines Wissens nach ist von der Frau Pramendorfer etwas Schriftliches gekommen und von sonst niemanden. Es hat geheißen: Schriftliche Zustimmung nur, wenn das auf einer breiten Mehrheit basiert, wird dieser Tarif dann geändert. Das ist nicht passiert. Wenn jetzt dieser Abänderungsantrag mit denselben Vorschlägen kommt, können wir selbstverständlich dem zustimmen, weil es war ja unsere Intention, daß dieser Vorschlag eben angenommen werden soll. Freilich Frau Kollegin Frech können wir noch 2 Jahre diskutieren, ob man nicht irgendwo noch etwas ändern könnte. Eine Lösung die allen gerecht wird, kann man wahrscheinlich nicht finden und, daß das ein Nullsummenspiel ist, das ist uns schon lange klar, daß das nicht zur Senkung des Defizits beitragen wird sondern lediglich, damit es gerechter verteilt wird, daß die mit geringerem Einkommen weniger bezahlen müssen. Was man unten nachläßt, muß man halt oben drauflegen, sonst geht sich ein Nullsummenspiel auch nicht aus. Ich hoffe nur, daß jetzt wenigstens dieser Vorschlag dann eine breite Mehrheit findet. Danke.

Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

Danke Frau Radmoser. Herr StR Bremm bitte.

Stadtrat Gerhard Bremm:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Wie schon angeführt, eine Diskussion die sich fast ein Jahr in der Frage von Gebühren hinzieht, zeigt eigentlich die unterschiedlichen Haltungen, die es zu einem Thema wie Gebühren gibt. Das haben wir gerade in den letzten Monaten und Wochen auch gesehen, wo wir über andere Tarife diskutiert haben, daß es halt hier sehr unterschiedliche Auffassungen dazu gibt. Natürlicherweise wäre die Idealvariante die, wenn die Kindergärten kostenlos wären. Die Idealvariante wird sich, für sie nicht, weil es vielleicht, nein, das sage ich jetzt nicht, aber zumindest nehme ich es für mich in Anspruch. Zu meiner Jugendzeit, wo ich nicht unbedingt ein sehr gutes Einkommen hatte, hätte ich mir gewünscht, wenn ich für den Kindergarten nichts bezahlen hätte müssen. Und deren Bürger gibt es viele in der Stadt, die den Kindergarten gerne kostenlos haben würden. Aus der Sicht der Eltern wäre das die Idealvariante. In Steyr ist die Diskussion auch deswegen immer sehr angeheizt in dieser Frage, weil es ja nur wenige Kilometer vom Zentrum her eine andere Tarifgestaltung gibt als in Oberösterreich. Das spielt es aber nicht. Das ist nicht der Fall. Wir haben halt andere gesetzliche Grundlagen, vom Landesgesetz her, wir verlangen Tarife. Die Frage, soziale Verträglichkeit, soziale Ausgewogenheit, über das kann man auch immer wieder diskutieren. Jeder wird unter diesem Begriff ein anderes Verständnis haben. Da bin ich davon überzeugt, weil das zeigt die Diskussion, die wir jetzt führen, die wir in den letzten Monaten darüber geführt haben. Wir haben 1994 die Tarife hier im GR festgelegt. Ich glaube, es war ein einstimmiger Beschluß. Wir waren damals der Meinung, daß die Tarife, die wir beschlossen haben, sozial ausgewogen und sozial verträglich waren. Wie wir heute schon einmal erlebt haben, in der vorhergehenden Debatte, ein paar Jahre später kommen einige andere Gesichter, die sehen das dann wieder anders. Das ist immer sehr relativ. Es wäre aber für uns, am Beginn der Diskussion,

wünschenswert gewesen, wenn wir hier über Kindergartentarife diskutieren, daß wir einerseits uns als Stadt Steyr nicht abheben im Vergleich zu Linz und Wels, daß wir hier weit weg von diesen Regelungen sind, sondern, daß wir uns hier in diesen Größenordnungen ungefähr wie Linz und Wels begeben. Darüber hinaus wäre es auch für uns wünschenswert gewesen, wenn man schon Kindergartentarife diskutiert, daß die Abgänge, das ist ja vorher angesprochen worden, 30 Millionen haben wir Abgang, daß wir hier eine bessere Situation hätten und, daß wir eine andere Situation erreichen könnten. Dies ist nicht aufgegangen. Das war schon am Beginn der Diskussion ersichtlich und erkennbar, daß das nicht der Fall sein wird. Von unserer Fraktion her war es das Bestreben, daß, wenn wir schon die Kindergartentarife bei einem weitgehenden Nullsummenspiel verändern, wir eine breite Zustimmung zwischen den Fraktionen erreichen. Das war unser Bestreben. Es ist hier auch im Sozialausschuß vereinbart worden, bis zu einem bestimmten Zeitpunkt von jeder Fraktion eine schriftliche Stellungnahme abzugeben. Jetzt wollen wir gar nicht Detektiv spielen, wer es getan hat und wer nicht.

*Zwischenrufe verschiedener Mandatäre*

Stadtrat Gerhard Bremm:

Die Meinung der beiden kleinen Fraktionen war ja weitgehend bekannt, von den Grünen und von ihnen Frau Frech, die war ja im Vorfeld schon weitgehend bekannt, daß sie irgendeiner Veränderung sowieso keine Zustimmung geben, weil ...

*Zwischenrufe verschiedener Mandatäre*

Stadtrat Gerhard Bremm:

Wartet einmal, laßt mich ausreden. Ich höre auch immer brav zu.

Gemeinderat Andreas Kupfer:

Weil wir sozial gerecht sind.

Stadtrat Gerhard Bremm:

Ihr seid sozial gerechter. Na sicherlich. Das habe ich eh gesagt. Das ist alles relativ. Das kann man endlos diskutieren. Dann kommen wir mit dem nächsten Vorschlag, das sozial Gerechteste ist, daß wir gar nichts verlangen, weil dann haben wir alle gleich behandelt.

Gemeinderat Andreas Kupfer:

Das sagt eh LR Haider.

Stadtrat Gerhard Bremm:

Aber die Frage ist ja auch die des Bezahlens. Dann müßt ihr aber auch natürlich alle Vorstellungen, Überlegungen und Vorschläge einbringen, wie wir das dann finanzieren. Das gehört nämlich auch dazu. Also, die Position der beiden kleinen Fraktionen war relativ klar, daß zwischen dem Beamtenvorschlag und ihren Vorstellungen eine doch große Kluft vorhanden ist, daß es hier auf Beamtenvorschlag keine Einigung geben wird und geben kann. Das war schon sehr klar zu erkennen. Es ist dann, wie gesagt, im Sozialausschuß vereinbart worden, daß die Stellungnahmen schriftlich abgegeben werden. Es hat hier die ÖVP, natürlich, wenn da so fliegende Wechsel sind, sollte man das dazu anmerken, wenn hier ein Papier von der Frau Pramendorfer unterschrieben wird, daß das auch die Fraktionsmeinung ist. Ich glaube, daß wir das einfach notwendig haben, das haben wir heute schon einmal vom Kollegen Stieglitz gehört. Er hat gesagt: Das ist meine Meinung, die ich da habe. Was der Kollege im anderen Ausschuß hat, das ist sein Kaffee, das geht mich nichts an.

Gemeinderat Siegfried Stieglitz:

So habe ich das nicht gesagt.

Stadtrat Gerhard Bremm:

Na sicherlich haben sie es so zum Ausdruck gebracht. Ich habe es so verstanden Herr Stieglitz. Also, dann sollte es schon einen gewissen offiziellen Charakter bekommen. Aber wir haben das trotzdem akzeptiert, daß die ÖVP diesen Vorschlag eingebracht und sich auf Basis des Beamtenvorschlages befunden hat, wobei sie natürlich sagen, das ist ein erster Ansatz. Eines muß auch klar sein, wir können nicht eine Dauerdiskussion über Kindergartentarife führen. Das ist nicht sinnvoll und zweckmäßig. Die Leute draußen müssen sich auch an irgend-etwas orientieren können, daß das auch wieder einmal einige Jahre hält. Die FPÖ, und das ist auch sehr klar schon von Frau Reznar gesagt worden, daß sie sich zwar gegenüber dem Geschäftsbereichsleiter geäußert haben, aber das was ihr im Sozialausschuß ausgemacht habt, daß eine schriftliche Stellungnahme abgegeben wird, das ist nicht getan worden.

Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

Wo ist denn die schriftliche Stellungnahme der SPÖ?

Gemeinderat Siegfried Stieglitz:

Formalismus!

Stadtrat Gerhard Bremm:

Na sehen sie eh, Herr Dr. Pfeil, der Herr Stieglitz vertritt im vorgehenden Thema eine andere Position wie die Kollegen im Ausschuß vertreten haben. Es ist einfach so, wenn man das im Ausschuß ausmacht, dann sollte man sich auch daran halten. Dann würden nicht solche

Diskussionen entstehen wie das jetzt passiert ist. Es ist für uns dann erstmals bei der StS-Sitzung vom 25.2., wo hier der Antrag, der heute eingebracht wurde, deutlich erkennbar, auch seitens der Freiheitlichen, die Position eingenommen worden, daß sie auf Basis des Beamtenvorschlages ihre Zustimmung geben würden und sie einen Abänderungsantrag, gemeinsam mit der ÖVP, einbringen. Nein, im StS war das noch nicht, da habt ihr euch der Stimme enthalten. Aber bei der Fraktionsvorsitzendenkonferenz, die am 1. März stattgefunden hat, habt ihr euch die Hand gereicht und habt gesagt, ihr werdet einen gemeinsamen Abänderungsantrag oder Zusatzantrag einbringen. Damit ergibt sich auch für unsere Position eine andere Situation. Wenn hier von 36 Mandaten 33 dem Amtsvorschlag die Zustimmung geben, dann werden wir auch diesem Zusatzantrag unsere Zustimmung geben und das mittragen. Wir haben es ja nur deswegen verabschiedet gehabt, weil hier von der FPÖ keine klare Position, zumindest das was ausgemacht war, Herr Dr. Pfeil, fragen sie halt die Frau Reznar, ob das im Sozialausschuß ausgemacht war oder nicht, die anderen bestreiten das nicht, daß gesagt wurde, es soll eine schriftliche Stellungnahme abgegeben werden, die ist nicht gekommen, daß es dann vielleicht auf Kommunikationsebene dort und da nicht so funktioniert hat. Es ist auch nicht nachvollziehbar. Unsere Position ist jene, wenn wir eine so breite Zustimmung zu dem Beamtenvorschlag bekommen, was ja ursprünglich auch unsere Unterstützung gehabt hat, die Kollegin Radmoser hat das auch erwähnt, werden wir diesem Zusatzantrag auch die Zustimmung geben.

Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

Danke Herr Bremm. Erlauben sie mir eine Zwischenbemerkung, weil wir hier mehrfach zitiert oder erwähnt worden sind. Es ist ganz klar, daß am 13. 1. Herr Dr. Starzengruber, der zumindest der oberste Chef des Sozialamtes ist, eine klare Aussage, hier steht, es ist keine schriftliche Stellungnahme mehr notwendig, er wird dies, unsere Fraktionsmeinung im Sinne des Amtsvorschlages Nr. 8) weiterleiten. So war es und er streitet es auch nicht ab. Zum anderen muß man festhalten, wenn man sich in einem, das bestreitet niemand, Gremium ausmacht, daß man zu einem Tag X die Stellungnahmen abgibt, dann ist es meines Erachtens selbstverständlich, daß alle Stellungnahmen, zumindest im Verkehrsbereich machen wir das so, verteilt werden und, daß alle den gleichen Wissenstand haben. Mich hätte es auch interessiert, was denkt das LIF, was denken die Grünen, was denken die Sozialisten dazu. Von der SPÖ hat es bis heute keine schriftliche Stellungnahme dazu gegeben. Bis heute nicht. Es wäre nett, wenn man so etwas ausmacht, daß man gleichermaßen mit gleichen Informationen umgeht.

Als nächstes Herr Kupfer bitte.

Gemeinderat Andreas Kupfer:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte beginnend an die Sozialdemokraten, nicht an die Sozialisten, richten. Ich wünsche ihnen jetzt schon viel Spaß, bereits jetzt vor der Abstimmung, da sie ja signalisiert haben, zuzustimmen, bei den Rückmeldungen, die sie von den Eltern bekommen werden, wenn sie diesen Antrag heute mitbeschließen. Ich war ja nicht wirklich uninformiert, daß dieser Antrag heute kommt. Das hat sich ja schon abgezeichnet, daß hier eine schwarz/blau Zweckgemeinschaft diesen Antrag einbringen will. Daß jetzt die SPÖ, ausgerechnet die SPÖ, diesem scheinheiligen Treiben hier einfach so nachkommt, das verstehe ich überhaupt nicht. Es gibt nämlich überhaupt keinen Anlaß, ich werde später noch auf das zurückkommen, sonst wäre es ja auch im Antrag drinnen gestanden, jetzt justament diese Tarifgebührenordnung zu beschließen. Politisch habe ich überhaupt kein Problem. Da ist das beste Thema was uns passieren kann. Sie können sich sicher auch darauf gefaßt machen, wir werden dieses Thema natürlich auch in der Öffentlichkeit in diesem Ausmaß diskutieren, denn sie beschließen heute mit dieser Tarifierhöhung etwas, daß viel zu



unüberlegt ist und aus diesem Grund sind wir auch im Ausschuß bzw. in dieser Arbeitsgruppe nicht zu einer einhelligen Meinung gekommen. Besonders in diesem Ausschuß war ich immer. Es hat immer geheißen, es soll alles vertraulich behandelt werden was da gemacht wird. Ich möchte nur eines sagen, ich war in diesem Ausschuß immer sehr auf einer Linie mit der Michaela Frech, aber auch mit der Kollegin Pramendorfer, wobei mich das jetzt sehr wundert, daß dieser Vorschlag jetzt so abrupt eingebracht wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPÖ, ich verstehe euch wirklich nicht, daß ihr euch heute vor den Karren spannen läßt, so ganz einfach, und es überhaupt keinen Anlaß gibt, das jetzt zu machen. Keinen Anlaß, weil andere Statutarstädte in Oberösterreich, nämlich Linz und Wels, derzeit an einer Regelung feilen, diese Diskussionen sind nach wie vor noch nicht abgeschlossen, weil es auf Landesebene Diskussionen gibt und wir diese abwarten und uns das ganz genau anhören könnten, was in anderen Städten diskutiert wird.

Ich sage es einmal diplomatisch: Ich bin ein bißchen beleidigt. Andere, wie der Kollege Mayrhofer, die würden höchstwahrscheinlich in derselben Situation mit dem Rechtsanwalt drohen. Frau Kollegin Radmoser, was sie mir gesagt oder vorgeworfen haben, das können sie hier nicht machen. Ich habe eine schriftliche Stellungnahme, ich weiß nicht wie oft, abgegeben und ...

Gemeinderätin Edith Radmoser:

Ich habe gesagt, aus welchem Grund auch immer ...

Gemeinderat Andreas Kupfer:

Ich habe eine schriftliche Stellungnahme an Dr. Starzengruber und an die Referentin Vzbgm. Mach gefaxt und ich lasse mir da nicht vorwerfen, daß ich Fristen versäumt habe, wenn ich das, vier Tage bevor die Frist abläuft, gemacht habe.

Ich will jetzt auch auf dieser Ebene nicht auf Zahlen eingehen. Ich will nicht auf die konkreten Abstimmungen, die wir monatelang diskutiert haben, eingehen. Wir sind schon in der Arbeitsgruppe auf keinen grünen Zweig gekommen und wir werden es jetzt auch nicht schaffen. Ich möchte nur sagen, wir haben lange über die Ober- und Untergrenzen diskutiert, ob man es der Bevölkerung zumuten kann, S 200,- zu bezahlen. Also, 1 1/2 Zigarettenspackungen oder ich weiß nicht wieviel Bier, für eine monatliche Leistung, die von unseren Kindergärtnerinnen oder Kindergärtnern erbracht wird, die hervorragend ist und das ist eine Ganztagesleistung. Über solche Dinge haben wir gesprochen, ob S 200,- zumutbar sind. Dann haben wir auch an den oberen Enden lange diskutiert ob jetzt S 2.000,- oder S 1.700,-. Da hat jede Fraktion ihre Bereitschaft gezeigt kompromißfähig zu sein, da hätte es auch Kompromisse gegeben. Das Problem liegt ganz wo anders. Das Problem liegt in der Mitte. Bei den Mittelverdienern, bei Familien wo es vielleicht zwei Verdiener gibt, beide verdienen zuviel oder Einzelverdiener, wo die Mutter z. B. zu Hause bleiben muß und es ein geringes Einkommen gibt. Hier kommt es zu massiven Verteuerungen, wenn es z. B. bei einem Nettoeinkommen, das ist die einzige Zahl die ich jetzt sage, von S 20.000,- zu einer Erhöhung auf S 1.500,- kommt. Das ist ein absoluter Wahnsinn. Das sage ich hier und wir werden das auch in der Öffentlichkeit so der Bevölkerung mitteilen.

Kurz noch zu den Vorschlägen von den Freiheitlichen. Frau Kollegin Reznar, jetzt muß ich schon sagen, ihre Vorschläge innerhalb dieser Arbeitsgruppe haben sie sehr zurück gehalten. Darum wundert es mich sehr, daß sie jetzt mit diesem Amtsvorschlag nach vor preschen, wo sie, ich kann mich erinnern, einmal gesagt haben, für die Unterverdiener sagen wir S 800,- und für diejenigen die

mehr verdienen sagen wir S 1.000,-- und das wäre eine schöne Lösung. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das führt zu vehementen Mehrbelastungen in Bereichen, wo die FPÖ immer sagt, der Kollege Wetzl sagt das z. B. immer, das Sparpaket betrifft z. B. Jungfamilien oder Kleinverdiener. Genau diese Gruppe treffen wir mit dieser Regelung. Es bringt kein Mehr an Gerechtigkeit, es bringt im Übrigen auch keine Mehreinnahmen. Über Zahlen will ich mich im Detail nicht weiter äußern.

Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

Danke schön Herr Kupfer. Nächster ist Herr GR Fürweger.

Gemeinderat Günter Fürweger:

Wertes Präsidium, werter Gemeinderat. Ein Mehr an Gerechtigkeit, das haben wir ja schon von StR Bremm gehört, gibt es eigentlich gar nicht, weil in Niederösterreich bezahlen sie teilweise gar nichts. Angefangen hat die Geschichte am 15. Dezember 1997, wo die Frau Vizebürgermeisterin angeregt hat, daß sich die Parteien über neue Kindergartentarife Gedanken machen sollen. Sie war praktisch die Projektleiterin und es zeigt sich jetzt aus den Vorrednern, daß es anscheinend immer ein bißchen an der Zusammenführung der Vorschläge und an der Führung des Projektes gefehlt hat. Wenn man die Vergleichssituation mit Linz und Wels, Herr Bürgermeister, mit den 80 Brücken hernimmt, dann stellt sich mir die Frage, warum geht das eigentlich bei den Kindergartentarifen nicht, daß wir hier auf einen Tarif kommen. Die Kinder werden überall gleich erzogen, es schauen die Kindergärten, das nehme ich an, überall gleich aus. Warum ist es hier in Oberösterreich nicht möglich, einen einheitlichen Tarif zu schaffen? Hier wäre eigentlich das Land aufgefordert, wenn wir uns hier unterhalten und wirklich bemühen über ein Jahr lang in kleinen Gruppen zu diskutieren, also, diese Sache glaube ich, könnte man schon von oben her steuern. Es ist mir klar, daß es bei Wassergebühren schwieriger ist. Die Wasserqualität ist nicht überall gleich und auch die Wasserbringung ist unterschiedlich. Beim Verkehr haben wir es heute schon gehört, die Ausgaben im Verkehr sind unterschiedlich aufgrund der Topographien. Aber bei Gebühren für Dienstleistungen im Erziehungsbereich müßte es eigentlich möglich sein, sie unter einen Hut zu bringen. Da möchte ich fast den Ball weitergeben. Wir haben es jetzt einmal versucht. Aber die Zukunft, glaube ich, muß sein, daß wir in Oberösterreich einen einheitlichen Tarif bekommen. Danke schön.

*Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre.*

Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

Danke. Herr GR Hauser bitte.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ich bin nicht glücklich, über keine Tariferhöhung und auch nicht, wie die Diskussion hier gelaufen ist und läuft. Das sage ich ganz offen. Hier wird sozusagen manchmal um des Kaisers Bart gestritten, ob es jetzt eine Stellungnahme gegeben hat oder nicht. Fakt ist, glaube ich, daß wir seit fast einem Jahr darüber diskutieren, ob die Tarife erhöht werden oder nicht. Ich würde mir wünschen, daß es nicht so

wäre. Das Einzige was wir bei dieser ganzen Diskussion nämlich jetzt schaffen ist, daß sie sozialer etwas gerechter verteilt werden, daß der untere ...

*Unverständlicher Zwischenruf*

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Ich habe ja gesagt, sozialer gerechter verteilt. Es ist keine Ideallösung, das glaube ich schon, nur, irgendwann müssen wir zu einem Ergebnis kommen. Ich denke mir, daß vielleicht diese ganze Mißstimmung, die da jetzt in dieser Frage entstanden ist, wahrscheinlich auch durch die Medien bzw. durch die Medienberichte die da schon vonstatten gegangen sind, mehr oder weniger bestimmt wird. Ich glaube aber auf der anderen Seite eines, daß natürlich jeder Mann und jede Frau auch das Recht haben muß, sich zu äußern, in dieser Frage, was sie so dazu denken. Ich denke mir unter anderem eines, daß, wenn wir keine Einigungen bei diesen Dingen erzielen, wir letztendlich eine Permanentdiskussion auch weiterhin dann in den Medien führen werden. Das ist eine Gefahr, die es gibt. Auf der anderen Seite gibt es, soweit ich informiert bin, einen gewissen Termindruck dahingehend, wenn wir uns nicht entscheiden, dann ist es für das nächste Jahr gelaufen, weil ja die Einschreibtermine für die nächste Kindergartenzeit vorhanden sind und die Leute schließlich und endlich wissen müssen, was auf sie zukommt. Ich sage es ganz offen, ich bin nach wie vor nicht großartig begeistert von den Tariferhöhungen. Mich wundert es z. B. daß die FPÖ hier keine großartigen Einwände hat, weil beim Wasser und Kanal udgl. war das ganz anders. Mir wäre es lieber, wir bräuchten keine mehr machen. Offenbar ist es aber aus verschiedensten Gründen notwendig. Den einzigen positiven Effekt, den ich dabei sehe, ist, daß es etwas näher an eine gerechtere Staffelung kommt, wobei sie noch lange nicht gerecht genug ist. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke Herr Hauser. Das war die letzte Wortmeldung. Noch eine? Frau Frech bitte sehr. Gibt es dann noch eine?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. Also, ich muß sagen, ich halte es nicht mehr aus, wenn sie jetzt bei diesen neuen Tarifen von sozialer Verträglichkeit reden. Nur ein kleines Beispiel. Nehmen sie ein Bruttoeinkommen von S 15.000,-- her. Ich glaube nicht, daß man sagen kann, das ist ein Großverdiener. S 15.000,-- das ist wirklich verdammt wenig. Der zahlt für seinen Kindergarten in Linz S 229,--, in Wels S 492,-- und in Steyr, nach der neuen Regelung, S 640,--. Toll, wir sind von allen Statutarstädten am teuersten. Na schauen wir einmal, vielleicht wird es für die anderen ein bißchen günstiger.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

S 880,--.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

S 15.000,-- brutto. Jetzt sogar S 880,--.

*Zwischenrufe verschiedener Mandatäre*

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Nein, S 640,-- in Steyr. Also Andy, fall mir nicht in den Rücken.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Entschuldigung.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

S 640,-- am teuersten von allen Statutarstädten. Aber sehen wir uns das nächste Bruttoeinkommen an. Bei S 20.000,-- kostet der Kindergartenplatz in Linz S 684,-- , in Wels S 820,-- , in Steyr, nach der neuen Regelung S 940,-- , wieder am teuersten von allen Statutarstädten. Dann gehen wir halt ein bißchen weiter nach oben, S 30.000,-- , vielleicht wird es für die günstiger, schauen wir einmal. In Linz bezahlen sie S 1.173,-- , in Wels S 1.324,-- , in Steyr werden sie S 1.500,-- bezahlen, am teuersten von allen Statutarstädten. Ich könnte ihnen noch zahlreiche andere Beispiele bringen. Da kommt dann noch eines hinzu, daß sie nämlich wissen müssen, daß die Bemessungsgrundlage in Linz ja insofern noch sehr viel günstiger ist, weil da der Mietaufwand, der anrechenbare, abgezogen wird. D.h., da zahlen sie bei diesem Einkommen ohnedies noch weniger, nur habe ich das in die Berechnung nicht hineinnehmen können. D.h., sie sehen anhand der Beispiele mit Einkommen S 15.000,-- , S 20.000,-- und S 30.000,-- , daß Steyr am teuersten ist. Wenn sie mir dann mit sozialer Verträglichkeit kommen, dann frage ich mich, wo ist das Soziale daran, wo ist das Soziale bei der Sozialdemokratie in diesem Fall. Ich verstehe es nicht, ich kann es nicht nachvollziehen.

*Beifallskundgebung von GR Andreas Kupfer*

STADTRAD GERHARD BREMM:

Weil wir bis zu S 19.000,-- Bruttoeinkommen eine Absenkung der Tarife haben.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Wo haben sie bitte eine Absenkung der Tarife?

STADTRAD GERHARD BREMM:

Schauen sie bei S 15.000,--. Das sind -16 %. Bleiben sie ein bißchen bei der Wahrheit.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Wenn sie eine Reform, Herr Kollege Bremm, darauf aufbauen, daß sie immer nur, und das war das Hauptproblem in der ganzen Diskussion, da gebe ich ihnen Recht, hergehen altes und neues Modell vergleichen und dann sagen, ja da sind es jetzt +20 % und da sind es -18 %, das muß ja scheitern. Der Grund ist ja der, daß das alte Modell nicht sozial verträglich war und wie sie schon gesagt haben, ja da hat man sich halt damals geirrt. Heute irren sie sich wieder. Heute stellen sie sich her und sagen, dieses Modell ist besser. Das ist es aber nicht.

STADTRAD GERHARD BREMM:

Das habe ich nicht gesagt. Das alte Modell hat der zuständige Gemeinderat beschlossen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ja, sie werden es heute nicht einstimmig beschließen. Die Zeiten ändern sich glücklicherweise. Aber das war wirklich, glaube ich, das Hauptproblem der ganzen Diskussion, daß man immer davon ausgegangen ist, alter Tarif, Vergleich, neuer Tarif. Man hätte wirklich Tabularaser machen müssen und sagen, wir fangen von vorne an, ein Gleitmodell wie beispielsweise in Wels. Ich möchte ihre Zeit nicht länger strapazieren, ich habe nämlich auch einen Zusatzantrag vorbereitet. Ich werde ihn aber nicht mehr einbringen. Nur, damit sie nicht sagen können, man ist dagegen und bringt keine Vorschläge ein, so ist es nicht. Ich würde mir ein Gleitmodell analog zu Wels wünschen. Das glaube ich, wäre auch ein Punkt gewesen, wir haben uns in keiner Ausschußsitzung, zumindest kann ich mich nicht daran erinnern, wirklich intensiv damit auseinandergesetzt mit dem Modell von Wels, mit dem Modell von Linz, bzw. zu schauen, können nicht die Städte Linz, Wels und Steyr ein gemeinsames Modell auf die Welt bringen, weil eines ist auch nicht ganz einsichtig, daß der Nulltarif in Steyr bis S 12.000,-- geht und in anderen Städten bis S 10.000,--. Ich denke mir, die Lebenshaltungskosten sind innerhalb von Oberösterreich relativ gleich. Da müßte man auf einen gemeinsamen Nenner kommen. Ich muß ihnen schon sagen, da muß ich den Kollegen Kupfer Recht geben. Eines frage ich mich noch am Schluß. Die SPÖ ist mit dieser Geschichte nicht sehr glücklich. Sie, Kollege Bremm, haben in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz, wie plötzlich aufgekommen ist, daß die ÖVP dafür sein wird und die F unverändert dafür sein wird, gesagt, na ja, so glücklich sind wir damit auch nicht. Sie sind nicht glücklich damit. Die ÖVP hat signalisiert, mit der GR Pramendorfer, daß sie auch nicht so besonders glücklich ist. Die Frau Kollegin Reznar hat mir auch nicht den Sonnenscheineindruck vermittelt.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Wir sind glücklich.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

D.h., wenn das jetzt wirklich eine Geschichte ist, die so wunderbar ist, dann frage ich mich, daß alle drei, die dem zustimmen werden, eigentlich eh nicht begeistert sind davon. Also, irgendetwas stimmt da nicht, aber die blau/schwarze Zweckgemeinschaft hat die SPÖ in diesem Fall inhaliert. Das kommt selten vor.

*Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre*

VIZEBÜRGERMEISTER; DR. LEOPOLD PFEIL:

Frau Frech war nicht die letzte Wortmeldung. Letzte Wortmeldung Herr GR Klausberger. Bitte schön.

GEMEINDERAT MAG. GERHARD KLAUSBERGER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich bin etwas überrascht von den Kolleginnen und Kollegen aus dem Bereich der ÖVP und der FPÖ. Ich bin hier her gegangen mit der Vorbereitung auf einen Antrag, aber das kommt halt öfters vor, man muß mit Überraschungen rechnen, der hier unter den Pkt. 7) uns allen zugegangen ist. Der Zusatzantrag hat mich überrascht, weil mein Informationsstand bisher immer war, daß neu verhandelt, neu diskutiert, überarbeitet wird. Dieser Informationsstand hat sich als unrichtig erwiesen, seit sie diesen Antrag eingebracht haben, meine Damen und Herren. Jetzt möchte ich ihnen eine Frage stellen und zwar dem Kollegen Lengauer, der Kollegin Koppensteiner, wir sind Berufskollegen im Lehrerbereich. Ich möchte ihnen die Frage stellen: Haben sie sich z. B. in der Rubrik S 40.000,-- brutto, das sind zwei Junglehrer, überlegt, daß das ihre Kolleginnen und Kollegen sein können, von denen sie immer erwarten, daß sie möglichst viele Kinder zur Welt bringen, damit unsere betrieblicherweise so niedrige Geburtenrate in Oberösterreich gesteigert wird? Ich bin nicht Mitglied des Sozialausschusses, ich kann mit ihnen jetzt nur von hier aus diskutieren. Aber, haben sie sich das wirklich gut überlegt oder sind sie vielleicht bei so einem Hinweis auch, Herr Kollege Payrleithner, sie sind SNF-Betriebsrat, das sind zwei Bruttolöhne von zwei Arbeitern in ihrem Bereich von S 20.000,-- ich glaube, das ist durchaus realistisch und die bezahlen dann, nach dem was sie jetzt mitbeschließen werden, per Antrag der Freiheitlichen und der ÖVP. Wenn sie das so wollen, dann müssen sie uns das jetzt klipp und klar sagen, daß sie als Fraktionen das geschlossen so wollen, denn ansonsten würde ich vorschlagen, daß sie sich noch einmal in ihre Fraktionen zurückziehen, ich würde das auch in meiner Fraktion tun, und über die Sinnhaftigkeit ihres eigenen Antrages diskutieren. Ich kann meinen jungen Kollegen gegenüber nicht alles vertreten, was sie hier heute eingebracht haben.

*Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre*

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Offensichtlich herrscht hier ein gewisses Informationsdefizit, aber das liegt nicht in unserem Bereich. Herr Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich darf bei den Worten von Dr. Pfeil anschließen, es dürfte

wirklich ein massives Informationsflußproblem geben, aber das ganz offensichtlich in der sozialdemokratischen Partei. Die ÖVP hat mit der schriftlichen Stellungnahme klar und deutlich gesagt, daß wir dem Amtsvorschlag, der von der sozialdemokratischen Referentin eingebracht wurde, zustimmen. Das nächste Mal haben wir diese Haltung genauso beim Stadtsenat und das dritte Mal bei der Fraktionsvorsitzendenkonferenz bestätigt. Lieber Kollege Klausberger ich halte dir zugute, daß du eingeschneit warst, wie wir aus den Medien entnehmen konnten.

*Gelächter*

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

D.h., ich glaube nicht, daß es dadurch entstanden ist, weil du mit deinen Kollegen nicht sprichst, sondern nur aufgrund der räumlichen Trennung, aber vielleicht könnte einer deiner Kollegen das jetzt in Kürze aufholen und dich informieren.

*Zwischenrufe verschiedener Mandatäre*

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Es liegt in der Natur der Sache, daß nicht jedes Gemeinderatsmitglied in jedem Ausschuß ist, aber dazu gibt es auch die Fraktionsbesprechungen, daß man sich hier abklärt und, daß man dann, entweder wenn es einen Klubzwang gibt, den soll es auch geben, zu einer gemeinsamen Lösung findet oder bitte schön in einer freien Entscheidung, und ich kann da nur sagen, wir von der ÖVP sind alle der Meinung, daß wir nach wie vor, so wie wir es schon drei Mal gesagt haben, heute der Meinung sind, wir schließen uns dem Amtsvorschlag der sozialdemokratischen Referentin, Frau Vzbgm. Mach, an. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke Herr Mayrhofer. Das war jetzt wirklich die letzte Wortmeldung. Schlußwort des Berichterstatters bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR :

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Der Verlauf dieser Kindergartentarifdebatte zeigt wieder einmal sehr deutlich, daß nicht die Länge einer Debatte oder Beratung für die Qualität entscheidend ist sondern andere Kriterien. Wenn man also ein Jahr lang darüber redet, ich erinnere mich an Pressemeldungen, die nicht von unserer Fraktion gekommen sind, daß man nämlich die Kindergartentarife sozialer gestalten müßte, daß unter dem Eindruck die Debatte begonnen wurde. Das muß man rekapitulieren. Gleichzeitig hat es natürlich auch die Frage zu betrachten gegeben, wie der Abgang bei den Kindergärten aussieht, nämlich über 30 Millionen Schilling, daß man den Abgang nicht erhöhen kann. Das hat sich dann auch schön langsam durchgesetzt. Bitte, meine Damen und Herren, da müssen sie sich schon darüber im Klaren sein, wenn sie dieses heute einmal zitierte Nullsummenspiel machen wollen, und wenn sie einer viel größeren Anzahl von Familien hier günstigere Tarife bescheren und Nulltarife bescheren wollen. Wissen sie, ich sage ihnen einmal etwas Herr Kollege Kupfer. Ich meine, schneiden sie nicht solche

Gesichter, wenn ich das sage, weil eines steht ja fest. Als Finanzreferent ist für mich die Debatte überhaupt nicht spannend, weil Nullsummenspiele bei einem Abgang von 30 Millionen ist jedenfalls nicht der Wunsch eines Finanzreferenten. Das wird ja wohl jeden einleuchten. So grün können sie ja gar nicht sein, daß sie das nicht verstehen. Nicht wahr.

*Gelächter*

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist für mich nicht spannend.

*Unverständlicher Zwischenruf von GR Andreas Kupfer*

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Bitte lassen sie mich fertig reden. Also, ich als Finanzreferent habe gesagt, es wäre schön, zur Kollegin Mach und auch im Kreis anderer Kolleginnen und Kollegen, wenn wir diesen enormen Abgang ein bißchen reduzieren könnten, zumal wir ständig neue Kindergärten bauen, gewaltige Investitionen auch noch tätigen. Da rede ich nur einmal von Münchenholz, 30 Millionen blasen wir da hinein, und das wird es ja nicht nur sein. Wir brauchen ja dort auch Personal in einem 6-gruppigen Kindergarten. Sie können sich darauf einrichten, daß dieser Abgang steigen wird. So ist das. Ich habe mir vor diesem Hintergrund gewünscht, um ein Budget darstellen zu können, daß dieser Abgang ein bißchen eingebremst, vielleicht ein bißchen kleiner wird. Das war mein Wunsch dabei. Andere Wünsche waren, sozialere Tarifgestaltung. Das ist ein legitimer Zugang. Als Sozialdemokrat habe ich dafür etwas übrig. Aber bitte eines können sie nicht haben. Wenn sie unten noch billiger werden, den Nulltarif weiter hinaufziehen, dann müssen sie sich darüber im Klaren sein, wenn sie ein Nullsummenspiel veranstalten wollen, daß sie das oben drauflegen müssen, weil wir in Wahrheit die Linie steiler gelegt haben. Das ist das Ergebnis. D.h. in Wirklichkeit, jene Mitglieder des Gemeinderates, die heute darüber befinden, und wenn sie dem Antrag die Zustimmung geben, einschließlich des Zusatzantrages, beschließen heute, daß die sozial schwächeren Familien eine Verbilligung bekommen, zum Teil den Nulltarif bekommen und, daß die, die besser verdienen, allerdings auch noch nicht so gut, daß sie jubilieren ob ihrer Wohlhabenheit, das ist vollkommen richtig, was da gesagt wurde, die müssen das bezahlen, weil wir haben ja weiters keinen Spielraum. Es wurde auch schon weiters zu Recht festgestellt, daß wir uns ja in Wirklichkeit mit S 1.700,-- schon über den Städten Linz und Wels befinden. Dazu, das ist ja auch nicht ausreichend beleuchtet worden, haben wir uns noch vorgenommen, in der Bemessung von netto auf brutto umzusteigen, das nämlich auch die anderen Städte haben. Daher waren wir früher ja auch nicht ordentlich vergleichbar, zumindest hat man das nicht ohne Rechenexempel vergleichen können. Daher, wir stellen nämlich jetzt um auf brutto, werden wir damit vergleichbar. Es ist auch bekannt und wurde auch gesagt, daß die Linzer und Welser wahrscheinlich auch Gebührenerhöhungen in nächster Zeit beschließen werden. Also, sozialer als bisher ist die Linienführung allemal. Vor dem Hintergrund kann man sich auch als Sozialdemokrat dazu bekennen. Was natürlich eine besonders doppelbödiges Strategie ist, und die lehnen ich aber wirklich ab, weil das ist schon Demagogie „par excellence“. Wenn wir nämlich sagen, wir führen unten den Nulltarif bis S 12.000,-- oder S 14.000,-- ein und dann Einschleifregelungen und müssen also dort Millionen weniger Eingänge akzeptieren, dann legen wir die Linie so flach, super, und dafür tun wir durchtarifieren bis S 100.000,--. Das ist nämlich die Kindergartengebühr für Vorstandsdirektoren und Kapitalisten. Wir haben nur ein Problem und das muß sich schon jeder überlegen. Wir haben in dieser Kategorie keine Kinder in unseren Kindergärten. Wir werden aus diesem Titel den Ausgleich für das Budget nicht schaffen. Das muß einem schon klar sein. Wenn hier Sozialpolitik gemacht wird, ist das in Ordnung und dann



ist das legitim, aber dann muß man sich dazu bekennen. Das ist zumindest richtig, daß wir den Ärmern Erleichterung bringen. Daß das allerdings zu Lasten von denen geht, die etwas mehr verdienen und die nicht glücklich darüber sind. Wissen sie Herr Kollege Kupfer, ihr Umgang mit diesem Ding, ich weiß schon, sie wollen da ihre politischen Kreuzerl machen.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Bitte!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Na, wenn sie sich da herstellen und sie sagen, sie wünschen uns viel Spaß, das haben sie ja wörtlich gesagt, dann muß ich sagen, niemand hat mit dem Vorschlag einen Spaß. Das kann nicht der Fall sein. Ich sage halt, das ist Demagogie, so kann man das machen. Nur ich kann mit Vorschlägen nichts anfangen, wo man unten hinuntergeht, nicht akzeptierten, daß man oben mehr verlangen muß und dann ganz oben einen Kindergartentarif machen, wo es dann heißt, der teuerste Tarif in Österreich, die Steyrer haben nicht alle Tassen im Schrank. Da würden sich dort oben ja Beträge ergeben, vom Mehrfachen, was wir jetzt haben oder von Linz oder Wels. Was wir tun müssen ist, wenn wir die Verantwortung für die Wirtschaftlichkeit und das Budget nicht ganz weggeben, wenn uns das egal ist kann man das machen. Nur wenn man das tut bitte sehr, dann meldet man sich von der Verantwortung für das Gesamtgefüge ab. Ich meine, wir gehen mit dem Schritt in eine Richtung, daß wir die Linie deutlich steiler legen, daß wir die unteren Einkommen entlasten, daß wir allerdings oben etwas drauflegen, aber das muß man wissen und mit dem muß man sich auseinandersetzen. Was ich nicht möchte ist eine theoretische Linie, die dann hinterher zusätzliche, beträchtliche Abgänge bringt. Die muß nämlich ich im Budget verkraften können, die muß ich nämlich auffressen, wenn das dabei herauskommt. Das soll man auch sagen, wenn man das will, aber dann wird wahrscheinlich die Kindergartengeschichte mit der Zeit unfinanzierbar werden. Ich weiß nicht, ob dann diese positive Linie fortgesetzt werden kann, noch zusätzliche Kindergärten zu bauen. Und zwar, zwei zusätzliche Kindergärten werden es wohl noch sein müssen, so in absehbarer Zeit, mittelfristig auch noch betrachtet.

Daher meine Damen und Herren, schön war die Debatte nicht. Es war auch die Beratung nicht sehr zielführend, es hat auch Kommunikationsprobleme gegeben. Weil diese Frage getellt wurde, Stellungnahmen abgegeben. Die Kollegin Mach hat, meines Wissen, auch gesagt, sie möchte gerne eine Übereinstimmung haben. Das darf sie sich wohl noch wünschen, wenn wir die letzte Tarifkorrektur einstimmig beschlossen haben. Viele haben gesagt, sie wollen es sozialer haben. Das hat aber bedeutet, wenn wir nicht nach oben über die S 1.700,-- hinauf können, daß man unten so viel wegstreicht, daß man oben etwas dazulegen muß. Das ist ja fast die Quadratur des Kreises. Da wurde mit der Zeit dann kapituliert. Ihr habt die Stellungnahmen wahrscheinlich abgegeben, aber es hat sich gezeigt, daß mit dem Vorschlag 8) nicht das Einvernehmen gefunden werden kann, von euch und der Kollegin Frech. Die anderen Fraktionen haben sich an diesen Vorschlag herangearbeitet und es ist halt nach Debatte in der Fraktion, ich verhehle nicht, daß es auch in unserer Fraktion viele Debatten gegeben hat und auch die Meinungen durchaus nicht alle von Haus aus auf einen Nenner waren und auch vielleicht heute noch nicht sind, mit gemischten Gefühlen der eine, der andere sieht das wieder anders. Jedenfalls können wir auch nicht eine Endlosdebatte zu den Tarifregelungen im Kindergartenbereich führen. Daher ist das, was wir jetzt tun, ein Kompromiß, aber es wird auch wirklich im sozialen Bereich zu einer Verbesserung kommen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das war das Schlußwort des Berichterstatters. Wir kommen nun zur Abstimmung. Es wird zuerst über den Hauptantrag abgestimmt. Wer für den Hauptantrag ist, möge dies bitte mit einem Zeichen der Hand dokumentieren. Danke schön. Gegenprobe. Wer enthält sich der Stimme? Das heißt, der Hauptantrag ist einstimmig angenommen worden.

Wir kommen nun zum Zusatzantrag der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion und der Gemeinderatsfraktion der ÖVP Steyr, wie wir ihn gehört haben mit dem Amtsvorschlag Nr. 8) als integrierenden Bestandteil. Wer ist für diesen Zusatzantrag? SPÖ, ÖVP, FPÖ. Das ist die überwiegende Mehrheit. Ich denke wir können die Gegenprobe machen. Wer ist dagegen? 3 (Grün + LiF). Wer enthält sich der Stimme? 1 Stimmenthaltung (SPÖ - GR Mag. Gerhard Klausberger). Der Antrag ist mit großer Mehrheit angenommen worden. Ich bedanke mich.

Der nächste Antrag bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren, der nächste Antrag beschäftigt sich mit der Brennstoffaktion für einkommensschwache Personengruppen im Jahr 1999. Da werden wir uns leichter dabei tun.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

SH-52/99

Brennstoffaktion für einkommensschwache Personengruppen im Jahr 1999.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Zur Durchführung der Brennstoffaktion 1999 wird der Betrag von

**S 800.000,--**

(Schilling achthunderttausend)

aus den bei der VSt. 1/429100/403000 präliminierten Mitteln freigegeben.

Die Brennstoffaktion ist nach Maßgabe des Amtsberichtes der FA für Soziales vom 3. Februar 1999 durchzuführen. Die stadträtliche Referentin ist ermächtigt, wie in den Vorjahren, in berücksichtigungswürdigen Fällen bei Richtsatzüberschreitungen Sondergenehmigungen zu erteilen.

Ich bitte auch hier um Debatte bzw. um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Gibt es dazu Wortmeldungen? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für die Aktion? Danke. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Einstimmigkeit ist zu protokollieren.

Ich bedanke mich beim Berichterstatter Bürgermeister Hermann Leithenmayr und gebe den Vorsitz

an ihn zurück.

**BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke vielmals. Ich übernehme den Vorsitz. Wir kommen zum nächsten Berichterstatter. Herr Vzbgm. Dr. Pfeil ich darf sie bitten.

**BE: VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren. In meinem einzigen Antrag geht es heute um die Erlassung einer Verordnung zur Abhaltung eines „Antikmarktes“ am Stadtplatz. Im letzten Jahr wurde im Bereich August bis Oktober ein sehr gut besuchter und sehr frequentierter Antikmarkt abgehalten, jeweils am 3. Sonntag im Monat. Es war der Wunsch, diese Zeiten auszubauen im Bereich ab März bis September in der Zeit von 8.00 Uhr bis 16.00 Uhr, wie im vergangenen Jahr. Diesbezüglich ist eine eigene Verordnung notwendig. Die Verordnung liegt dem Entwurfstext bei. Ich ersuche hier um Debatte bzw. Zustimmung.

Pol-199/98

Erlassung einer Verordnung zur Abhaltung eines „Antikmarktes“ am Stadtplatz.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB für Bezirksverwaltungsangelegenheiten vom 08. Februar 1999 wird die in der Anlage beigezeichnete Verordnung, mit welcher die Abhaltung eines „Antikmarktes“ gemäß § 286 Gewerbeordnung 1994 i.d.g.F. jeden dritten Sonntag in den Monaten März bis September, jeweils von 8.00 bis 16.00 Uhr, am Stadtplatz - auf den Marktflächen am östlichen Fahrbahnrand des Stadtplatzes, in der Fußgängerzone sowie im Bereich der gebührenpflichtigen Kurzparkzone vor den Objekten Stadtplatz 22 - 26 - erlassen wird, beschlossen.

Die Kundmachung hat durch zweiwöchigen Anschlag an der Amtstafel der Stadt Steyr zu erfolgen. (Beilage)

**BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke. Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Danke Herr Dr. Pfeil. Der nächste Berichterstatter ist Herr Vzbgm. Tatzreiter. Bitte sehr.

**BE: VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:**

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, wertes Präsidium. In meinem einzigen Antrag heute geht es um die Verleihung der Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr. Ich bitte im

Zusammenhang auch die Betriebsfeuerwehren sowie die Freiwillige Feuerwehr in der Auflistung, wie im Amtsbericht dargestellt, Hauptamtswalter Grossauer Harald, Amtswalter Palk Robert jun., Hauptlöschmeister Ing. Mitterschiffthaler Markus, Hauptlöschmeister Schott Rudolf, Hauptfeuerwehrmann Ecker Thomas, Hauptfeuerwehrmann Mayr Peter, Feuerwehrmann Dr. Ing. Lengauer Konrad, von der Betriebsfeuerwehr der SKF Österreich AG Löschmeister Hofer-Hörndler Rudolf und von der Betriebsfeuerwehr der Steyr-Daimler-Puch AG Feuerwehrmann Kahlig Andreas, die Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr zu verleihen.

Ich bitte um Zustimmung.

FW-1/99

Antrag auf Verleihung der „Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr“ an Angehörige der Betriebsfeuerwehren und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr

Der Gemeinderat möge beschließen:

Dem Antrag auf Verleihung der „Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr“ an die im Amtsbericht der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 7.1.1999 genannten Personen wird zugestimmt.

**BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke sehr. Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wer für die Verleihung der Feuerwehr-Verdienstmedaille ist, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Ist jemand dagegen? Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltung sehe ich auch nicht. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Nächster Berichterstatter ist Kollege Bremm. Bitte sehr.

**BE: STADTRAT GERHARD BREMM:**

In meinem ersten Antrag, meine sehr verehrten Damen und Herren, geht es um die Erweiterung der Mülldeponie unserer Stadt. Hier sollen Detail- und Ausführungsprojekt samt Erstellung der Leistungsverzeichnisse für den Grundwasserstollen, Sickerwasserleitung, Zufahrtsstraße und Schotterabbau vorgenommen werden. Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Antrag.

Bau6-5062/92

Erweiterung der Mülldeponie der Stadt Steyr. Detail- und Ausführungsprojekt samt Erstellung der Leistungsverzeichnisse für den Grundwasserstollen, Sickerwasserleitung, Zufahrtsstraße und Schotterabbau; Mittelfreigabe für 1999.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung im Auftrag der Stadt Steyr vom 18. Jänner 1999 werden für die Durchführung von Detailprojektarbeiten, Erstellung von Leistungsverzeichnissen usw., für 1999 Mittel in Höhe von S 886.000,-- exkl. USt., benötigt.

Herr Dipl.-Ing. Dr. techn. Werner Flögl erhielt den Gesamtauftrag zur Folge des Beschlusses des Gemeinderates vom 7. Mai 1998.

Für das Rechnungsjahr 1999 werden daher Mittel in Höhe von S 886.000,-- exkl. USt. bei VSt. 5/8521/050100 freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von S 886.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonstruktion wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt werden.

**BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:**

Der Antrag steht zur Debatte. Wer wünscht das Wort? Eine Wortmeldung. Herr Kollege Stieglitz bitte.

**GEMEINDERAT SIEGFRIED STIEGLITZ:**

Sehr geehrte Damen und Herren. Ich finde es sehr lobenswert, daß die Stadt Steyr den Umweltgedanken in dieser Stadt so voranträgt und so viel Bedeutung zukommen läßt. Man sieht das wieder bei diesem Projekt, Erweiterung der Mülldeponie. Bedanken möchte ich mich auch beim gesamten Gemeinderat, daß wir den Umweltschutzpreis initiiert haben und auch vergeben durften. Das war eine demokratische Entscheidung. Diesbezüglich eine kleine Kritik an die SPÖ. Den Umweltschutzpreis werden wir auch in Zukunft haben und ich würde den Referenten des Umweltreferates ersuchen, daß in Zukunft alle Parteien zur Verleihung eingeladen werden, weil man ist an mich als Ausschußvorsitzenden herangetreten und hat mich gefragt, warum ich die Herrschaften des Ausschusses und des Beirates nicht zur Verleihung eingeladen habe. Auch bei der Prämierung bzw. in der Jury wurde sie nicht eingebunden. Diesbezüglich würde ich wünschen, daß dieser Preis ein Umweltschutzpreis ist und nicht, sozusagen, eine SPÖ-Veranstaltung wird, oder der Herr Referent sich breit ins Bild setzt, daß man nicht einmal mehr die Preisträger auf dem Bild sieht. Danke.

**BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:**

Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Das ist nicht mehr der Fall. Schlußwort gewünscht Herr Referent? Bitte sehr.

**STADTRAT GERHARD BREMM:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich bin mir gar nicht bewußt, daß ich so eine Breite entwickle lieber Herr Stieglitz. Mülldeponie ist das Thema gewesen. Ich glaube, wir sollten uns wieder ein bißchen angewöhnen zu den Tagesordnungspunkten zu sprechen, weil der Umweltschutzpreis mit der Erweiterung der Mülldeponie wirklich nichts zu tun hat. Da muß man schon eine sehr rege Fantasie haben, kommt man noch immer nicht auf das, daß man das in Verknüpfung bringt. Wenn sie sich vorher besser informieren würden, das wäre auch vielleicht angebracht, daß sie den ansprechen, der für diese Preisvergabe zuständig ist. Erstens ist das keine SPÖ-Veranstaltung gewesen, es war der gesamte Stadtsenat dazu eingeladen, vielleicht war der eine oder andere nicht da, das kann ich jetzt nicht beurteilen, aber was ich so in Erinnerung habe, waren die meisten StS-Mitglieder da, und sie als Ausschußvorsitzender waren auch dazu eingeladen. Das ist auch eine Öffentlichkeitssache. Man kann zwar darüber diskutieren, aber es ist eine Frage, ob da

von der Stadt 30 Leute sitzen und dann sind 5 oder 6 Preisträger da, ob das zweckmäßig und der Sache dienlich ist, das ist eine andere Frage. Vielleicht können wir einmal ein Foto von denen die dabei waren machen lassen, daß sie auch fotografiert werden. Die Gelegenheit wird sich sicher einmal ergeben. Wenn einmal etwas ist, dann sage ich es euch, dann machen wir ein Foto, daß sie vorne stehen können.

GEMEINDERAT SIEGFRIED STIEGLITZ:

Es geht ja nicht um das.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Zum Tagesordnungspunkt Mülldeponieerweiterung. Ich ersuche dich, Herr Bürgermeister, über den Antrag Mülldeponieerweiterung, abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Herrschaften wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen worden. Nr. 12) bitte.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Ich bin schon interessiert, was zu meinem zweiten Antrag, Ankauf eines Mehrzweckfahrzeuges für den Straßendienst und die Stadtgärtnerei, dazu paßt. Ich ersuche diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

KD-6/99

Ankauf eines Mehrzweckfahrzeuges für den Straßendienst und die Stadtgärtnerei mit folgender Zusatzausstattung: Kipperpritsche, Schneepflug, Streugerät, Mähwerk, Grassaugcontainer.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB VII/FA Kommunale Dienstleistungen vom 8.2.1999 wird der Auftragsvergabe zum Ankauf eines Mehrzweckfahrzeuges, Type Rasant Kommunal-Trak KT 70 mit Kipperpritsche, Schneepflug, Streugerät, Mähwerk und Grassaugcontainer, an die Fa. Zimmer, Wien, zum Gesamtpreis von S 1,137.164,90 inkl. USt. zugestimmt und der erforderliche Betrag in Höhe von

**S 1,138.000,--**

(Schilling einmillioneinhundert-achtunddreißigtausend)

bei der VASSt. 5/820000/040000 (Fahrzeuge) freigegeben.

Zu diesem Zweck wird eine Kreditübertragung in Höhe von S 138.000,-- von VASSt. 5/820000/020000 (Maschinen und maschinelle Anlagen) auf die VASSt. 5/820000/040000 (Fahrzeuge) bewilligt.

Zur Finanzierung dieser Ausgabe ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von S 1,138.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonstruktion wird, auf Basis einer vom GB für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt werden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wird dazu eine Wortmeldung gewünscht? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen worden. Ich danke dem Kollegen Bremm. Nächster Berichterstatter ist Kollege Eichhübl. Bitte sehr.

BE: STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Ich habe ihnen eine Reihe von Anträgen zur Beschlußfassung vorzulegen. Ich werde das in aller zu Gebote stehenden Kürze tun und ich verspreche ihnen schon jetzt, daß ich mich auch beim Schlußwort der einzelnen Anträge sehr zurückhalten werde. Ich habe mir vorgestellt, daß ich dafür pro Antrag max. eine ¼ Stunde verwenden werde.

*Zwischenruf: Bravo!*

BE: STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates. Der erste Antrag bezieht sich auf eine Kapitaleinlage für die Stadtwerke Steyr - Versorgungsbetriebeverbund, nämlich Kapitaleinlage für 1999. Ich darf ihnen den Antrag vorlesen.

StW-1/99

Stadtwerke Steyr - Versorgungsbetriebeverbund Gas und Verkehr; Kapitaleinlage 1999.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke Steyr vom 15.02.1999 wird dem Versorgungsbetriebeverbund Gas und Verkehr zwecks Realisierung der im Jahre 1999 vorgesehenen Investitionsvorhaben ein Investitionskostenzuschuß in der Höhe von ATS 8.000.000,-- als Kapitaleinlage gewährt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

ATS 8.000.000,--

(in Worten: Schilling achtmillionen)

bei der Voranschlagsstelle 5/8790/779000 freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgabe ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von ATS 8.000.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonstruktion wird, auf Basis einer vom GB für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt werden.

Herr Vizebürgermeister ich darf sie bitten die Diskussion zu eröffnen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich habe mittlerweile den Vorsitz wieder übernommen und ersuche etwas konzentrierter, auch wenn es schon spät ist, und gelassener der Debatte zu lauschen und ersuche um Wortmeldungen zum Tagesordnungspunkt. Bitte Frau Mag. Frech.

GEMEINDERÄTINMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. Nichts einzuwenden, daß wir Gas und Verkehr fördern. Sehr viel aber einzuwenden, daß wir noch immer eine falsche Vorstellung von Ausgliederung haben. Es ist keine Ausgliederung, meine Damen und Herren, wenn sie in einem Voranschlag auf die Seite 281, hinten, dann den Wirtschafts- und Investitionsplan der Stadtwerke geben. Das ist nicht eine Ausgliederung. Eine Ausgliederung ist, wenn endlich die Stadtwerke, was der Rechnungshof schon ewig festgestellt hat, der auch heute schon anwesend war, jetzt leider nicht mehr, festgestellt hat, die Stadtwerke Steyr sind kein Betrieb im herkömmlichen Sinn. Und zwar, weil ihnen die wesentlichste Eigenschaft eines Betriebes fehlt, nämlich eigenständig, unternehmerische Entscheidungen treffen zu dürfen. Aus diesem Grund, denke ich mir, ist es längstens an der Zeit, endlich diese Ausgliederung vorzunehmen, neue Strukturen zu schaffen. Wir haben noch immer dieselbe Situation. Wir haben noch immer 2 Direktoren, aber wir haben nicht wirklich die Entscheidungsfreiheit. Gerade jetzt, wo wir einen neuen kaufmännischen Direktor haben, sollte diese Ausgliederung ein Thema sein. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke Frau Frech. Gibt es dazu weitere Wortmeldungen? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Schlußwort des Referenten.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ebenfalls ganz kurz. Frau Kollegin Frech, sie haben mir ja an und für sich deswegen aus der Seele gesprochen, weil es auch ein Anliegen, nicht nur von mir als Referent sondern auch seit langem von der freiheitlichen GR-Fraktion, ist, was nämlich die Statutenänderung betrifft, die in die Richtung geht, daß man dort die Möglichkeit bietet, eine gewisse wirtschaftliche Freiheit und Tätigkeit zu entfalten, aber natürlich auch in der Eigenverantwortung. Sie haben nicht Unrecht. Der Rechnungshof befindet sich seit geraumer Zeit in den geheiligten Hallen der Stadtwerke, wird noch



einige Zeit dort sein und wir werden Gelegenheit haben, Frau Kollegin Frech, über dieses Thema noch sehr ausführlich hier im GR zu diskutieren. Aber es wird auch sinngemäß natürlich auch so sein, daß der Rechnungshof im Besonderen auf das zu ändernde Statut hinweisen wird.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? Gegenprobe. Wer ist dagegen? Stimmenthaltung. Eine Stimmenthaltung (LIF). Der Antrag ist angenommen. Der nächste Antrag bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Der zweite Antrag betrifft das Krematorium nämlich die Änderung der Feuerhallenbetriebsordnung. Ich darf ganz kurz darauf hinweisen, daß bisher die Stadtwerke, in dem Fall der Bereich Bestattung, Krematorium, je einen Einäscherungsofen betreibt, und daher auch bisher eine sehr vorbildliche Feuerhallenbetriebsordnung gehabt hat, aber aufgrund der Tatsache, daß es in Österreich immer mehr derartige Einäscherungen in Form von Elektroöfen gibt, daß es auch neue Materialien am Markt gibt, die eben bei der Verbrennung gewisse Probleme bereiten, war Anlaß dafür, daß sich der österreichische Städtebund mit dieser Problematik befaßt hat, wobei ich auch nicht unerwähnt lassen möchte, daß auch die Stadtwerke, in der Person von Herrn Direktor Wein, einen Vertreter in diesem Städtebund haben und er auch sehr intensiv an dieser neuen Feuerhallenbetriebsordnung mitgearbeitet hat. Ich darf sie also bitten, so wie im Stadtsenat, heute hier im Gemeinderat diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

Stw-20/99

Krematorium Steyr; Änderung der Feuerhallenbetriebsordnung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 09.02.1999 wird der Inkraftsetzung einer neuen Feuerhallenbetriebsordnung, erstellt in Anlehnung an die Musterbetriebsordnung des Hauptausschusses des österr. Städtebundes, zugestimmt.

Als Wirksamkeitsbeginn für die Betriebsordnung wird der 15.03.1999 festgelegt. (Beilage)

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke für den Antrag. Wer für den Punkt 14) ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Einstimmigkeit ist zu protokollieren. Punkt 15) bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Der nächste Antrag bezieht sich auf das Städt. Wasserwerk, nämlich die Lieferung von Kunststoffrohrmaterialien, Armaturen und Zubehör für den Verbrauchszeitraum 1999 und ich darf

ihnen ebenfalls in aller Kürze den Antrag zur Kenntnis bringen.

Stw-2/99

Städt. Wasserwerk; Lieferung von Kunststoffrohrmaterialien, Armaturen und Zubehör für den Verbrauchszeitraum 1999.

Der Gemeinderat möge beschließen.

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion vom 10. Februar 1999 wird im Zusammenhang mit der Lieferung von Kunststoffrohrmaterialien, Armaturen und Zubehör für den Verbrauchszeitraum 1999 der Vergabe an nachstehend vorgeschlagene Unternehmen zugestimmt:

Lieferung Kunststoffrohre und Formstücke

Fa. Gumplmayr GesmbH, Steyregg

**S 245.908,-- (exkl. USt.)**

Lieferung Armaturen, Installationsmaterialien sowie Zubehör

Fa. Gumplmayr GesmbH, Steyregg

**S 1,092.347,-- (exkl. USt.)**

Die erforderlichen Mittel wurden im Investitionsplan der Stadtwerke Steyr unter A (Rohrnetz) berücksichtigt und werden aus der laufenden Gebarung des Teilbetriebes Wasserwerk erbracht.

Ich darf sie bitten, Herr Vizebürgermeister, die Diskussion bzw. die Abstimmung über diesen vorgetragenen Antrag durchzuführen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Gibt es dazu Wortmeldungen? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist dagegen? Stimmenthaltung. Einstimmigkeit ist zu protokollieren. Der nächste Antrag bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Danke. Im Städt. Gaswerk ist es ebenso erforderlich für den Verbrauchszeitraum 1999 die Lieferung von Kunststoffrohrmaterialien, Armaturen und Zubehör zu vergeben. Daher lautet der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

Stw-3/99

Städt. Gaswerk; Lieferung von Kunststoffrohrmaterialien, Armaturen und Zubehör für den Verbrauchszeitraum 1999.

Der Gemeinderat möge beschließen.

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion vom 4. Februar 1999 wird im Zusammenhang mit der Lieferung von Kunststoffrohrmaterialien, Armaturen und Zubehör für den Verbrauchszeitraum 1999 der Vergabe an nachstehend vorgeschlagene Unternehmen zugestimmt:

Lieferung Kunststoffrohre und Formstücke

Fa. Kontinentale HG, Wels

**S 495.628,-- (exkl. USt.)**

Lieferung Armaturen, Installationsmaterialien sowie Zubehör

Fa. Kontinentale HG, Wels

**S 235.284,-- (exkl. USt.)**

Die erforderlichen Mittel wurden im Investitionsplan des Steyrer Versorgungsbetriebsverbundes Gas und Verkehr unter A (Rohrnetz) berücksichtigt und werden aus der laufenden Gebarung des Teilbetriebes Gaswerk erbracht.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Ich sehe, das ist auch nicht der Fall, daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmigkeit ist zu protokollieren.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Der nächste Antrag betrifft das Städt. Wasserwerk, nämlich die Erneuerung der Trinkwasserversorgungsleitungen in der Siedlerstraße und Madlsederstraße und die damit im Zusammenhang stehende Tiefbauleistung und Auftragsvergabe. Es wird im Amtsbericht darauf hingewiesen, daß dort zum Teil Leitungen liegen, die über 60 Jahre alt sind und daher diese Versorgungsleitungen zu erneuern sind. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet daher:

Stw-15/99

Städt. Wasserwerk; Erneuerung der Trinkwasserversorgungsleitungen in der Siedlerstraße und Madlsederstraße; Tiefbauleistungen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion vom 10. Februar 1999 wird im Zusammenhang mit der Erneuerung der Trinkwasserversorgungsleitungen in der Siedlerstraße und Madlsederstraße der Vergabe an nachstehend vorgeschlagenen Auftragnehmer zugestimmt:

WASSERLEITUNGSBAU

Fa. Steindl BaugesmbH, Weistrach

**S 1,525.815,-- (exkl. USt.)**

Die erforderlichen Mittel wurden im Investitionsplan 1999 der Stadtwerke Steyr unter A IV 4 und 5 berücksichtigt und werden aus der laufenden Gebarung des Teilbetriebes Wasserwerk erbracht.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das war der Bericht Nr. 17). Gibt es dazu Wortmeldungen? Ich sehe, das ist auch nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? Wer ist dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmigkeit ist zu protokollieren. Punkt 18) bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Da geht es auch wiederum um die Auftragsvergabe für Tiefbauleistungen im Zusammenhang mit der Erneuerung des Erdgas- und Trinkwasserversorgungsnetzes Steinbrecherring. Es wird auch im Amtsbericht darauf hingewiesen, daß aufgrund der Tatsache, daß dort Leitungen bereits seit 30 Jahren die Bevölkerung mit dem Notwendigen versorgen und daher aufgrund dieses Alters erneuert werden müssen. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

Stw-16/99

Erneuerung Erdgas- und Trinkwasserversorgungsnetz L. Steinbrecherring; Tiefbauleistungen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion vom 10. Februar 1999 wird im Zusammenhang mit der Erneuerung der Erdgas- und Trinkwasserleitungen im L. Steinbrecherring der Vergabe an nachstehend vorgeschlagenen Auftragnehmer zugestimmt:

#### GASLEITUNGSBAU

Fa. Zwettler BaugesmbH, Steyr

Anteil S 752.915,-- (exkl. USt.)

#### WASSERLEITUNGSBAU

Fa. Zwettler BaugesmbH, Steyr

Anteil S 616.021,-- (exkl. USt.)

Die erforderlichen Mittel für den Gasleitungsbau wurden im Investitionsplan 1999 des Steyrer Versorgungsbetriebsverbundes Gas und Verkehr unter A IV 1 berücksichtigt und werden aus der laufenden Gebarung des Teilbetriebes Gaswerk erbracht. Die Mittel für den Wasserleitungsbau wurden im Investitionsplan 1999 der Stadtwerke Steyr unter A IV 1 berücksichtigt und werden aus der laufenden Gebarung des Teilbetriebes Wasserwerk erbracht.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Gibt es Wortmeldungen zu Pkt. 18)? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? Danke. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Einstimmigkeit ist zu protokollieren. Punkt 19) bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Es geht mit der Erneuerung der Erdgas- und Trinkwasserversorgungsleitungen und der damit im Zusammenhang stehenden Auftragsvergabe für Tiefbauleistungen weiter, nämlich in der Steinfeldstraße soll eine Neuverlegung von Erdgasleitungen, in der Staffelmayrstraße und Industriestraße, durchgeführt werden. Ich darf ihnen ebenfalls in aller Kürze den Amtsbericht zur Kenntnis bringen. Ich hoffe, daß sie inzwischen das letzte Blatt ausgetauscht haben, da ist leider ein Mißverständnis bei der Zusammenheftung passiert. Es wurde anstelle des Antrages die erste Seite des Amtsberichtes dazu geheftet.

Stw-17/99

Erneuerung der Erdgas- und Trinkwasserversorgungsleitungen in der Steinfeldstraße; Neuverlegung von Erdgasleitungen in der Staffelmayrstraße und Industriestraße; Tiefbauleistungen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion vom 10. Februar 1999 wird im Zusammenhang mit der Erneuerung der Erdgas- und Trinkwasserleitungen in der Steinfeldstraße sowie der Neuverlegung von Erdgasleitungen in der Staffelmayrstraße und Industriestraße der Vergabe an nachstehend vorgeschlagenen Auftragnehmer zugestimmt:

#### GASLEITUNGSBAU

Fa. Illbau GesmbH, Linz

Anteil S 453.319,-- (exkl. USt.)

#### WASSERLEITUNGSBAU

Fa. Illbau GesmbH, Linz

Anteil S 244.095,-- (exkl. USt.)

Die erforderlichen Mittel für den Wasserleitungsbau wurden im Investitionsplan 1999 der Stadtwerke unter A IV 2 berücksichtigt und werden aus der laufenden Gebarung des Teilbetriebes Wasserwerk erbracht. Die erforderlichen Mittel für den Gasleitungsbau wurden im Investitionsplan 1999 des Steyrer Versorgungsbetriebeverbundes Gas und Verkehr unter A IV 2 und 8 berücksichtigt und werden aus der laufenden Gebarung des Teilbetriebes Gaswerk erbracht.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke für den Bericht. Wortmeldungen sehe ich nicht. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für

diesen Antrag? Wer ist dagegen? Stimmenthaltung. Einstimmigkeit ist zu protokollieren. Punkt 20) bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Der nächste Antrag betrifft den Städt. Verkehrsbetrieb, nämlich den Ankauf von drei Midi-Niederflur-Omnibussen unter gleichzeitiger Rückgabe von Gebrauchtfahrzeugen. Ich darf nur in Erinnerung rufen, daß das an und für sich aufgrund von Budgetverhandlungen zustande gekommen ist, daß nun drei weitere Midi-Niederflur-Busse angekauft werden, die etwa im Spätherbst geliefert und vorerst aus Mitteln der Stadtwerke bezahlt werden, aber dann im Jahr 2000 im Haushalt der Stadt Berücksichtigung finden werden. Ich darf ihnen daher den Antrag zur Kenntnis bringen.

Stw-19/99

Städt. Verkehrsbetrieb; Ankauf von drei Midi-Niederflur-Omnibussen unter gleichzeitiger Rückgabe von Gebrauchtfahrzeugen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Stadtwerke Steyr vom 8.02.1999 und zufolge des Beschlusses des Ausschusses für kommunale Betriebe und Freizeiteinrichtungen vom 1.02.1999 wird dem Ankauf von drei Stück Midi-Niederflur-Omnibussen bei der Fa. ÖAF & Steyr Nutzfahrzeuge OHG, Wien, unter gleichzeitiger Rückgabe dreier Citybusse (gebraucht, Baujahr 1991 und 1993) zum Aufpreis von

S 6.280.000,-- (exkl. USt.), gemäß Anbot vom 15.12.1998 und Nachtrag vom 19.01.1999 zugestimmt.

Die erforderlichen Mittel sind vorerst aus dem bei der Bank Austria laufenden Betriebsmittelkredit des Versorgungsbetriebsverbundes Gas und Verkehr im Wirtschaftsjahr 1999 zu erbringen und in entsprechender Höhe im Investitionsplan 2000 als Kapitaleinlage der Stadt, jedoch unter der Maßgabe einer evt. Verlustabdeckungskomponente, vorzusehen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wir haben eine Wortmeldung zu diesem Antrag. Herr GR Hauser bitte.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Geschätztes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich glaube, dieser Antrag unterstreicht auch, daß für die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs unter anderem nicht nur Busbahnhof, Parkdeck, Verkehrsdrehscheibe, Linienführung udgl. notwendig ist sondern auch einen vernünftigen Fuhrpark zu haben. In der letzten Zeit haben wir ja schon ein bißchen Klagen dahingehend gehört, daß vor allen Dingen die Instandsetzungskosten bei den alten Fahrzeugen sehr groß sind und, daß es daher aufgrund der Überlegungen der Wirtschaftlichkeit sehr sinnvoll ist eine geordnete Erneuerung des Fuhrparks durchzuführen. Ich glaube daher, daß das ein Schritt in die richtig Richtung ist. Ich möchte unter anderem noch dazu erwähnen, daß es ja unterschiedliche Angebote gegeben hat. Sie werden sehen, daß da ja nicht unbedingt das billigste Angebot sondern das zweitbilligste Angebot genommen worden ist. Wir haben uns dazu entschlossen, auf der einen Seite wegen der Typenreinheit und auch der Erfahrungen, die wir mit dieser Firma schon gemacht haben, weil das billigste Fahrzeug eigentlich noch ein sogenannter Prototyp ist. Das 2. ist, daß ich auch glaube, daß

in der Wirtschaftlichkeit vor allen Dingen daran hängt, daß auch die Ersatzteilbewirtschaftung hier durchaus positives mit sich bringt. Ich ersuche daher auch alle Kolleginnen und Kollegen des GR diesen Antrag zu unterstützen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlußwort bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ja, Kollege Hauser, ich darf mich bei dir für deine Wortmeldung bedanken. Es ist dem nichts hinzuzufügen. Du hast mir also das Schlußwort erspart. Ich ersuche um die Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für den Ankauf der drei Midi-Busse? Wer ist dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmigkeit ist zu protokollieren. Der nächste Punkt bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Der nächste Antrag betrifft einen sehr wichtigen Bereich nämlich die Wasserversorgung unserer Stadt. Wie sie ja wissen wird unser Grundwasserbereich entsprechend nach gesetzlichen Vorschriften betraut. Daher ist es auch erforderlich für die Reinhaltung der Wasserversorgung entsprechende Kosten aufzuwenden nämlich in der Größenordnung von S 786.343,63. Es geht darum, daß für diese Reinhaltungsmaßnahmen im Jahre 1998 einerseits Entschädigungen zu zahlen waren, vor allen Dingen an die Bauern oder die angrenzenden Grundstücksbesitzer bezüglich der Einschränkung von entsprechendem Einsatz der Düngungsmittel, sowie der Betrag von S 3.293,-- für die Aufforstung und vor allen Dingen auch, was deswegen sehr wichtig ist, nämlich diesen Betrag von 135.925,--, den Herr Dipl.-Ing. Heintl Bernhard in Rechnung stellt. Da geht es um die große jährliche Wasseruntersuchung. Schlußendlich geht es noch um den Betrag von S 375.245,-- welcher der bundesbakteriologischen und zoologischen Untersuchungsanstalt Linz für die wöchentliche Wasseruntersuchung zu bezahlen ist. Es wird auch im Amtsbericht darauf hingewiesen, daß die Kosten für die Perchlorethylenuntersuchung und für den laufenden Betrieb der Strippanlage natürlich nicht beinhaltet sind. Ich darf ihnen daher in kurzen Worten sagen, daß es nach wie vor erforderlich ist, daß diese Stripp-anlage in Betrieb ist. Es wird noch etwa bis in das Jahr 2000 andauern, daß man eben diese Maßnahmen der Wasserreinhaltung fortsetzt und derzeit einen Anteil von etwa 3 bis 4 Mikrogramm Perchlorethylen pro 1 Liter Wasser verwendet. Es ist daher notwendig, wie gesagt, diesen Betrieb aufrecht zu erhalten. Das hat in Summe etwa 26 Millionen Schilling gekostet, wobei 24 Millionen für diese Strippanlage aufgewendet wurden und vom zuständigen Bundesministerium bereits der Start refundiert wurde. 2 Millionen Schilling hat bisher die Verursacherfindung gekostet, die noch nicht abgeschlossen ist und daher noch nicht vom zuständigen Amt in Wien bzw. von der zuständigen Bundesdienststelle refundiert wurde. Das nur als Anmerkung zu diesem Antrag. Ich darf ihnen daher den Antrag, so wie er vorliegt, zur Kenntnis bringen und gleichzeitig bitten, dem zuzustimmen.

Reinhaltung der Wasserversorgung; Refundierung der Kosten 1998.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke Steyr vom 1.02.1999 wird der Refundierung der Wasserversorgung für das Jahr 1998 in der Höhe von

S 787.000,--

(in Worten: Schilling siebenhundertsiebenundachtzigtausend)

an die Stadtwerke Steyr zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von S 787.000,-- bei VSt. 1/8790/728000.7 freigegeben.

Ich bitte den Herr Vizebürgermeister die Diskussion bzw. die Abstimmung durchzuführen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Gibt es einen Diskussionsbeitrag? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung über Punkt 21). Wer ist für diesen Antrag? Wer ist dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmigkeit ist zu protokollieren. Punkt 22) bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Der nächste Antrag betrifft die städt. Bäder und Kunsteisbahn. Es geht um die Verlustersätze 1998 oder genauer definiert, um die teilweisen Verlustersätze wie im Amtsbericht darauf hingewiesen wird. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet.

Stw-5/99

Stadtwerke Steyr; städt. Bäder und Kunsteisbahn; Verlustersätze 1998.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke Steyr vom 10.02.1999 wird dem teilweisen Ersatz der im Rechnungsjahr 1998 in den Teilbetrieben städt. Bäder und Kunsteisbahn erwirtschafteten Verluste (Gesamtverlust ca. ATS 8,6 Mio.) zugestimmt.

Zum genannten Zweck wird ein Betrag in Höhe von

**ATS 4.000.000,--**

(in Worten: Schilling vier Millionen)

bei der VSt. 1/879000/759200 (Rechnungsjahr 1999) freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:



Gibt es Wortmeldungen? Ich sehe eine. Frau Mag. Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. Was diese Verlustsätze anbelangt möchte ich ihnen nur zur Kenntnis bringen, daß einerseits wir uns einmal, ich glaube in einem der nächsten Kommunalausschüsse unterhalten sollten, was wir tun können um unsere Besucherzahlen nach oben zu treiben, weil sie sind entweder stagnierend bzw. in manchen Bereichen sogar rückläufig. Wenn sie sich ansehen, so waren im Freibad im Jahre 1997 37.323 Besucher, im Jahr 1998 30.698. Ich darf erinnern, wir hatten schon einmal die Debatte, was können wir tun um das Freibad attraktiver zu machen. Ich glaube, diese Debatte müssen wir fortführen. Auf der Kunsteisbahn waren 1997 58.000 Besucher, 1998 55.461, also auch ein Rückgang. Was das Hallenbad anbelangt, so waren es 1998 40.803 und für 1997 möchte ich keinen Zahlenvergleich machen, weil das wäre unseriös, weil das war ein Zeitraum, wo das Hallenbad aufgrund der Sanierung geschlossen war. Wenn sie sich die Mühe machen und sich die Verlustabdeckung für den Bereich der städt. Bäder ansehen, und sich das einmal ansehen was das bedeutet pro Besucher bzw. das Gleiche bei der Kunsteisbahn machen, dann bemerken sie, daß wir im Schnitt pro Person bei der Kunsteisbahn S 20,-- dazu bezahlen. S 20,-- im Schnitt zahlen wir pro Besucher bei der Kunsteisbahn. Das schreckt mich noch nicht einmal so stark. Schrecken tut es mich dann wirklich bei den städt. Bädern, weil da schießen wir schon fast S 100,-- zu. S 97,-- oder fast S 100,-- schießen wir pro Besucher der städt. Bäder zu. Jetzt nicht getrennt nach Hallenbad und Freibad sondern alle beide zusammen genommen, waren 71.501 Besucher im Jahr 1998 und ein Verlust oder ein Abgang von 6,9 Millionen Schilling. Ich glaube, auch da sollten wir uns etwas überlegen oder müssen wir uns etwas überlegen, vor allem wenn man bedenkt, daß die Besucherzahlen evt. noch rückläufiger werden und wir dann noch mehr zuschießen müssen. Also S 100,-- pro Person sind nicht gerade wenig. Nicht, daß ich mich dafür ausspreche, daß wir öffentliche Gelder hineinstecken, aber ich glaube schon, wir sollten zumindest der Bevölkerung auch klar machen, wieviel wir eigentlich aus öffentlichen Geldern für diese Einrichtungen dazuschießen und zugleich versuchen die Attraktivität zu erhöhen um mehr Besucher zu bekommen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Herr Referent bitte das Schlußwort.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ja, ich möchte nicht auf alles eingehen, was die Kollegin Frech jetzt zum Ausdruck gebracht hat, aber ich gebe ihnen insofern Recht und das ist auch wirklich für mich Anlaß darauf einzugehen, daß im Freibad wirklich dringender Erneuerungs- und Handlungsbedarf vorliegt und das schon seit Jahren, daß es langwierige Diskussionen bereits gegeben hat, im Ausschuß und in anderen Bereichen, welche Attraktivitätsmaßnahmen zu setzen sind. Das war ja auch schlußendlich der Anlaß dafür, daß wir Freiheitlichen und ich, als Referent, bei den Budgetverhandlungen die Auffassung vertreten haben, daß sich eben Fachleute mit einem Bäderkonzept, was das Freibad betrifft, auseinandersetzen sollen und gemeinsam mit einem Fachmann, mit dem Bauamt und mit den Stadtwerken ein zukunftsorientiertes Konzept ausarbeiten sollen. Ich kann ihnen sagen, daß das im Laufen ist und wir tatsächlich in einer der nächsten Kommunalausschußsitzungen darüber wieder diskutieren werden. Allerdings was die von ihnen genannten Besucherzahlen im Freibad betrifft, so ist das natürlich auch stark von der Witterung abhängig. Ein bißchen verwundert bin ich, Frau Kollegin Frech, daß sie so sehr jetzt den Zuschußbedarf von S 100,-- in einem Bereich herausheben, wo sie sich gerade vorher im Kindergartenbereich für soziale Tarife eingesetzt haben. Also, nach ihrer Version nach, müßte man dann, um kostendeckend zu arbeiten, entsprechende Eintrittstarife

verlangen, wobei ich glaube, daß das der Bevölkerung nicht unbedingt zumutbar sein wird. Das in Kürze eine Antwort auf ihre Darstellungen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Man kann auch besser wirtschaften.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Wir kommen nun zur Abstimmung zu Punkt 22). Wer ist für den Punkt 22)? Danke. Wer ist dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmigkeit ist zu protokollieren. Punkt 23) bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich bin bereits beim letzten Antrag. Auch wieder ein sehr erfreulicher Antrag, den ich hier vor diesem hohen Gemeinderat zum Ausdruck bringen darf. Und zwar geht es um die Sanierung des Hallenbades, 2. Bauetappe, 2. Teil. Es wurde auch schon in der Öffentlichkeit und im Amtsblatt dargelegt, welche Baumaßnahmen in dieser zweiten Bauetappe, 2. Teil, um 14 Millionen Schilling zu machen sind. Ich möchte nur einen Hinweis geben. Nachdem auch im Amtsbericht nachzulesen ist, daß die restlichen Ausbaugewerke derzeit im Ausschreibungsverfahren unterzogen und im April 1999 zur Vergabe gebracht werden, da geht es im Wesentlichen um den Kasseneingangsbereich, um die Anschaffung von Automaten, um die Kühlzellen für das Buffet, um Schlosserarbeiten, Bau- und Möbeltischlerarbeiten, Garderobenkästen und der Trockenausbau betreffend das Dach. Das waren nur einige wichtige Teile oder Teilbereiche von Sanierungsmaßnahmen, die damit gemeint sind. Ich darf ihnen daher den Antrag verlesen.

Bau5-3862/88

Sanierung Hallenbad, 2. Bauetappe, 2. Teil; Vergabe diverser Arbeiten; Auftragsweiterung Architektenleistungen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Hochbau vom 10.2.1999 wird der Vergabe der erforderlichen Arbeiten für das Hallenbad Steyr, 2. Bauetappe, 2. Teil, wie folgt zugestimmt:

P1.0 Baumeisterarbeiten

P1.1 Fa. Mayr Bau-GesmbH, Steyr

netto S 3.522.538,61

P2.0 Zimmermannsarbeiten

P2.1 Fa. Weidinger, Steyr

netto S 535.660,--

P3.0 Betonsanierung

P3.1 Fa. Chembau, Hall

netto S 916.468,80

P4.0 Erweiterung Badewasseranlage

P4.1 Fa. BWT, Braunau

netto S 1,140.000,--

P5.0 Elektroinstallation

P5.1 Fa. Elin-EBG, Steyr

netto S 2,024.423,43

P6.0 Edelstahlbecken

P6.1 Fa. Lenhardt, Bruck/Mur

netto S 926.485,41

P7.0 Heizungs-, Lüftungs- und Sanitärinstallation

P7.1 Fa. Höber, Steyr

netto S 3,904.038,50

Die Auftragserrhöhung an das Arch. Büro Tischler/Fischer, Linz, von S 3.426.477,12 um S 955.711,-  
- auf S 4.422.188,12 wird bewilligt.

Die Deckung der Mittel in Höhe von

**S 14,000.000,--**

kann bei VSt. 5/833000/010140 gefunden werden.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 10.000.00,--  
notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die  
Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden  
Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt.

Herr Vizebürgermeister ich darf sie bitten die Diskussion bzw. die Abstimmung über den von mir  
vorgetragenen Antrag durchzuführen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Gibt es eine Wortmeldung zur Sanierung Hallenbad 2. Etappe? Frau Mag. Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. Nur ganz kurz. Das Thema Hallenbadsanierung ist ja ein Thema, das uns schon des Längeren verfolgt. Ich muß nur sagen, das ist für mich einer der Bereiche, den ich gerne dafür als Beispiel nehmen möchte, wenn es immer heißt, wir haben kein Geld, oder für manche Bereiche ist kein Geld da, weil wenn ich mir ansehe, daß diese Hallenbadsanierung bei der 1. Etappe 32,6 Millionen gekostet hat, die 2. Etappe, Teil A, 14 Millionen, Teil B wieder 14 Millionen, wir jetzt bei 60,6 Millionen Schilling sind und das ist noch nicht alles und eine dritte Etappe möglicherweise noch kommt, mit geschätzten 13 Million, so muß uns allen klar sein, daß durch diese Etappensanierung ein sehr, sehr viel höhere Beitrag von uns als Stadt zu leisten ist, als wenn wir in die gesamte Sanierung auf einmal gemacht hätten, weil einfach viele Arbeiten doppelt durchgeführt werden mußten. Ob das jetzt Putzarbeiten sind, ob das jetzt Dinge sind, die man einfach von der Koordinierung besser machen hätte können und ich glaube, das Geld, das man sich da eingespart hätte, sind einige Millionen bei gleicher Leistung. Noch dazu käme eines, daß die Abwanderung, die es zum Teil im Bäderbereich gegeben hat, vielleicht nicht so stark gewesen wäre. Aber eines ist klar, die Etappensanierung hat uns möglicherweise 10 oder noch mehr Prozent zusätzlich gekostet. Und das sind Millionen, die eigentlich ins Wasser geflossen sind.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Schlußwort des Referenten bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Frau Kollegin Frech, sie gestatten mir, daß ich ihren Ausführungen nicht ganz folgen kann. Sie reden jetzt davon, daß es günstiger gewesen wäre, in einem diese Hallenbadsanierung durchzuführen und das Hallenbad womöglich drei Jahre zu sperren und auf der anderen Seite reden sie von einer Abwanderung, die natürlich bei einem Zug wesentlich größer gewesen wäre als wenn man das in Etappen durchführt und die Möglichkeit hat, das Hallenbad zwischendurch der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Also, ich kann ihren Ausführungen nicht folgen. Ich bin jedenfalls sehr froh, als Referent, darüber, daß man sich nach jahrelangen Diskussionen doch noch dazu entschlossen hat, das Hallenbad, auch wenn es mehrere Etappen sind, zu sanieren. Ich glaube, das sollten auch sie so sehen Frau Kollegin. Ich weiß schon, ich bin wahrscheinlich nicht in der Lage sie zu überzeugen, aber ich nehme an, das wird überhaupt ein bißchen schwierig sein. Ich kann mir vorstellen, daß es hier im GR überhaupt niemand zusammenbringt sie einmal zu überzeugen, auch nicht der Herr Bürgermeister.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das war das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung über Punkt 23). Wer ist für die Sanierung? Danke. Wer ist dagegen? Stimmenthaltung? 1 (LIF). Ich bedanke mich bei Herrn StR Eichhübl und gebe den Vorsitz an den Herrn Bürgermeister Leithenmayr zurück.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Ich übernehme den Vorsitz. Herr Berichterstatter StR Mayrhofer bitte sehr.

BE: STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren. Die ersten zwei Anträge beziehen sich auf den Autobusbahnhof Hessenplatz/Bahnhofstraße. Wir haben heute schon sehr ausführlich darüber diskutiert. Ich darf das Ersuchen vom Kollegen Eichhübl natürlich nicht nur zur Kenntnis nehmen sondern es wird selbstverständlich weiter gegeben und der Kontakt wird hergestellt, daß im besten Einvernehmen mit den Stadtwerken diese Umbaumaßnahmen vollzogen werden. Ich darf auch informieren, daß im Stadtsenat dieser Antrag mit Dringlichkeitsbeschluß beschlossen wurde. Die Aufträge sind bereits vergeben worden und am Montag, den 8., werden die Umbauarbeiten beginnen. Es ergeht daher der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

BauStr-12/98

Autobusbahnhof Hessenplatz/ Bahnhofstraße; Teilvergabe der Hochbauarbeiten.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 21. Jänner 1999 wird der Vergabe des 1. Teiles der Hochbauarbeiten, und zwar die

Baumeisterarbeiten an die Fa. Illichmann-Haider Bau Ges.mbH., Steyr in Höhe von

S 1,036.639,20 inkl. MWSt.

(S 863.866,-- exkl.)

Stahlbauarbeiten an die Fa. Hartl Ges.mbH., Waldneukirchen in Höhe von

S 1,531.834,90 inkl. MWSt.

(1,276.529,-- exkl.)

Verglasungsarbeiten an die Fa. Normalit Ges.mbH., Riedegg in Höhe von

S 992.145,96 inkl. MWSt.

(S 826.788,30 exkl.)

zugestimmt.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von gesamt netto S 2,967.183,40, welche bei VSt. 5/612000/002320, Gemeindestraßen, Busbahnhof Hessenplatz vorgesehen sind, werden zuständigkeitshalber auf die VSt. 5/879000/779200 der Stadtwerke, Versorgungsbetriebeverbund Gas und Verkehr, übertragen.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von S 2,967.183,40 notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt werden.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Zustimmung.

**BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke. Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke vielmals. Gegenprobe. Stimmenthaltung wird nicht geübt. Der Antrag ist einstimmig beschlossen. Nr. 25) bitte.

**STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:**

Der nächste Antrag bezieht sich ebenfalls auf den Autobusbahnhof Hessenplatz. Hier geht es um die restlichen Professionistenleistungen. Es ergeht folgender Antrag:

BauStr-12/98

Autobusbahnhof Hessenplatz/ Bahnhofstraße; restliche Professionistenleistungen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 8. Februar 1999 wird der Vergabe der restlichen Professionistenleistungen und zwar die

Spenglerarbeiten an die Fa. Lipfert GesmbH & Co KG, Steyr in Höhe von

S 2,220.000,-- inkl. MWSt.

(S 1,850.000,-- exkl. MWSt.)

Haustechnikarbeiten an die Fa. Elin-EBG GmbH, Steyr in Höhe von

S 960.000,-- inkl. MWSt.

(S 800.000,-- exkl. MWSt.)

Haustechnikarbeiten an die Fa. Schützner-Auer GesmbH, Steyr in Höhe von

S 116.434,-- inkl. MWSt.

(S 97.020,-- exkl. MWSt.)

Fliesenarbeiten an die Fa. Seyrlehner, Steyr in Höhe von

S 87.172,43,-- inkl. MWSt.

(S 72.643,69,-- exkl. MWSt.)

Malerarbeiten an die Fa. Seywaltner GesmbH & Co KG, Steyr in Höhe von

S 65.662,40,-- inkl. MWSt.

(S 54.718,67,-- exkl. MWSt.)

Tischlerarbeiten an die Fa. Hackl GesmbH, Steyr in Höhe von

S 20.052,46,-- inkl. MWSt.

(S 16.710,30,-- exkl. MWSt.)

zugestimmt.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von gesamt netto **S 2,891.092,74** sollen mittels Kreditübertragung von VSt. 5/612000/002320 „Busbahnhof Hessenplatz“ in Höhe von S 69.100,-- von VSt. 5/612000/002030 „Gußwerkstraße“ (Zurückstellung des T-Knotens) in Höhe von S 900.000,-- und von VSt. 5/610000/770020 „Bundesstraßen“ (Beitrag Nordspange heuer noch nicht zur Gänze erforderlich) in Höhe von S 1.000.000,-- und von VSt. 5/612000/002310 S 922.000,-- bereitgestellt werden. Sie werden zuständigkeitshalber auf die VSt. 5/879000/779200 der Stadtwerke, Versorgungsbetriebeverbund, Gas und Verkehr, übertragen.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von S 2,891.092,74 notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt werden.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Zustimmung.

**BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke. Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir kommen sogleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Niemand. Stimmenthaltung wird nicht geübt. Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

**STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:**

Der nächste Antrag bezieht sich auf die Adaptierung des Reithoffergebäudes und zwar betreffend die Musikschule. Hier geht es um die Einreichplanung. Die Einreichplanung ist auch deshalb notwendig um in die Prioritätenreihung des Landes für die Errichtung von Musikschulen eingereiht zu werden. Es ergeht daher folgender Antrag:

BauH-12/99

Adaptierung Reithoffergebäude, Musikschule; Honorar Arch. Falkner, Einreichplanung; Honorar Ziv.-Ing. Mag. Hebenstreit, akustische Beratung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Hochbau vom 2.2.1999 wird der Vergabe der Honorarleistungen für die Adaptierung Reithoffergebäude, Musikschule, wie folgt zugestimmt:

Büroleistungen inkl. der Einreichplanung:

Herr Arch. Falkner, Steyr/Wien

brutto S 745.462,80

Akustische Beratung:

Herr Mag. Hebenstreit, Gutstein

brutto S 57.600,--

Die Deckung der Mittel in Höhe von

**S 803.062,80**

kann bei VSt. 5/320000/010000 gefunden werden.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von S 803.062,80 notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt werden.

Ich bitte um Zustimmung.

**BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke für diesen Antrag. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Der Antrag ist ebenfalls einstimmig angenommen worden.

**STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:**

Der nächste Antrag bezieht sich auf den Kanal Steyrdorf, Wieserfeldplatz. Hier geht es um die Vergabe der Bauarbeiten. Hier gab es eine zweite, eine überarbeitete Ausschreibung, die ein um ca. 6 Millionen Schilling verbessertes oder günstigeres Ausschreibungsergebnis gebracht hat und daher für die Stadt sehr erfreulich ist. Es ergeht daher folgender Antrag:

BauT-12/98

Kanal Steyrdorf, 4. Teil, und Straßengestaltung Wieserfeldplatz; Vergabe der Bauarbeiten.

Der Gemeinderat möge beschließen:



Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 3. Februar 1999 wird der Vergabe der Ausschreibungsüberarbeitung „Kanalisation Steyrdorf, 4. Teil“ an das Büro Dr. Flögl im Ausmaß von S 46.200,-- zugestimmt. Die Mittel sind bei VSt. 5/851000/004280 vorgesehen.

Der Vergabe der Kanal- und Straßenbauarbeiten am Wieserfeldplatz, in der Mittlere Gasse, am Bründlplatz und in der Aichetgasse an die Fa. Ploier & Hörmann in Höhe von insgesamt S 16,574.939,91 inkl. S 500.000,-- für unvorhergesehene Regiearbeiten wird zugestimmt.

Die Mittelaufbringung im Jahr 1999 erfolgt bei VSt. 5/851000/004280 „Abwasserbeseitigung, Kanalbau Steyrdorf-Wehrgraben“ im Ausmaß von S 6,836.800,--, bei VSt. 5/612000/002260 „Gemeindestraßen, Straßenbau Wieserfeldplatz“ in Höhe von S 2,000.000,-- und durch Kreditübertragung in Höhe von S 500.000,-- von VSt. 5/612000/728000 „Gemeindestraßen, Entgelt für sonstige Leistungen von gew. Firmen oder jur. Personen“ nach VSt. 5/612000/002260 „Gemeindestraßen, Straßenbau Wieserfeldplatz“.

Die Baufertigstellung und Ausfinanzierung im Gesamtausmaß von S 7,238.000,-- erfolgt im Jahr 2000: Kanalbau S 4,063.000,-- bei o.a. VSt. 5/851000/004280 und Straßenbau S 3.175.000,-- bei o.a. VSt. 5/612000/002260.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von S 6,500.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt werden.

Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Antrag.

**BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke. Wer wünscht zu diesem Antrag das Wort? Herr Dr. Wetzl bitte.

**GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:**

Sehr geehrte Damen und Herren. Nur eine kurze Frage Herr Stadtrat. Wie kann es sein, daß zunächst das Bestanbot rund 22,2 Millionen Schilling ergibt, dann wird die Ausschreibung aufgehoben und dann kommen 6 Millionen weniger heraus, also rund 30 %? Ich weiß es nicht warum, es steht nicht drinnen aufgrund welcher Maßnahmen. Hat es da vielleicht Absprachen zwischen den Bietern gegeben? Weil 30 % weniger, da stellt sich die Frage in den Raum. Ich bitte diesbezüglich um Aufklärung. Danke.

**BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Schlußwort Herr Referent.

**STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:**

Danke. Diese 30%-Reduktion ist in der Tat natürlich überraschend. Sie kann aufgrund der Überarbeitung, die das Büro Dr. Flögl vorgenommen hat, auch nicht erklärt werden. D.h., die Korrekturen waren geringfügig. Die Erfahrung und das Gefühl der Beamtenschaft, die mich informiert haben, und gesagt haben, sie haben das Gefühl, daß diese Preise hoch sind, zu hoch für das ausgeschriebene Baulos, haben uns also veranlaßt eine Neuausschreibung vorzunehmen. Das Ergebnis hat gezeigt, daß bei fast identer Ausschreibung, fast, weil wir müssen ja Korrekturen vornehmen, sonst können wir nicht eine wiederholte Ausschreibung ohne wirklich begründeten Verdacht vornehmen, hat ergeben, daß sich eben dieser verringerte Ausschreibungsbetrag ergeben hat. D.h., uns liegen keinerlei Beweise für eine Absprache vor. Ich möchte aber trotzdem in diesem Zusammenhang der Beamtenschaft gratulieren, für ihre Sensibilität und für den ordnungsgemäßen Umgang mit den Budgetmitteln. Da kann man sagen, in diesem Fall haben sie ausgezeichnete Arbeit geleistet. Auch wenn es vielleicht nicht befriedigend ist, aber eine genauere ...

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Aber warum um 6 Millionen weniger?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Herr Dr. Wetzl, wenn man mehr verdient, ist es immer super. Das ist ja nicht das erste Mal, daß wir so etwas haben. Da haben wir schon größere Beträge, Ausschreibungen aufgehoben und dann günstigere Preise erzielt. Außerdem schauen sie sich einmal so Angebote an, da werden sie sich wundern. Da kann es schon passieren, daß da Beträge drinnen stehen, Bestbieter ein Drittel vom Höchstbieter. Das war alles schon da. Daher muß man sich das alles genau ansehen und man braucht auch im Haus gute Fachleute, die sich selbst ein Urteil über Kostenwahrheit und solche Dinge mehr, bilden können. Es bleibt uns also nicht erspart. Aber in dem Fall ist es einmal günstiger gewesen und ich hoffe, daß das Ganze dann auch letztendlich zu dem ausgeschriebenen Preis in der Endabrechnung so verläuft und nicht, daß dann wieder über Regie und sonstige unvorhergesehene Ereignisse das hinterher wieder drankommt so wie beim Hallenbad, da haben wir das umgekehrt erlebt. Also, einfach ist die Geschichte nicht.

So, keine weitere Wortmeldung. Das Schlußwort ist gebracht worden. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke. Gegenstimmen gibt es keine. Stimmenthaltung auch nicht. Somit ist der Antrag 27) auch einstimmig beschlossen worden. Nr. 28) bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Danke. Der nächste Antrag bezieht sich auf eine Bebauungsplanänderung und zwar auf den sogenannten Leeber-Gründen. Es ergeht der Antrag des Bauausschusses an den Gemeinderat:

BauGru-26/98

Bebauungsplanänderung Nr. 36.2 „Leeber-Gründe“

Der Gemeinderat möge beschließen:

Gegenständliche Bebauungsplanänderung Nr. 36.2 - „Leeber-Gründe“ - wird entsprechend den

Plänen der FA Stadtentwicklung und Stadtplanung des Magistrates der Stadt Steyr vom 14. August 1998 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der FA Baurechtsangelegenheiten vom 18. Februar 1999 gemäß §§ 33 und 36 des OÖ. Raumordnungsgesetzes, LGBl. Nr. 114/1993 idgF., beschlossen.

Ich ersuche um Zustimmung zu dieser Bebauungsplanänderung.

**BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen auch in diesem Fall gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke. Gegenprobe. Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

**STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:**

Der letzte Antrag, zu fortgeschrittener Stunde, bezieht sich auf den Tourismusverband bezüglich Jahressubvention 1999. Hier freut es mich, daß auch jetzt, 1999, das Ergebnis in den Nächtigungszahlen ein sehr, sehr Erfreuliches ist. Wenn wir gehört haben, daß wir eine Steigerung gegenüber dem schon sehr guten Vorjahreswert im Jänner 1998 im Verhältnis zu jetzt, Jänner 1999, von einem Plus von 19,9 Prozent haben, dann ist das wirklich ein toller Erfolg, zu dem man auch den Betroffenen nur gratulieren kann. Es ergeht der Antrag.

Fin-23/99

Tourismusverband Steyr; Jahressubvention 1999.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Büro des Bürgermeisters vom 04. Februar 1999 wird dem Tourismusverband Steyr, eine einmalige, nicht rückzahlbare, außerordentliche Subvention in Höhe von S 1,700.000,-- gewährt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

**S 1,700.000,--**

(in Worten: einmillionsiebenhunderttausend)

bei der VASSt. 1/771000/757000 bewilligt.

Ich ersuche um Zustimmung.

**BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke. Wird dazu eine Wortmeldung gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke. Gegenstimmen? Keine Gegenstimme. Stimmenthaltung gibt es nicht, daher ist auch dieser Antrag einstimmig angenommen. Danke Herr Kollege Mayrhofer.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind am Ende unserer Tagesordnung angelangt. Wir haben Ausgaben von S 60.122.700,-- beschlossen.

Wir kommen zur „Aktuellen Stunde“. SPÖ? Nein. FPÖ? Nein. ÖVP? Nein. Grüne? Nein. Liberale? Nein. Danke sehr. Ich bedanke mich für die Mitwirkung der Sitzung. Sie ist geschlossen.

ENDE DER SITZUNG: 20.20 UHR.

**Der vorsitzende:**

Bürgermeister Hermann Leithenmayr eh.

**Die protokollführer: die protokollprüfer:**

OAR Anton Obrist GR Helga Feller-Höller

Gabriele Obermair GR Hans Payrleithner